Gigi

Zeitschrift für sexuelle Emanzipation

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

Juli/Aug. 2006
No. 12
EUR 3,50

Fucking Words

Zwischen heteronormativ und zwangsheterosexuell

ISSN 1434-207

pinkerneil
Rechtsanwälte

Claus Pinkerneil
Fachanwalt f. Strafrecht • Sexualstrafrecht

Tanja Ramian
Arbeitsrecht • Erbrecht

– BUNDESWEIT TÄTIG –

80636 München • Nymphenburger Straße 147
Tel: (089) 13999 – 133 • Fax: – 134
Notruf (Abends/Wochenende): 0172–8603262

www.pinkerneil.com

JUMP UP
Schallplattenversand

Der linke Mailorder für die Musik, die man nicht überall bekommt.

Pete Seeger, Woody Guthrie, Lead Belly, Alistair Hulett, Wenzel, Neuss, Degenhardt, Cochise, Ton Steine Scherben, Rotes Haus, Slime, Tod und Mordschlag, Quetschenpaua, Chumbawamba, cowboy junkies, Zebda, Black 47, Fermin Muguruzza, Karamelosanto, Panteón Rococó ... sowie die Labels Trikont, Putumayo, Piranha, Smithsonian Folkways, Metak, Gor, Gridalo Forte, Pläne, Conträr, AK PRESS ... und jetzt auch Bücher vom Atlantikverlag, Unrast, Papyrossa u.v.a.

Hören was andere nicht hören wollen!

www.jump-up.de
info@jumpup.de

Schallplattenversand Matthias Henk, Postfach 11 04 47, 28207 Bremen, Tel/Fax: 0421/4988535

Verlag Graswurzelrevolution

WALTHER L. BERNECKER / SÖREN BRINKMANN

Kampf der Erinnerungen

Der Spanische Bürgerkrieg in Politik und Gesellschaft 1936 – 2006

Seit der Jahrtausendwende ist in Spanien ein wahrhafter Erinnerungsboom zu beobachten, der sich in Forschung, Literatur und Massenmedien, aber auch in der von BürgerInneninitiativen betriebenen Suche nach den schätzungsweise 30 000 bis heute Verschwundenen des Bürgerkrieges niederschlägt. Die Aufarbeitung ungesühnter Menschenrechtsverletzungen der Franco-Diktatur bedeutet eine substantielle Wende im Umgang mit der jüngeren spanischen Geschichte. Im Angesicht des 70. Jahrestages des Bürgerkriegsbeginns hebt die Darstellung an mit einem ereignisgeschichtlichen Aufriß des Kriegsverlaufes (1936 – 1939) und der sozialrevolutionären Umwälzungen sowie einer auf Basis der jüngsten Forschungsergebnisse erstellten Opferbilanz aus drei Kriegs- und knapp vierzig Diktaturjahren. Den Schwerpunkt des Buches bildet sodann die Erinnerungsgeschichte von Krieg und Repression in den vergangenen siebzig Jahren.

378 S. · 20,50 € · ISBN 3-939045-02-0

» *Wer sich über die drei Schreckensjahre hinaus mit den Folgen des Bürgerkriegs beschäftigen will, dem sei das Buch »Kampf der Erinnerungen« von Walther L. Bernecker und Sören Brinkmann empfohlen. Beide Autoren, als profunde Spanienkenner ausgewiesen, untersuchen die Folgen des Krieges bis zur Gegenwart.* «

Volker Mauersberger im Deutschlandfunk, Politische Literatur, 19.06.2006

Graswurzelrevolution

Die Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

Schnupperabo 3 Ausg. 5 EUR Vorkasse | **Jahresabo** 10 Ausg. 25 EUR | **Jetzt abonnieren**

GWR-Vertrieb | Birkenhecker Str. 11 | 53947 Nettersheim | Fax (02440) 959 351 | abo@graswurzel.net | www.graswurzel.net

Take C@re

Es beginnt am 20. August 2003 mit der „freundlichen Anfrage“ an den *Gigi*-Herausgeber, das wissenschaftlich-humanitäre komitee (whk). Nicht nur man selbst betrachte „sexuelle Neigungen auf Kinder bezogen als eine schwere pathologische Störung“, so Gabriel Gawlik vom C@reChild e.V. aus Münster, „die keinesfalls mit der Homosexualität vergleichbar ist, sondern allenfalls Parallellen (sic!) zur Sodomie bzw. Nekrophilie aufweist“. Dies habe man schon den Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) wissen lassen, daselbst „zu diesem Punkt offizielle Stellungnahmen“ erfragt und zuvor versichert, „daß wir schwule und lesbische Liebesbeziehungen/Lebensgemeinschaften selbstverständlich als gleichwertig zu heterosexuellen Beziehungen betrachten“. Und weil man beim LSVD so dankbar blind ist für jene neokonservative Ausdrucksform der Homophobie, die nur in Liebe und Monogamie domestizierte Homosexualität generös duldet, kann C@reChild dessen Unterwerfungsgeste gleich mitliefern: „Wir teilen Ihre Auffassung, daß Homosexualität und Pädophilie nicht vergleichbar sind. Einvernehmliche gleichgeschlechtliche Handlungen unter Erwachsenen schaden niemand. Das ist bei sexuellen Handlungen von Erwachsenen mit Kindern ganz anders.“ Kurzum: C@reChild würde sich freuen, auch vom whk, „eine Antwort zu der o.g. Frage zu bekommen“. Doch das whk läßt sich nicht drängen, unter den wissenschaftlich wie politisch zweifelhaften Prämissen eines ihm unbekannten Kinderschutzvereins opportune ideologische Statements abzugeben, und ignoriert die Email.

Die Sache ruht, bis der veranwortliche *Gigi*-Redakteur Ende Dezember 2003 im Internet seinen Namen auf einer mit Literaten, Wissenschaftlern und Bundestagsmitgliedern prominent besetzten Schwarzen Liste findet. Die erbetene Erklärung geht am 29. Dezember ein: „Sie schreiben für das ‘Magazin’ namens ‘Gigi’, und Sie solidarisieren sich unseres Erachtens durch diese Tätigkeit mit *Kinderfickern*!“ Denn: „’Gigi’ ist ein *Schweinemagazin* ... Bitte nehmen Sie das zur Kenntnis und wundern Sie sich nicht darüber, wenn wir Sie auch weiterhin als ‘persona non grata’ betrachten. Das tun wir übrigens mit all den Gestörten, die sich für diesen gedruckten Müll als Autoren prostituieren.“ Gezeichnet: Gabriel Gawlik, C@reChild e.V.

Tags darauf erscheint in der Rubrik „Müllhalde/Wenn defekte Personen sich äußern“ derselben Website zwecks Denunziation das komplette Editorial aus *Gigi* Nr. 29 (Januar/Februar 2004). Die eingeschaltete Gewerkschaft ver.di beauftragt einen Anwalt, die Urheberrechtsverletzung zu unterbinden. Daß dieser seine Kosten später einklagen muß, verteuert den Spaß für C@reChild etwas.

Ende Januar 2004 erfährt die Redaktion erst aus einer Ladung der Bonner Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) zur Sitzung am 4. März, daß Kaplan Jochen Reidegeld von der Pfarrgemeinde St. Laurentius im münsterländischen Senden unter C@reChilds Beihilfe am 4. Dezember 2003 die Indizierung der *Gigi*-Ausgabe 27 (September/Oktober 2003) wegen des darin dokumentierten „Stefan-Texts“ als „sexualethisch desorientierend“ angeregt hat. – Vergeblich, zumal schon am 27. Oktober 2003 die (nach wessen Denunziation auch immer) durch ihre Trierer Kollegen alarmierte Staatsanwaltschaft Berlin darin „keine zureichenden tatsächlichen Anzeichen für eine verfolgbare Straftat festgestellt“, sprich: den Kriminalisierungsversuch mittels „Verfahren wegen Verbreitens pornographischer Schriften“ zurückgewiesen hat.

Mitnichten bremsen teure Irrtümer die „Kinderschützer“. Nachdem der whk-Pressedienst den Ausgang des Indizierungsverfahrens politisch einordnet, verlangt der C@reChild-Anwalt am 3. Mai 2004 vom Förderverein des whk e.V. als Anbieter der whk-Website eine kostenpflichtige Unterlassungserklärung der angeblichen „üblen Nachrede i.S. des §186 StGB zu Lasten unserer Auftraggeberin. Die Begriffe ‘dubios’, ‘Sekte’ und ‘rechte Gruppierung’ sind geeignet, unsere Mandantin verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen“, so die Begründung. Als der fromme Wunsch trotz Fristverlängerung bis zum 7. Oktober 2004 unerfüllt bleibt, verklagt C@reChild am 7. Dezember unter Ansetzung eines vorläufigen Streitwerts von 10.000 Euro wegen „übler Nachrede, Beleidigung“ den Förderverein des whk und „Eike Stendefeld“ als den für *www.whk.de* juristisch Verantwortlichen. Die 12. Zivilkammer des Düsseldorfer Landgerichts nutzt die mehrminütige Sitzung am 19. Oktober 2005 weitgehend zur redaktionellen Korrektur der Klageschrift und datiert die Urteilsverkündung auf den 9. November 2005, 11 Uhr.

Daß Urteil zwingt die Beklagten schon aus politischen Gründen in die Berufung. Läßt die Vorgeschichte sie doch vom Vorsatz der Gegenseite ausgehen, Deutschlands einziger – rein ehrenamtlicher – sexualpolitischen Zeitschrift via Prozeßkosten die finanzielle Basis zu entziehen und sich so eines Medium zu entledigen, das anhand unbequemer Fakten und Überlegungen die „Kinderschänder“-Hysterie als Mittel wie auch Tarnung des Demokratie- und Grundrechteabbaus sowie die tieferen Interessen ihrer Protagonisten erkennbar macht. Gewiß, eine nächstinstanzliche Niederlage bedeutete den Konkurs, nur: Welche Daseinsberechtigung hätten schon ein erpreßbares whk und eine *Gigi* mit amtlichem Maulkorb?

Der unter „Mitteilungen des whk“ in diesem Heft dokumentierte Erfolg vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht vom 10. Mai 2006 rechtfertigt das Prozeßrisiko: Das whk darf vor der gemeinnützigen dubiosen rechten „Kinderschützer“-Sekte warnen. Sogar der 15. Zivilsenat bezieht sich zur Charakterisierung der Praxis des Klägers auf ein Zitat vom 6. Juli 2003 im *Med1-Forum* – hier in Originalfassung: „Frederike, kennen Sie ‘Schmeißfliegen’? Sie sind äußerst hartnäckig und Sie können diese nur auf drei Wegen davon abhalten, ihr primäres Ziel zu erreichen: Entweder Sie verscheuchen sie aus dem Zimmer, in dem es Ihnen gelingt, sie aus dem Fenster zu jagen, oder Sie nehmen eine Fliegenklatsche/Paralspraydose und beenden ihre Existenz, oder aber Sie jagen sie in die luftdichte Abstellkammer und lassen die Tür dauerhaft geschlossen. Bei den Pädomanen/-kriminellen verhält es sich nicht anders. Allerdings bin ich der Meinung, daß die Abstellkammer die beste aller Reaktionen ist.“ Daß Vernichtungsphantasien oft die Entmenschung der Betroffenen vorausgeht, ist bekannt. Gawlik am 7. Mai 2002 im *Gießener Anzeiger* über Pädophile: „Wir setzen uns nicht mit Personen – wir bezeichnen sie nicht als Menschen – auseinander, die eine schwere pathologische Persönlichkeitsstörung haben.“ Und die er andernorts als „genetische Fehlproduktion“ tituliert, „allesamt in den gelben Sack für Evolutionshemmnisse“ stecken will, die aber „keinen ‘grünen Punkt’ auf der Stirn“ trügen, denn sie seien „nicht recyclebar und landen eines Tages im gesellschaftlichen Restmüll“. Dagegen wirkt das Anschwärzen bei Nachbarn, Ämtern und Arbeitgebern (was schon mal den Namensvetter der Zielperson treffen kann) geradezu nett.

Doch auch wenn C@reChild e.V. in Person des Vorsitzenden mehrfach wegen Verleumdung und Beleidigung vor Gericht stand und, so die Verfahren nicht in Vergleiche mündeten, auch rechtskräftig verurteilt wurde: Die Liste seiner „Freunde & Partner“ reicht von Anwälten über die Regionalfluglinie bis zu Weltkonzernen und die Reputation bis in höchste Kreise. „Franz Müntefering zeigte sich sehr interessiert an den Ausführungen der Kinderschützer“, bejubelt die Website den Empfang im Bundeskanzleramt am 9. Mai 2005. „Die Vertreter von C@reChild e.V. forderten die Anwendung der Sicherheitsverwahrung auch für jugendliche Straftäter ...“

Abo Schnipsel

6 Hefte ab Nr. _____

O Euro 20,00 (Normalabo)

O Euro 15,00 (Sozialabo)

O Euro 25,00 (Auslandsabo)

O Euro _____ (Förderabo)

Ich verschenke sechs Ausgaben für

O Euro 20,00 (Ausland: 25,00 Euro)

O Euro _____ (mind. 25,00 Euro)

_____

Datum/Unterschrift

O Der Betrag liegt in bar bei.

O Ich überweise den Betrag aufs Gigi-Konto.

O Ich ermächtige Gigi, den Betrag einmal jährlich von meinem Konto einzuziehen:

_____

Kontoinhaber/in

_____

Kontonummer

_____

Geldinstitut/BLZ

_____

Datum/Unterschrift

Lieferadresse:

_____

Name, Vorname

_____

Straße, Hausnummer oder Postfach

_____ _____ _____

Land PLZ Ort

_____

(Email-Adresse für kurzfristige Mitteilungen der Redaktion)

Aboschnipsel in einen Umschlag stecken und senden an:
Redaktion Gigi, Postfach 08 02 08, 10002 Berlin
Hotline (Nachfragen, Bestellungen): **0180/4444945**
Kto. 5710428010, Berliner Volksbank, BLZ 10090000

Das Abo verlängert sich um sechs Ausgaben, wenn es nicht spätestens 14 Tage nach Erscheinen des letzten bezahlten Hefts schriftlich gekündigt wird (Poststempel). Das Geschenkabo verlängert sich nicht automatisch.

Gigi 44

Termine

Redaktioneller Hinweis
Termine, die hier erscheinen sollen, können bis zum Redaktionsschluß (15. August 2006) an die Fax-Nummer 0180/4444945 oder noch besser als Email gesandt werden an: **redaktion@gigi-online.de**

Cash 4 U

An sich ist Gigi eine Abo-Zeitschrift; der größte Teil des Publikums bekommt sie auch auf diesem Wege. Aber noch wissen zu wenige, daß es sie überhaupt gibt. Darum laufen in einigen Städten HandverkäuferInnen durch Lokale – und kassieren pro verkauftem Heft eine Provision, die sich kommerzielle Magazine niemals leisten würden: Sie liegt je nach Zahl der verkauften Hefte zwischen 0,75 und 1,00 Euro. Überzeugungstäter/innen mit Interesse und gutem Schuhwerk rufen an (0180/4444945) oder schreiben an Redaktion Gigi, Postfach 080208, 10002 Berlin.

Prämie

Noch 180 Abos, bis Gigi nicht mehr auf den Anzeigenstrich gehen muß, sondern sich, so sie will, ihre Freier aussuchen darf! Helfern beim Ausstieg winkt als Lohn Florian Mildenbergers im Juni bei Männerschwarm-Skript in der Bibliothek rosa Winkel erschienenes Buch „Beispiel Peter Schuldt: Pädophilie im öffentlichen Diskurs". Wer Gigi zum Fördertarif ab 30 Euro abonniert oder verschenkt, erhält auf Wunsch ein Exemplar mit dem ersten Heft zugesandt. Einen Vorgeschmack gibt der Beitrag „Die Schuldt-Frage" in unserer Ausgabe 39 (Sept./Okt. 2005).

Drohung

Die meisten Leserinnen und Leser verlängern alljährlich ihr Abo und es kommen erfreulicherweise regelmäßig neue hinzu. Aber Abonnements sollten auch bezahlt werden: Mittlerweile überschreiten die offenen Forderungen die 1000-Euro-Marke. Das ist kaum noch auszugleichen, und das Mahnwesen nimmt der ehrenamtlichen Redaktion die Zeit fürs Wesentliche: die Zeitungsproduktion. Darum werden wir ab sofort die Abogebühr nach der zweiten erfolglosen Mahnung von einem Inkassounternehmen eintreiben lassen.

Münster, 6. Juli 2006, 18.00 Uhr

Internationales Zentrum Die Brücke, Wilmergasse 2

Grenzgänge – Critical Whiteness Studies und Weißseinsforschung in Deutschland

Kann man sehen, wer deutsch ist und wer nicht? Darum geht es in der Vortragsreihe „xyz-geschlechterzeichen ungelöst*" am 6. Juli. In Deutschland erzählt die Hautfarbe von Zugehörigkeit, Heimat oder Fremdheit und davon, wer vermeintlich hierher gehört und wer nicht. Dabei gilt Weißsein als Signatur für Deutschsein, als das Normale und somit Normative. Während in den USA seit langem eine kritische Auseinandersetzung um Rassismus und Weißsein geführt wird, hat in Deutschland die Debatte gerade erst begonnen. Allerdings: „Die Richtung von Queer Theorie, deren Fokus auf De/Konstruktionen von Gender und Sexualität liegt", diskutiert und diskursiert schon fleißig mit. So vermittelt Dr. Eske Wollrad in ihrem Vortrag laut Veranstalter „einen Einblick in den aktuellen Stand US-amerikanischer Ansätze zu Whiteness und erläutert, welche Impulse sie bundesdeutscher Theoretisierung von Weißsein und Rassismus geben können". Desweiteren erörtert sie, auf welche Weise die Öffnung der Queer Theorie für Intersektionalitäten die Normativität von Weißsein zementiert.

Berlin, 8. Juli und 29. Juli 2006

Mauerpark & Tuntenhaus, Kastanienallee 86

Tuntenfußball und Hoffest

Am 8. Juli lädt das Tuntenhaus united ab 15 Uhr zum Tuntenfußball in den Mauerpark: „Schmeiß dich in Deinen sportlichsten Fummel, raff die Röcke und spiel mit uns." Zu hohe Absätze? Kein Problem, für „FußballmuffelInnen" gibt es die Möglichkeit des Croquet-Spielens, dazu Infos zur aktuellen Situation des Tuntenhauses, „denn respektlose Immobilienmafiosi wollen auf dem Dach des ehemals besetzten Hauses Penthäuser errichten. Deshalb „vielleicht zum allerletztenmal" findet schließlich am 29. Juli in der Kastanienalle 86 das Tuntenhaus & Hoffest gegen die Imobilienspekulaten statt. „Am 29. Juli vereinen sich deshalb die Schöneberger Sopranos, die Friedrichshainer Falsettos, die Fussilis aus Kreuzberg und die Catenaggios vom Prenzlauer Berg zur Queer Mafia. Eine großartige Tuntenshow und eine lange Tanznacht sind garantiert", so das Tuntenhaus. *Infos: www.tuntenhaus-berlin.de*

Köln, 14. Juli 2006, abends

Bauwagenbplatz, Krefelder Straße/Ecke Innere Kanalstraße

Party „Sex im Dreck"

Am 14. Juli „rockt" das Kölner Bündnis Queergestellt „mal wieder" den Kölner Kommerz-CSD „von hinten" und lädt zur „möglicherweise einzig plausiblen Party in jenen Tagen". Seit fünf Jahren geistert das Netzwerk unangepaßter Homosexueller durch die Untiefen der Kölner Subkultur und mit ihm die legendäre „Sex im Dreck"-Party auf dem Bauwagenplatz an der Krefelder Straße/Ecke Innere Kanalstraße. Wie immer gilt: „queer, non-profit und einfach die schönste Sause am CSD-Wochenende". Dazu versprechen die MacherInnen „lauter Musik zum extatischen Rumhüpfen, wilde Feuertonnen und milder Nachthimmel mit oder ohne Regentropfen". Ob's auch politisch tröpfelt, hängt wahrscheinlich vom Wetter und der Wirkung unschlagbar preiswert dargereichter Getränke ab. Wer die Party – wie immer mit separaten Bauwagen-Darkrooms für Damen und Herren! – verpaßt, ist selber schuld. Wegbeschreibung: U- und S-Bahn-Haltestelle Hansaring und dann die Krefelder Straße hinauflaufen. *Weitere Infos: www.queergestellt.de*

Münster, 19. Juli 2006, 20.00 Uhr

Internationales Zentrum Die Brücke, Wilmergasse 2

Feministinnen in der Revolution

Die Gruppe Mujeres Libres (dt. Freie Frauen) wurde kurz vor Ausbruch des Spanischen Bürgerkriegs gegründet, um sich zwei Zielen zu widmen: der sozialen Revolution und der Verbesserung der Situation der Frauen. In den drei Jahren ihres Bestehens waren mehr als 20.000 Mitglieder in über 150 Ortsgruppen organisiert; sie gaben eine Zeitschrift heraus, leiteten Bildungs- und Ausbildungskurse für Frauen, organisierten Hilfe für die Frontkämpfer und eigene Kolonnen von Frontkämpferinnen. Den Vortrag hält Vera Bianchi, Autorin des Buches „Feministinnen in der Revolution. Die Gruppe Mujeres Libres im spanischen Bürgerkrieg".

Berlin, 21. Juli bis 24. Juli 2006

Ajpnia e.V., Eisenacher Straße 23/Ecke Hohenstaufenstraße

CSD: „Straßenverkehr II (Durchgangsverkehr)"

Sex ist auch politisch, Caipi-Saufen und angepaßtes Paradieren kaum. Deshalb gibt's im nichtkommerziellen Fremdenverkehrsverein Aipnia (vgl. *Gigi* 37, S. 26 f.) als emanzipationsfördernde Alternative zum touristischen Doofen-Auftrieb ausgerechnet dann viel Sex für wenig Geld: Vom Freitagabend ab 21 Uhr bis Montagmorgen um 6 Uhr für die Hartz-IV-kompatible Eintrittsgebühr von nur 7 Euro. Dafür kann, wer kann, bis zu 57 Stunden zwanglos ficken mit Menschen jedweden Geschlechts. *Weitere Infos: www.ajpnia.de*

Berlin, 4. bis 13. August 2006

Diverse Veranstaltungsorte

4. Ladyfest Berlin

„Whatever your gender may be, if you feel like a lady, be part of ladyfest" lautet das knappe Motto des 4. Ladyfests in Berlin, das „die patriarchal-männliche Dominanz in Musik und Kultur brechen" will, indem „ein öffentlicher Raum für queere, transgender und feministische Kultur geschaffen wird". Klingt gut und tut dem Patriarchat bestimmt nicht weh, denn: „Ladyfest versteht sich in der Tradition der Riot Grrrl-Bewegung, die diesen Ansatz aus dem Punk entnommen hat." Die Veranstalterinnen versprechen „Filme und Ausstellungen, welche die Themen queer, transgender, intersexes und feminism behandeln". In Diskussionen soll es unter anderem um „Kritisches Weißsein, AIDS, Romantische Zweierbeziehungen und Homophobie" gehen. *Weitere Infos: www.ladyfest.net*

Leipzig, 24. bis 27. August 2006

Diverse Tagungsorte

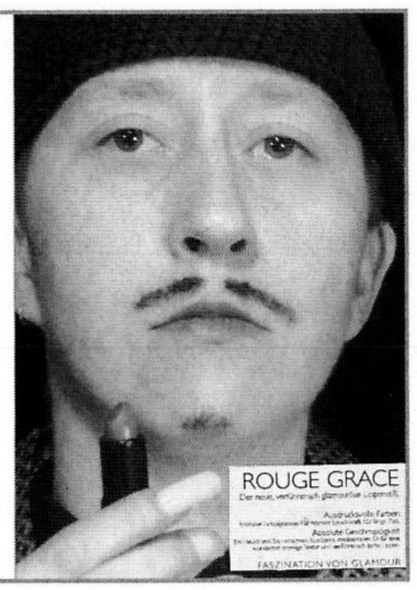
Positive Begegnungen – Konferenz zum Leben mit HIV und AIDS

Nein, das ist kein Witz: Schirmherrin dieser Konferenz der Deutschen AIDS-Hilfe (DAH) ist Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt. Die Anmeldefrist endete allerdings bereits bei Bekanntgabe eines „vorläufigen Programms" am 30. Juni – vielleicht, damit keine ungebetenen Gäste kommen, um der Ulla wegen Ihrer vor allem für HIV-Infizierte und AIDS-Kranke so verhängnisvollen „Gesundheitspolitik" den Marsch zu blasen? *Weitere Infos: www.aidshilfe.de*

Highlights

Unser Titelblatt zitiert eine Schlüsselszene aus Ang Lees Spielfilm „Brokeback Mountain", der gerade auch in der hilflosen Sprach- und Begriffslosigkeit seiner Helden Jack Twist und Ennis Del Mar angesichtsihres eigenen Schwulseins wie wenige zuvor die destruktive Kraft von Heteronormativität und Zwangsheterosexualität einem Millionenpublikum vor Augen führte.

8

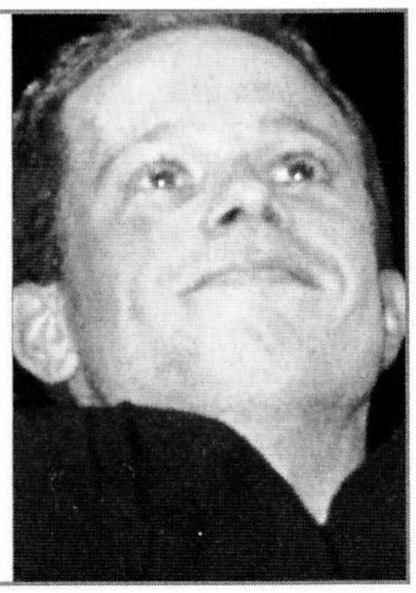


Zwangsheterosexualität und Heteronormativität sind ganz verschiedenen Kontexten entsprungene Termini, die dennoch oft fälschlicherweise synonym gebraucht werden. Sprachkritische Erläuterungen dazu geben **Gudrun Hauer** und **Petra Paul**

20

Mit dem Prostitutionsgesetz wolle Rot-Grün die Prostitution nicht als normalen Beruf anerkennen, so Anni Brandt-Elsweier (SPD) 2001 im Bundestag. Was das bedeutet, erläutert Hurenaktivistin Juanita Henning im Interview mit **Markus Bernhardt**

30



Ungeschminkt und geheimnisvoll: das dritte Maledivum. Auch Florian Ludewig hätten wir gern für dieses Heft ausgefragt. Nur ist Malediva inzwischen berühmt und hat eine PR-Agentin und ist *Gigi* nicht das *ND*. Von **Ortwin Passon** und **Daniel Winter**

34

Diese Dame halten Sie für Kylie Minoque? Dann sind Sie unter 30, hetero oder haben gar keine Ahnung: „Sie vereint alle Frauen in sich." Wer da „glamourös wie ein Hollywood-Star" ist und andere bewegende Dinge lesen Sie unter **Make & up**

Fotos: Schwarzkopf & Schwarzkopf, Ortwin Passon, Deutscher Bundestag, Michael Frages

Editorial

Take C@re 3
Das Oberlandesgericht Düsseldorf stoppte die Jagd einer rechten „Kinderschützer"-Sekte auf Gigi und das whk. Von Eike Stedefeldt

Schwerpunkt

Man queert deutsch 6
Zweifel an den Absichten hiesiger Queer-Theoretiker begründen nicht nur deren Englisch-Probleme. Von Florian Mildenberger

Begriffsverwirrung 8
Die Vermurksung von Zwangsheterosexualität und Heteronormativität provozierte den Beitrag von Gudrun Hauer und Petra Paul

The Making of Gays 14
Volker Woltersdorff erbat eine Besprechung seiner Dissertation zum Coming-out-Diskurs und Gigi überließ die Arbeit Lutz Graf

Das Coming-out des Dr. Wo 15
Erklärt sich ein Promovent zum Teil seines Forschungsfeldes,so darf man ruhig mal genauer hinsehen, meinte Eike Stedefeldt

Politik & Kultur

Allianz der Spießer 20
Die Prostituierten-Aktivistin Juanita Henning wurde anläßlich der Fußball-Weltmeisterschaft befragt von Markus Bernhardt

Pommernschule schwulenrein 21
Die „Schul-Coaches" des ZDF im Einsatz gegen Homophobie: Der gemobbte Schwule fliegt von der Schule. Von Ulrike Sàri

900.000-Euro-Deal 22
Raider heißt jetzt Twix und das ADG jetzt AGG, aber das Antidiskriminierungsgesetz weiter für unsinnig hält Michael Heß

Von Roth bis Schwarz 24
„Einmarsch in Polen" oder Genesen am deutschen Wesen: Protest-Touris zur Warschauer Homo-Parade begleitete Olaf Apel

Neue Werte 26
Das schwule Überfalltelefon des Kölner LSVD legte seinen Jahresbericht 2005 vor. Aufschlußreich fand ihn Dirk Ruder

Allein unter Queers 28
Was das Netzwerk lesbisch-feministisch-queerer Forschung so von der Initiative Queer Nations hält. Eine Dokumentation

Allein unter Heten 29
Wie die Berliner Schwulenberatung ihr eigenes Jubiläum zwar feierte, aber nicht ernstnahm, erlebte live Ortwin Passon

Wächterpreis für Malediva 30
Des Ruhmes dunkle Seite bevölkern Agenten. Über Lehrjahre in Public Relations berichten Ortwin Passon und Daniel Winter

Zittern vor der Tiefgarage 30
Ausgewählte Beiträge zum Internationalen Kurzfilmfestifal in Hamburg würdigt und emfiehlt Ihnen Ira Kormannshaus

Little Things 32
Aliens auf dem schwulen Straßenstrich? Wo gibt's denn das? Bei den Oberhausener Kurzfilmtagen sah sie Dirk Ruder

Georgette und ihre Freier 33
Eine Diseuse, etliche Longdrinks, eine Zeltbar und ein SPD-Klaus. Nichts erspart blieb Ortwin Passon und Hans Sikora

Make & Up 34
Ungeschminktes über lesbische Polygamie, Frida und Agnetha, Kommunismus, Samoa und Cohn-Bendit in Kurzrezensionen

Standard & Latein

Termine 4
kurz & klein/kleinholz 16/22
Errata/Impressum 24
Mitteilungen des whk 36
Der Kunde hat das Wort 38

Man queert deutsch

„Queer" lautet das hübsche Zauberwort einer neuen Generation von Geisteswissenschaftlern, die das Ziel verfolgen, Geschlechtsidentitäten in der Geschichte neu zu verorten und in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu beschreiben. Schwul, lesbisch und transgender – und alle unter einem Dach vereint. Wissenschaftlich soll es zugehen und so völlig neu, daß man Studien aus Wissenschafts- und Medizingeschichte ignoriert. Doch eine genauere Durchsicht der Debatten innerhalb der internationalen queeren Forschungsgemeinde begründet massive Zweifel an der Sinnhaftigkeit der Absichten der hiesigen Queer-Theoretiker, meint

FLORIAN MILDENBERGER

Die VertreterInnen der „Queer Theory" sind in ihrer Mehrheit Veteranen der Debatten um die Rezeption Michel Foucaults in den 1980er und 1990er Jahren. Die Lehren dieser Zeit lauten: Anstelle unbrauchbarer Nacherzählungen liest man die Werke des entscheidenden Theoretikers am besten in der Originalsprache und auch gleich die zugehörige Fachliteratur. Anschließend studiert der interessierte Forscher die Sozialisation des Protagonisten und somit die Ätiologie seiner Ansichten. So vermeidet man Irrtümer, Fehlinterpretationen und Verständigungsfehler. Auch die Frage nach der Übertragungsmöglichkeit kulturwissenschaftlicher Denkmodelle auf Realitäten der Naturwissenschaften (Medizin) können von Wert sein. Diskussionen im „luftleeren" Raum werden so vermieden oder zumindest abgebrochen. Schließlich – das war spätestens 1990 klar – ist es bisweilen nötig, die Theorien des verehrten Vorbildes, die sich nicht auf die konkreten, historisch gegebenen und vorgefundenen Zustände in seinem Heimatland beziehen, kritisch zu hinterfragen. – Zumal Foucault und mehrere seiner Mitarbeiter und Freunde selbst die Übertragungsmöglichkeiten seiner Ansichten auf andere Kulturkreise und Gesellschaften angezweifelt hatten.

Es ist also nicht einzusehen, weshalb heute bei der Rezeption der angloamerikanischen „Queer Theory" geistig scheinbar zurechnungsfähige Mitarbeiter von Universitäten, Mitglieder von Fachgesellschaften und Vertreter außeruniversitärer Forschungsgruppen sämtliche Fehler der Debatten zwischen 1972 bis 1995 wiederholen[1]. Ausreden gibt es keine, nur klar feststellbare Gründe: Unfähigkeit in der Beherrschung der englischen Sprache, Blindheit oder einfach der Hang zur Verdrängung der Realität, in der man lebt oder an deren Organisation man gar selbst politisch mitgewirkt hat.

„Queer" kennt keine Individuen

Eine Unübertragbarkeit der Theoreme der „Queer Studies" aus den USA in den deutschen Sprach- und Kulturraum sollten eigentlich selbst die unbedarfteste Leserin und der oberflächlichste Leser bemerken, wenn gewisse angelsächsische Termini ins deutsche Idiom übertragen werden. Oder was darf man sich unter „Jewish Question" und „race" vorstellen?[2] Soll frau den letzteren Begriff einfach unübersetzt verwenden, wie dies Julia Roth bei der Übersetzung von Riki Wilchins Buch getan hat?[3] Dabei sagen die Amis doch selbst, was sie damit meinen: die Diskussionen um Minderheiten, die bis zu elf Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen und eine andere Hautfarbe aufweisen als die blasse Mehrheit[4]. Existiert eine solche Problematik hierzulande? Welche „race" schwebt den Freundinnen und Freunden der „Queer Theory" denn so vor?

Im angloamerikanischen Bereich geht es recht häufig um Juden und ihre Affinität zu „queer". Die Gründe sind leicht zu entdecken und nur im Zusammenhang mit den in den USA bestehenden Vorurteilen zu verstehen. So werden Schwule und Juden von interessierten Kreisen gleichermaßen als Mitglieder einer überprivilegierten Minorität angesehen, die im Finanzsektor tätig seien. Schwule und Juden sind in den USA bisweilen ähnlich gelagerten rassistischen und sexistischen Angriffen ausgesetzt[5]. Einmal abgesehen davon, daß entsprechende Vorurteile selbst den hintersten völkischen Sektierern in Deutschland fernliegen, offenbart eine solche Gruppenvereinnahmung eines der Grundprobleme der „Queer Theory": Sie kennt keine Individuen. Wie soll es möglich sein, von „den Juden" oder „den Schwulen" zu sprechen? Oder auch „den Lesben" und „den Transgender"? Sind die Unterschiede zwischen in Röcken gekleideten, lange Schläfenlocken tragenden orthodoxen Juden und den „westlich" assimilierten Glaubensgenossen nicht offensichtlich? Sollen die Orthodoxen aufgrund ihres Aussehens für „queer" vereinnahmt werden? Das fällt sogar den nordamerikanischen Queer-Theoretikern bisweilen schwer[6]. Und wie sieht es mit „den Schwulen" aus? Kann man Tunten und Lederkerle in einen Topf werfen? – Man kann, wenn man einer Gruppe angehört, die ihre sexuellen Eigenheiten einerseits sublimiert und andererseits damit über die Geschichte Politik zu machen versucht. Dies impliziert auch den Ausschluß all jener Gruppen, die tatsächlich „queer" zu herrschenden Denkmustern leben. Oder habe ich die revolutionären und umfassenden Studien der Freunde der „Queer Theory" zu Zoophilie, Exhibitionismus und Pädophilie einfach übersehen?

Sicher nicht, aber für solche Forschungsarbeiten würde es keine Fördergelder geben. Also biegt man sich das eigene Weltbild solange zurecht, bis es in den Denkhorizont staatlicher Wissenschaftsförderungsämter passen kann. Diese Stromlinienförmigkeit ist wohl ebenso ein Zufall wie die häufig enge Anlehnung der Verfechter der „Queer Theory" an den Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) oder die neue Mainstream-Initative „Queer Nations" (vgl. „Berliner Ensemble", *Gigi* Nr. 42, Seite 10).

Quellen/Anmerkungen

[1] Zum Ablauf der Debatten siehe Axel Honneth/Martin Saar (Hg.): Michel Foucault. Zwischenbilanz einer Rezeption. Frankfurter Foucault-Konferenz 2001, Frankfurt/M.: Suhrkamp 2003.

[2] Siehe z.B. Daniel Boyarin/Daniel Itzkovitz/Ann Pellegrini (Hg.): Queer Theory and the Jewish Question, New York: Columbia University Press 2003.

[3] Riki Wilchins: Gender Theory. Eine Einführung. Deutsch von Julia Roth, Berlin: Querverlag 2006, 127.

[4] Janet R. Jakobsen: Queers are like Jews, aren't they? Analogy and Alliance Politics. In: Daniel Boyarin u.a.: Queer Theory, 64-89, 69.

[5] Ebenda, 65.

[6] Naomi Seidman: The ghost of queer loves past. Ansky's "Dybbuk" and the sexual transformation of Ashkenaz. In: Daniel Boyarin u.a.:

Gender Bender

nannte die/der Fotograf/in Michael Frages ihre/seine Serie, die unseren Schwerpunkt illustriert. Ausgenommen das auf Seite 12 handelt es sich um Selbstporträts. Michael Frages lebt in Wien, wo 2005 auch die Ausstellung „My Body Is My Home" stattfand.

Im Grunde ist der Ansatz der „Queer Theory“ für Schwulen und Lesben identitätszerstörend, da hier Sexualität und soziales Geschlecht (gender) getrennt werden[7] . Eigentlich müßte nun die kritische Frage folgen, wes-

halb diese Hintergründe außerhalb der Diskussion bleiben. Daß dies gerade in Deutschland der Fall ist, hat einen einfachen Grund: Die von der Schwulen- und Lesbenbewegung seit Jahrzehnten gleichermaßen betonte Übereinstimmung von gender und Sexualität findet sich in frappierender Ähnlichkeit bei misogynen Vertretern der europäischen Geistesgeschichte. Am deutlichsten könnte dies bei Otto Weininger beobachtet werden[8] .

Seltsam, daß dieser Teilaspekt der „Queer Theory“ in Deutschland noch überhaupt nicht diskutiert wurde. In den USA erfolgte eine solche kritische Debatte. Sie war Teil eines langwierigen außerparlamentarischen Prozesses, der sich über mehr als ein Jahrzehnt erstreckte und Frauen, Schwule, Lesben und Transgender verschiedener Ethnien umfaßte[9]. Deren Mitglieder sahen sich häufig einem doppelten Rassismus (Hautfarbe/Sexualität) ausgesetzt. Im Laufe der Debatte zerbrach unter anderem eine der bis dahin maßgeblichen außerparlamentarischen Gruppen, weil sich ihre Funktionäre zu wenig mit sozialen Faktoren der Repression beschäftigt und sich allzu sehr auf die Sexualität als einigendes Band konzentriert hatten. Ihr Name: Queer Nation[10].

Doch hat sich die Debatte in den USA mittlerweile weiterentwickelt, weg von den Homos und hin zu den Heteros. Es stellt sich die Frage, wie die heterosexuelle Mehrheit in die Queer Theory einzubinden ist[11]. Dies wiederum impliziert eine Frage nach der Definition und Hinterfragung der Heterosexualität. Soweit sind die Schwulen und Lesben hierzulande noch lange nicht[12]. Dabei wäre das doch die Grundlage für „Queer Theory“. In Folge dieser Nichtbeachtung produzieren deutschsprachige Autoren sehr eigenwillige Überlegungen, die sie unter dem Label „Queer Theory“ feilbieten. So verklärt Heiko Kleve die „Queer Theory“ zur Möglichkeit, zwischen Gender und Sex zu unterscheiden[13]. Nur konnte das schon der Geschlechtsanpassungsspezialist John Money in den 1950er Jahren. Womit ich bei einem weiteren Kritikpunkt angelangt wäre: Dem Irrglauben, „queeres Denken“ könne man en passant in die Medizin überführen, zum Beispiel bei Genitalverstümmelungen[14].

Dabei vergessen die VerfechterInnen der „Queer Theory“ völlig, daß alle von ihnen verwendeten Termini aus der Medizin kommen und Ärzte sich als exakte Naturwissenschaftler begreifen. Infolgedessen sind die kulturwissenschaftlichen Diskurse der letzten fünfzehn Jahre an der medizinischen Praxis spurlos vorüber gegangen. Dort interessiert man sich nicht für Ansätze, die nicht biologisch belegbar sind.

Mit queer an die Fleischtöpfe

Fehlt es schon an Fachwissen und dem „Willen zum Wissen“, so ist in den Ausführungen der „Queer Theory“ hierzulande wenigstens eine gewisse Komik enthalten. Etwa kommt Gudrun Perko zu dem Schluß, daß es in Zeiten der Repression viel mehr queere Lebensformen in Deutschland gegeben habe als heute[15]. Wenn das wahr ist, wozu braucht es dann in Zeiten der gesetzlichen Liberalisierung eine „Queer Theory“? Die Autorin gibt indirekt die Antwort gleich selbst: Damit die Feministinnen unter dem Deckmantel eines übergeordneten Begriffs endlich an die Fleischtöpfe der Macht gelangen können[16]. Sodann wird blauäugig erklärt, „Queer Theory“ müsse immer auch sozial- und herrschaftskritisch sein[17].

Woher stammt diese Überlegung? Nicht aus dem Repertoire der „Queer Theory“ jedenfalls. Sie ähnelt eher den Theorien einer Kritikergruppe, die es in Deutschland seit den politischen Umbrüchen 1989/1990 faktisch nicht mehr gibt: marxistische TheoretikerInnen der homosexuellen Emanzipationsbewegungen. In den USA waren es VertreterInnen eben dieser Fraktion, die herausstellten, daß die „Queer Theory“ soziale Komponenten, insbesondere die Lebenswirklichkeit von unterprivilegierten Bevölkerungsschichten, völlig ignoriere[18]. Damit spiele sie den Herrschaftskonzepten der politisch Konservativen in die Hände. Dies lasse sich unter anderem an der Forderung nach „gay marriage“, vulgo Homo-Ehe, erkennen. Denn die Familie sei eine der stärksten Stützen eines kapitalistischen Unterdrückungsapparates und „Queer Theory“ könne infolgedessen allein als die philosophische Unterfütterung des Strebens nach einer freien Intimität innerhalb der „weißen“ Mittelklasse und Oberschicht bezeichnet werden[19]. Auch im Zusammenhang mit der Haltung der queeren Theoretiker zur staatlichen AIDS-Politik ließe sich dies erkennen.

Queer Theory, 228-245.

[7] Biddy Martin: Extraordinary Homosexuals and the fear of being ordinary. In: Eliszabeth Weed/Naomis Schor (Hg.): Feminism meets queer theory, Bloomington: Indiana university press 1997, 109-135, 109.

[8] Otto Weininger: Geschlecht und Charakter. Eine prinzipielle Untersuchung, Wien: Braumüller 1904.

[9] William G. Tierney: Academic Outlaws. Queer Theory and Cultural Studies in the Academy, Thousand Oaks: Sage 1997, 24-28.

[10] Lauren Berlant/Elizabeth Freeman: Queer Nationality. In: Michael Warner (Hg.): Fear of a queer planet. Queer politics and social theory, Minneapolis: University of Minneapolis press 1993, 193-229.

Manfred Herzer: Gay Sunshine – Vorbild USA. In: Goodbye to Berlin? 100 Jahre Schwulenbewegung. Ausstellungskatalog, Berlin: rosa Winkel 1997, 265-274, 272.

[11] Calvin Thomas: Straight with a twist. Queer theory and the subject of heterosexuality. In: Calvin Thomas (Hg.): Straight with a twist. Queer theory and the subject of heterosexuality, Urbana: Illinois University Press 2000, 11-44, 12.

[12] Man könnte aber, wenn man wollte, den Diskurs in der Zeitschrift für Sexualforschung verfolgen, siehe z.B. Gunter Schmidt: „Homosexualität und Heterosexualität, das sind doch Fiktionen..“ Interview mit Jeffrey Weeks. In: Zeitschrift für Sexualforschung 17 (2004), 60-69.

[13] Heiko Kleve: Das Nicht-Identische denken: Queer im Kontext radikaler Theoriebildung. In: Gudrun Perko/Leah Carola Czollek (Hg.): Lust am Denken. Queeres jenseits kultureller Verortungen. Das Befragen von Queer-Theorien und queerer Praxis hinsichtlich ihrer Übertragbarkeit auf verschiedene gesellschaftspolitische Bereiche, Köln: papyrossa 2004, 14-30, 27.

[14] Elisabeth Holzleitner/Kati Danielczyk: Queer im medizinischen Diskurs. In: Ebenda, 94-107, 97.

[15] Gudrun Perko: Queer-Theorien. Ethische, politische und logische Dimensionen plural-queeren Denkens, Köln: papyrossa 2005, 125.

[16] Ebenda, 17.

[17] Ebenda, 27-28.

[18] Dana Cloud: Queer theory and „family values“. In: Mas'ud Zavarzadeh/Teresa L. Ebert/Donald Morton (Hg.,):

Foto: Michael Froges

Da wären sie also, die lang ersehnten Ähnlichkeiten der politischen Verhältnisse in USA und Deutschland. Hier böte sich doch immerhin ein Ansatzpunkt, länderübergreifend Politik queer zu beleuchten und eine „Queer Theory" zu entwickeln. Sie wird nur wegen der Verschränkung von Homo-Ehe-Fanatismus und Neigung zur „Queer Theory" hierzulande nie kommen.

Es gäbe aber noch eine weitere Möglichkeit zur Aufnahme eines gemeinsamen Diskursfadens. Denn sowohl Kritiker als auch Befürworter der angelsächsischen Debatte haben eine Vorliebe für einen europäischen Denker: Michel Foucault. Seine Einschätzungen über die Entwicklung medizinischer Theoriemodelle und ihre Übertragung auf die Gesellschaft bestimmen bis heute entscheidend die Debatte um „Queer Theory" in den USA[20]. Aufgrund der weitgehenden Unempfindlichkeit der hiesigen Theoretiker für Impulse aus der Philosophie entfällt aber auch diese Möglichkeit der transatlantischen Kooperation und Wissenschaftsrezeption. Lieber beklagt man lautstark die Nichtverankerung der „Queer Theory" an den deutschen Universitäten. Woran liegt es nur, daß die Amerikaner da bessergestellt sind? Lag es am langen Vorlauf von zwanzig Jahren? War es die Vorsehung des Gottes Hermaphroditos, daß die dortigen Professoren rechtzeitig Schüler beziehungsweise Nachfolger heranzogen und der wissenschaftliche Nachwuchs nicht zwanzig Semester zur Promotion brauchte? Oder hängt die Durchsetzung der akademischen Etablierung eventuell damit zusammen, daß in den Vereinigten Staaten eine gewisse Distanz zwischen den Forschern und den Studienobjekten vorhanden ist? Das kann zur Erklärung der Ausklammerung politisch unerwünschter sozialer Faktoren beitragen. Darin könnte eine Chance für die „Queer Theory" hierzulande liegen.

Zurück in die Zukunft

Die Unterschiede in der akademischen Landschaft zwischen den USA und Deutschland erlauben aber noch den Blick auf einige Rezeptionsprobleme. So sind deutsche Sprachkenntnisse in der angloamerikanischen Welt eher selten. Dies hat beispielsweise zur Folge, daß recht rätselhafte Interpretationen der Dispute in der deutschen Sexualforschung vor 1933 Eingang in die „Queer-Theory" finden[21]. Dies zu ergründen, wäre gerade für die Mitglieder der Magnus-Hirschfeld-Gesellschaft ein reizvolles Programm. Dabei könnten sie en passant feststellen, daß im Rahmen dieser Debatten (US-) amerikanische Forscher zu der Erkenntnis gelangt waren, daß außer Havelock Ellis alle damaligen Sexologen aufgrund ihres Biologismus für eine „Queer Theory" einfach unbrauchbar seien[22]. Schließlich haben (US-) amerikanische Wissenschaftler noch eine andere Möglichkeit entdeckt, die „Queer Theory" historisch zu verorten. Hierzu werden Hollywoodstreifen der 1940er Jahre auf mögliche queere Inhalte geprüft und diese dann für eine „Queer-Theory"-History verwendet[23]. Gerade so, als hätten die homophoben und tendenziell nazifreundlichen Studiobosse ein queeres Zeitalter ankündigen wollen, das sich fünfzig Jahre später einstellte. Auf Deutschland übertragen würde dies wohl bedeuten, daß man Größen wie Veit Harlan oder Arthur M. Rabenalt als Präzeptoren von Rosa von Praunheim und Biggy van Blond ansieht. – Was ist eigentlich aus dem Hauptdarsteller von „Hitlerjunge Quex" geworden?

Doch eine räumliche Distanz von einigen tausend Kilometern kann von der anderen Richtung her auch positiv genutzt werden. So erkannte Judith Butler nach einer Lesereise durch Deutschland in den 1990er Jahren, daß hierzulande Feministinnen ganz andere Ansichten vertraten als in den USA, weshalb ihr Buch „Gender Trouble" auch völlig anders interpretiert wurde, als die Autorin dies ursprünglich intendiert hatte[24]. Nebenbei durfte sie die völlige Unbelecktheit vieler Disputantinnen mit deutscher Philosophie bemerken. Bezüglich der „Queer Theory" merkte Butler 1997 an, es sei unmöglich, zwischen Queer und Feminist Theory zu wechseln, da queeres Denken voller Antifeminismen sei. In Europa meine man meistens „sex", wo Amerikaner von „gender" redeten[25]. Und schließlich sei es wirklich unsinnig und unmöglich, die „Queer Theory" einfach auf einen anderen Kulturkreis zu übertragen. Die Ausführungen Bulters erinnern fatal an die warnenden Auftritte amerikanischer Genetiker in den 1930er Jahren bei internationalen Kongressen, weil ihnen dämmerte, daß die Deutschen mit der Übernahme des „Eugenics"-Terminus etwas falsch verstanden hatten. Die wenigen besorgten Amerikaner redeten allerdings in englischer Sprache, so daß sie keiner verstand. – Oder verstehen wollte.

Marxism – queer theory – gender, Syracuse: The red factory 2001, 71-114, 72.

[19] Ebenda, 73, 96.

[20] Siehe z.B. Riki Wilchins: Gender Theory, 68.

[21] Siehe z.B. Jay Geller: Freud, Blüher, and the secessio inversa: Männerbünde, Homosexuality, and Freud's theory of cultural formation. In: Daniel Boyarin u.a.: Queer Theory, 90-120.

[22] Gayle S. Robin: Sex denken. Anmerkungen zu einer radikalen Theorie der sexuellen Politik. In: Andreas Kraß (Hg.): Queer Studies, 31-79, 47.

[23] Ellis Hanson (Hg.): Out Takes. Essays on queer theory and film, Durham: Duke University Press 1999, 30-35.
Das "funktioniert" auch mit der Zeit Goethes und Schillers, siehe Robert Tobin: Warm Brothers. Queer Theory and the age of Goethe, Philadelphia: University of Philadelphia Press 2000.

[24] Judith Butler: Reflections on Germany. In: Daniel Boyarin u.a.: Queer Theory, 395-402, 396.

[25] Judith Butler: Against proper objects. In: Elizabeth Weed/ Naomi Schor (Hg.): Feminism meets queer theory, 1-30, 1, 16.

**Zwangsheterosexualität und Heteronormativität sind Begriffe, die oftmals synonym gebraucht werden. Entweder wird ein Terminus alleine verwendet, obwohl genau genommen der andere gemeint ist, oder einer der beiden wird im heutigen Wörterdschungel in Klammer placiert und auf diese Weise mit dem anderen als Zwangsheteronormativitätssexualität gleichgesetzt.
Beide Termini entstammen jedoch differenten Kontexten, daher sind eine kurze Begriffsgeschichte sowie eine Analyse der beiden Bezeichnungen Zwangsheterosexualität und Heteronormativität unerläßlich.**

Der ungarische Psychoanalytiker und Freud-Schüler Sándor Ferenczi, dessen Beiträge zur psychoanalytischen Forschung sowie zu Aspekten psychoanalytischer Behandlungstechnik (Traumatheorie, Gegenübertragung im psychoanalytischen Setting...)[1] Jahrzehnte lang von orthodoxen FreudianerInnen totgeschwiegen wurden, verwendete in seinem 1914 publizierten Aufsatz „Zur Nosologie der männlichen Homosexualität (Homoerotik)"[2], der auf einem 1911 gehaltenen Vortrag basierte, den Begriff zwangsheterosexuell: Basierend auf der Libidotheorie, dem – ursprünglich – psychisch-bisexuellen Stadium in der Entwicklung jedes Kindes, sowie seiner Unterscheidung zwischen Subjekthomoerotikern und Objekthomoerotikern ortet er eine „verhältnismäßig zu stark übertriebene Form der Verdrängung der homoerotischen Triebkomponente durch die Kulturmenschheit"[3]. Wie Ferenczi weiter ausführt, mangele es seinen Zeitgenossen nicht nur an Homoerotik, sondern auch an Sublimation, die er als „schwärmerisch hingebungsvolle Freundschaft unter Männern"[4] umschreibt. Die Unmöglichkeit der Befriedigung der homoerotischen Triebkomponente erfordere eine Verschiebung: „die Verschiebung auf die Gefühlsbeziehungen zum anderen Geschlecht"[5]. Ferenczi bezeichnet somit diese Männer als zwangsheterosexuell: „Ich glaube allen Ernstes, daß die heutigen Männer infolge dieser Affektverschiebung samt und sonders *zwangsheterosexuell* sind; um sich vom Manne loszumachen, werden sie Weiberknechte."[6]

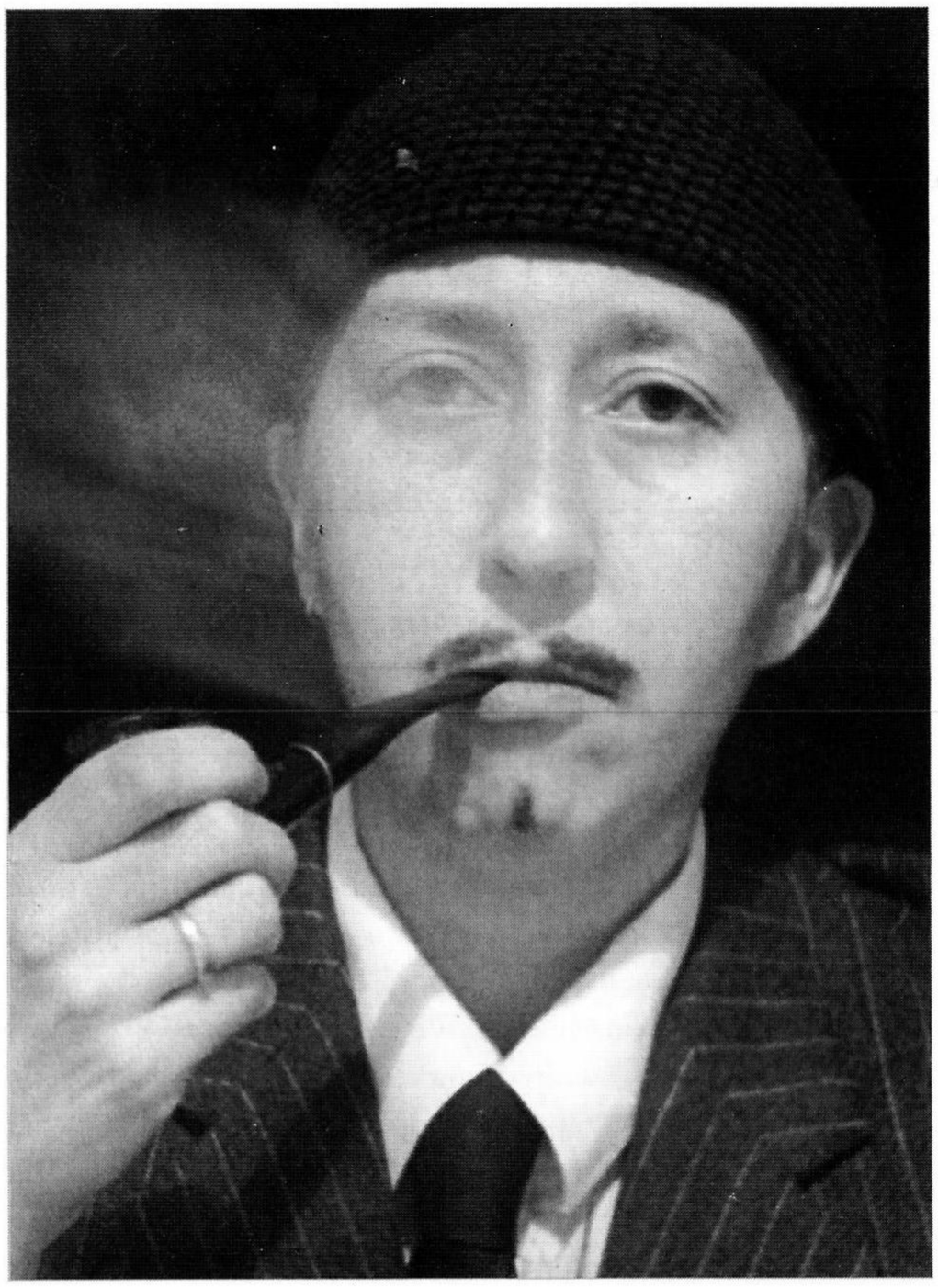
Der psychoanalytische Terminus „zwangsheterosexuell"

Wie aus vorstehenden kurz zitierten Ausführungen Ferenczis hervorgeht, basieren sie auf dem damaligen Diskussionsstand der Psycho-

Begriffsverwirrung

Zwangsheterosexualität versus Heteronormativität: Annäherungen an eine Begriffsgeschichte und Definitionsversuch. Von Gudrn Hauer und Petra M. Paul

analyse vor und während der Zeit des Ersten Weltkrieges, als gleichermaßen sowohl die heterosexuelle als auch die homosexuelle Objektwahl als klinisch wie wissenschaftlich untersuchungswürdige Phänomene galten, wie auch Sigmund Freud selbst betonte: „Der Psychoanalyse erscheint vielmehr die Unabhängigkeit der Objektwahl vom Geschlecht des Objektes, die gleich freie Verfügung über männliche und weibliche Objekte, wie sie im Kindesalter, in primitiven Zuständen und frühhistorischen Zeiten zu beobachten sind, als das Ursprüngliche, aus dem sich durch Einschränkung nach der einen oder anderen Seite der normale wie der Inversionstypus entwikkeln. Im Sinne der Psychoanalyse ist also auch das ausschließliche sexuelle Interesse des Mannes für das Weib ein der Aufklärung bedürftiges Problem und keine Selbstverständlichkeit, der eine im Grunde chemische Anziehung zu unterlegen ist."[7]



So weit bislang rekonstruierbar, wurden diese Ausführungen Ferenczis im Kontext der Psychoanalyse sowohl von seinen ZeitgenossInnen als auch von späteren AutorInnen nicht aufgegriffen und somit auch nicht diskutiert; der Begriff zwangsheterosexuell geriet – gemeinsam mit seinem Autor/Schöpfer – in Vergessenheit.[8] Auch wenn die Bildung dieses Begriffes somit im psychoanalytischen Diskurs zu verorten war, so kann dennoch auf keinen Fall von einer auch begrifflichen Etablierung in diesem Kontext gesprochen werden. Festzuhalten ist weiters, dass dieser hier vorgestellte psychoanalytische Terminus teilweise unbewusst bleibende innerpsychische Phänomene, Verarbeitungs- und Abwehrmechanismen in das Zentrum ihrer Analyse stellt, sie somit den „psychischen Niederschlag" gesellschaftlicher Verhältnisse untersucht; ihr Ausgangspunkt ist daher das Individuum – und nicht die Gesellschaft.

Allerdings berief sich die britische Psychoanalytikerin und Freud-Übersetzerin Joan Riviere in ihrem 1929/1930 publizierten Aufsatz „Weiblichkeit als Maske"[9] („Womanliness as a Masquerade"[10]) unter anderem auf vorstehenden Aufsatz Ferenczis und betonte, dass es keine Grenze zwischen echter Weiblichkeit und Maskerade gäbe[11], womit sie Teile des dekonstruktivistischen Ansatzes Judith Butlers vorwegnahm[12]. Rivieres Überlegungen aufgreifend kann somit gefragt werden, ob die Heterosexualität die (männliche) Homosexualität gleichsam verhülle, ob sich daher nicht schon in Ferenczis Ausführungen ein früher Bruch mit späteren essentialistischen Konzeptionen von Heterosexualität wie Homosexualität ankündigt.

Zwangsheterosexualität als lesbisch-feministischer Kampf- und Analysebegriff

Anders gestalteten sich sowohl der Kontext der Wiedereinführung sowie der teilweisen Etablierung dieses Begriffs rund sechzig Jahre später:[13] Ort und Zentrum sind hier die Sexualitätsdebatten der Neuen Frauenbewegung, insbesondere der feministischen Lesbenbewegung.[14] Wie Andrea Bührmann in ihrer Analyse der Sexualitätsdebatten der Neuen Frauenbewegung hervorhebt, werden der Sexualität, dem Sexuellen im weiteren Sinne sowohl die Orte der Unterdrückung als auch die Orte der Befreiung zugewiesen. Dies erfüllt drei zentrale Funktionen: Das Sexuelle ist Kristallisationspunkt des Patriarchats (Modellfunktion); die Deformierung der Sexualität von Frauen ist Instrument zur (Re-) Produktion des Patriarchats (repressive Funktion); die Sexualität ist Ort der Befreiung (emanzipative Funktion).[15] Sie leitet aus ihren Befunden die „analytische Verdopplung des Individuums Frau"[16] ab, nämlich zum einen die Vorstellung von einer authentischen Frau und zum anderen die der deformierten Frau.[17]

Vermutlich ist zumindest für den deutschsprachigen Raum die (Wieder-) Verwendung des Begriffes Zwangsheterosexualität auf Alice Schwarzer zurückzuführen: Sie benutzte ihn 1975 in „Der 'kleine Unterschied' und seine großen Folgen"[18] im Zwischentitel „Was an der Zwangsheterosexualität so politisch ist"[19] und definierte ihn wie folgt: „Kategorien wie Heterosexualität und Homosexualität sind kultureller Natur und nicht biologisch zu rechtfertigen. Die herrschende Heterosexualität ist eine kulturell erzwungene, eine Zwangsheterosexualität."[20] Laut Schwarzer wird auf der Basis des biologischen Unterschieds zwischen den Geschlechtern (im damaligen diskursiven Kontext sind hier die Unterschiede der primären und sekundären Geschlechtsorgane mit den daraus sich ergebenden Konsequenzen betreffend Reproduktion – Gebären versus Zeugung – gemeint) ein kulturelles System der Geschlechtsunterschiede errichtet, in dem „die ausschließliche Heterosexualität ein entscheidendes Machtmittel der Männer im Geschlechterkampf"[21] darstellt. Sexualität, und somit logisch abgeleitet die Heterosexualität, wird in diesem Kontext nicht als etwas Privates, sondern als politisch begriffen, wobei die Wurzel, der Ausgangspunkt der Unterdrückungsverhältnisse von Männern gegen Frauen im privaten und nicht

Foto: Michael Frages

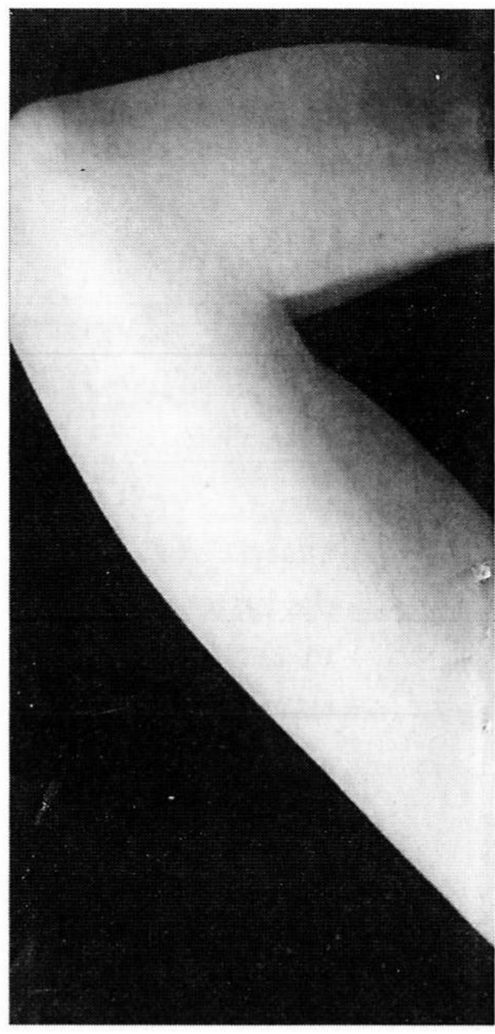
im gesellschaftlichen Bereich ge- und verortet werden. Der klassische politische Slogan der Neuen Frauenbewegung „Das Private ist politisch" ist somit umdeutbar in und reformulierbar als „Das Politische ist die Sexualität". Daher kann auch eine bestimmte Ausformung weiblicher Sexualität, eben „das Lesbische" im weitesten Sinne als Widerstandsform gegen das Patriarchat postuliert werden und „die Lesbe" zur Avantgarde des politisch-feministischen Kampfes der Neuen Frauenbewegung avancieren.[22]

Seine endgültige – und bis heute gültige – Aufnahme in das Begriffsvokabular der Neuen Frauenbewegung (im engeren Sinne der lesbisch-feministischen Bewegung) erfuhr der Terminus Zwangsheterosexualität durch Adrienne Richs 1980 in englischer Sprache erschienenen und 1983 erstmals auf deutsch veröffentlichten Aufsatz „Zwangsheterosexualität und lesbische Existenz".[23] Heterosexualität bedeutet für Frauen „eine ihnen aufgezwungene, inszenierte, organisierte, von Propaganda gestützte und mit Gewalt aufrechterhaltene Form der Sexualität"[24], die Institution der Heterosexualität also einer der „Brückenköpfe der Männerherrschaft"[25]. In diesem Kontext handelt es sich um Heterosexualität als Institution und um Machtbeziehungen – von Männern gegen Frauen. Denn es ist „die uns Frauen aufgezwungene Heterosexualität [...], die den Männern das Recht auf körperlichen, ökonomischen und emotionalen Zugang zu uns sichert."[26] Gegen das Dogma der „Natürlichkeit" der Heterosexualität setzt Rich hier die „Natürlichkeit" lesbischer Lebensweisen, lesbischer Existenz und nicht zuletzt das lesbische Kontinuum: Letzterer Begriff „umschließt für mich eine ganze Skala frauenbezogener Erfahrungen, quer durch das Leben jeder einzelnen Frau und quer durch die Geschichte hindurch – und nicht einfach die Tatsache, daß eine Frau genitale Sexualität mit einer anderen Frau erlebt hat oder sich bewußt wünscht".[27] Nur vor dem Hintergrund der Entgenitalisierung von Sexualität, der Entnaturalisierung, ja letztlich Entkörperung des Sexuellen gerade in lesbischen Kontexten erhält die hier verwendete Begriffsdefinition von Zwangsheterosexualität ihren feministischen politischen Sinn: Die binäre Konstruktion der Geschlechterordnung wird hier auf die Spitze getrieben, indem Männer und Frauen als zwei unterschiedliche „Klassen" begriffen werden, die unterschiedliche Geschlechtsorgane als „EigentümerInnen" besitzen und die einander hierarchisch entgegentreten, wobei letztlich aus der biologischen, sexuellen Differenz politische, gesellschaftliche Differenz resultiert.[28] Wie Bührmann hervorhebt und auch zusammenfasst, werden ausgenommen das biologische Geschlecht „alle anderen wahrnehmbaren Geschlechterdifferenzen nicht als der Biologie oder der Natur der Geschlechter geschuldet betrachtet, sondern als Folge gesellschaftlicher und kultureller Bedingungen interpretiert. Damit aber werden bestimmte kulturelle Vorstellungen übernommen: Festgeschrieben wird außer den Postulaten von einer binären Konstruktion von Natur und Kultur und von einer biologischen Zweigeschlechtlichkeit auch die Idee, daß die Geschlechter anhand ihrer Geschlechtsorgane eindeutig zu differenzieren und identifizieren seien."[29]

Heterofeminismus ist gleich Heterosexismus?

Eng mit diesem Begriff Zwangsheterosexualität gekoppelt ist der Begriff des Heterosexismus: Beide Termini werden oftmals gemeinsam verwendet, wobei Heterosexismus[30] den umfassenderen darstellt und Zwangsheterosexualität einschließt: „Wir definieren *Heterosexismus* als Unterdrückung von Frauen mit dem Ziel ihrer vollständigen Ausrichtung auf Männer. Diese Ausrichtung und Zurichtung von Frauen (die, wie gerade wir Lesben wissen, nicht immer funktioniert) betrifft alle Bereiche des Frauenlebens, erfolgt aber am wirkungsvollsten in der Heterosexualisierung hin auf Ehe, Familie und Mutterschaft, den Institutionen der Heterosexualität, die im Patriarchat immer Zwangsheterosexualität ist."[31] Heterosexismus „geht von einer angeborenen 'natürlichen' Überlegenheit der Heterosexualität aus"[32] und „beschreibt ein ideologisches System, das alle Formen nicht-heterosexueller Verhaltensweisen oder Identitäten ablehnt und stigmatisiert".[33]

In diesem Kontext ist hervorzuheben, dass es sich nicht um eine moralische, sondern um eine politische Analyse des Systems Heteropatriarchat handelt, um eine – radikale – Analyse der Wurzeln von Frauenunterdrückung, um die dialektische Beziehung von lesbisch-feministischer Theorieentwicklung und lesbisch-feministischen Politikentwürfen sowie um die Etablierung des politischen Subjekts Lesbe.[34]

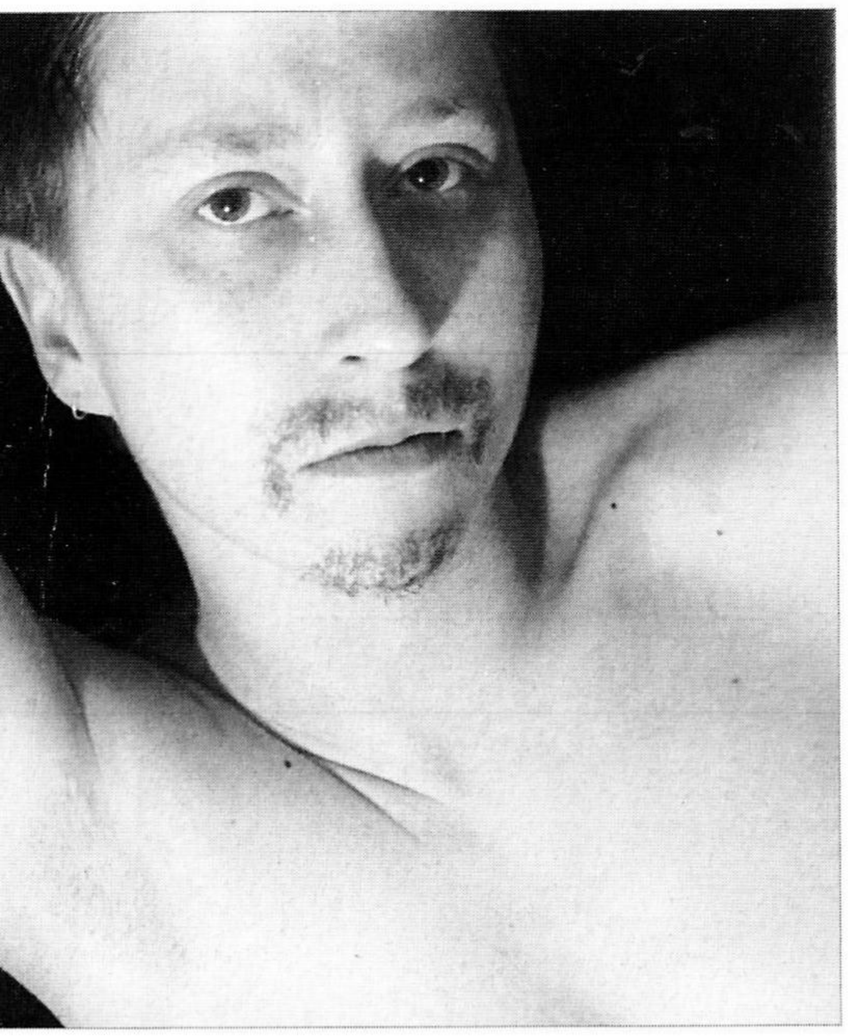


Aus dieser Definition resultiert die Unterscheidung zwischen Heterofeminismus und lesbischem Feminismus, die Sheila Jeffreys wie folgt beschreibt: „Das Feministische am lesbischen Feminismus unterscheidet sich von dem, was lesbisch-feministische Theoretikerinnen 'Heterofeminismus' genannt haben. Heterofeminismus setzt voraus, daß Lesben überall und zu allen Zeiten in der Minderheit sind und Heterosexualität auf wundersame Weise die sexuelle Wahl der Mehrheit ist. Lesbischer Feminismus stellt die Naturgegebenheit der Heterosexualität in Frage, weist nach, daß es sich dabei um eine politische Institution handelt, will im Interesse der Frauen, ihrer Freiheit und Selbstbestimmung diese Institution abschaffen und verändert damit das feministische Konzept. Und was das Wichtigste ist: Lesbischer Feminismus betrachtet eine Welt, in der Lesben frei leben können, als eine, in der alle Frauen frei sind."[35]

Jeffreys' Ausführungen zeigen, dass Differenzierungen zwischen Feminismen unerlässlich sind, dass sie daraus resultieren, inwieweit Frauen in allen Lebens-, Denk- und Politiksphären sich auf Männer orientieren – oder nicht.[36] Sarah Lucia Hoagland führt in diesem Kontext den Begriff Heterosexualismus ein: „Heterosexualismus ist eine bestimmte ökonomische, politische und emotionale Beziehung zwischen Männern und Frauen: Männer müssen Frauen beherrschen, und Frauen müssen sich Männern in vielerlei Form unterordnen. Das führt dazu, daß Männer sich die Verfügung über Frauen anmaßen, während Frauen an Männer gefesselt bleiben und nicht in der Lage sind, eine Gemeinschaft von Frauen zu bilden."[37] Femi-

Anmerkungen/Quellen

[1] Vgl. Sándor Ferenczi: Zur Aktualität eines lang vergessenen Pioniers. Psyche. Zeitschrift für Psychoanalyse und ihre Anwendungen 53 (Mai 1999), H. 5
[2] Sándor Ferenczi: Zur Nosologie der männlichen Homosexualität (Homoerotik). In: Sándor Ferenczi: Schriften zur Psychoanalyse I. Auswahl in zwei Bänden. Gießen 2004, S. 184-197
[3] Ebd., S. 194
[4] Ebd., S. 195
[5] Ebd., S. 195
[6] Ebd., S. 195
[7] Sigmund Freud: Drei Abhandlungen zur Sexualtheorie. (1905, Zusatz 1915). In: Sigmund Freud. Sexualleben. Band V Studienausgabe. 8. korrigierte Auflage, Frankfurt am Main 1997, S. 39-145, S. 56
[8] Eine Analyse der Ursachen für die Ächtung Ferenczis ist nachzulesen bei: Carlo Bonomi: Ferenczis "geistiger Verfall": Jones' Behauptung neu bewertet. In: Psyche 53, S. 408-418
[9] Joan Riviere: Weiblichkeit als Maske. In: A.J. Storfer (Hg.): Almanach der Psychoanalyse 1930. Wien 1930, S. 190-204
[10] Joan Riviere: Womanliness as a Masquerade. In: The International Journal of Psycho-Analysis, V. 10. London 1930, pp. 303-313
[11] Vgl. Riviere, Weiblichkeit, S. 195
[12] Vgl. Petra M. Springer: Weiblichkeit als Maske. In: [sic] Forum für feministische GangArten (Juni 2005), H. 53, S. 24-26
[13] Zu allen in diesem Beitrag untersuchten Termini sind aber noch genauere Forschungsarbeiten notwendig; die folgenden Ausführungen weisen daher derzeit einen fragmentarischen Charakter auf.
[14] Als grundlegende wissenschaftliche Untersuchung für den US-amerikanischen sowie deutschsprachigen Raum mit Schwerpunkt BRD wird verwiesen auf: Andrea Bührmann: Das authentische Geschlecht. Die Sexualitätsdebatte der Neuen Frauenbewegung und die Foucaultsche Machtanalyse. Münster 1995. Bührmann hat vorwiegend jene Texte US-amerikanischer feministischer Theoretikerinnen ausgewählt, die in den deutschsprachigen feministischen Debatten rezipiert und



nistische Theorien und Praxen stehen hiermit auf dem Prüfstein des Ein- beziehungsweise Ausschlusses nicht nur „der Lesbe" als politischem Subjekt, sondern auch im Hinblick auf eine Einebnung der Unterschiede zwischen Frauen, die gleichsam als „blinde Flecken" dem Mainstream feministisch-wissenschaftlicher Diskurse in außerakademischen wie in universitären Kontexten immanent sind.[38]

Heteronormativität ohne Heteronormativitätsbegriff

Heteronormativität, ein hierarchisches System, setzt sich aus den Begriffen Hetero und Normativität zusammen. Hetero meint Heterosexualität, ein binäres Geschlechtersystem, in dem zwei Geschlechter existieren – männliches und weibliches –, wobei das Begehren auf das jeweils andere Geschlecht gerichtet ist. Das biologische Geschlecht ist mit Geschlechtsidentität, Geschlechtsrolle und sexueller Orientierung gleichgesetzt. Normativität geht von der Norm der Heterosexualität in einer Gesellschaft aus und verweist somit auf ein gesellschaftliches Ordnungssystem. Unsere Gesellschaft funktioniert heteronormativ, das heisst, dass Heterosexualität die einzige vorstellbare soziale Wirklichkeit ist und zur Norm erhoben wird. Homosexualität zum Beispiel wird dagegen als Lebensweise verworfen und als Abweichung konstruiert. Sie legitimiert und stabilisiert lediglich Heterosexualität als Norm.

Schon Michel Foucault, Luce Irigaray oder Monique Wittig, beeinflusst von den Schriften Jacques Lacans, haben sich theoretisch mit Heteronormativität auseinandergesetzt, ohne allerdings den Begriff selbst zu verwenden. Sprache ist laut Jacques Lacan der Modus für die Produktion des Subjekts, die symbolische Ordnung ist die unhintergehbare Matrix für die Subjektbildung. Die symbolische Ordnung, als Ordnung der Sprache, des Diskurses, der Macht und des „Gesetzes des Vaters", besteht laut Lacan aus Signifikanten, die zu Signifikaten in geordneter Beziehung stehen.[39] Der Subjektivierungsprozess ist nicht geschlechtsneutral, denn er unterliegt Lacans Schema von Phallus haben und Phallus sein.[40] Für das Weibliche existieren laut Lacan keine Worte, keine Sprache und keine symbolische Repräsentanz, da sich beispielsweise der Spracherwerb bereits in phallischen Strukturen vollzieht. Dadurch, dass die symbolische Ordnung phallischen Charakter hat, kann das Weibliche im Symbolischen nur das Abwesende oder Schweigende sein. Frauen sind aus der symbolischen Ordnung ausgeschlossen, sie bleiben im Bereich des Vorsymbolischen oder Imaginären verhaftet. Die symbolische Ordnung ist heterosexuell besetzt, somit haben auch Homosexuelle keinen Zugang zu dieser Ordnung.

Michel Foucault dekonstruiert den Mythos einer konstanten, naturgegebenen Sexualität und situiert das menschliche Sexualverhalten in einem Kontext von Macht und Kontrolle. Das Konzept „Sexualität" entstand, ebenso wie die Anfänge der Psychiatrie und des Gefängnisses, Ende des 18. Jahrhunderts. „Es gibt nicht die eine globale Strategie, die für die gesamte Gesellschaft gilt und sich einheitlich auf alle Manifestationen des Sexes erstreckt: die Vorstellung, daß man mit den verschiedenen Mitteln versucht hat, den gesamten Sex entweder auf seine Fortpflanzungsfunktion oder auf seine heterosexuelle und erwachsene Form oder auf seine eheliche Legitimität zurückzuführen, werden den vielfältigen Zielen und Mitteln der Sexualpolitiken nicht gerecht, in denen es um die beiden Sexe, die unterschiedlichen Alter, die verschiedenen gesellschaftlichen Klassen geht."[41] Die Pathologisierung der Sexualität schuf ein Klassifikationssystem – mit vier großen strategischen Komplexen: Hysterisierung des weiblichen Körpers, Pädagogisierung des kindlichen Sexes, Sozialisierung des Fortpflanzungsverhaltens und Psychiatrisierung der perversen Lust.[42] Laut Foucault wurde lange Zeit über „Sodomie" geschwiegen beziehungsweise tauchte der Begriff nur spärlich in Texten auf: „[...] das nahezu allgemeine Schweigen darüber hatte lange Zeit eine doppelte Funktion: zum einen eine extreme Strenge [...] und zum andern eine sicher sehr weite Toleranz [...]. Als dann in der Psychiatrie, in der Jurisprudenz, auch in der Literatur des 19. Jahrhunderts eine ganze Reihe von Diskursen über die Arten und Unterarten der Homosexualität, der Widernatürlichkeit, der Päderastie, des 'psychischen Hermaphrodismus' aus dem Boden schossen, hat das gewiß zu einem starken Vormarsch der sozialen Kontrollen auf jenem Gebiet der 'Perversitäten' geführt; es hat aber auch die Konstitution eines Gegen-Diskurses ermöglicht: die Homosexualität hat begonnen, von sich selber zu sprechen, auf ihre Rechtmäßigkeit oder auf ihre 'Natürlichkeit' zu pochen – und dies häufig in dem Vokabular und in den Kategorien, mit denen sie medizinisch disqualifiziert wurde."[43]

Die Homosexualität ist somit keine ahistorische Konstante, sondern Effekt von Wissenproduktion, die von einer heterosexuellen Position aus durch Benennung die sozialen Kategorien schafft, die Ärzte respektive Psychiater zur gesellschaftlichen Regulierung, Disziplinierung und Überwachung der Bevölkerung benötigen. Laut Foucault sind Diskurse „taktische Elemente oder Blöcke im Feld der Kraftverhältnisse [...]"[44]. Identität impliziert somit einen sozialen Zwang. Die sexuelle Identifizierung ist keine selbstgewählte Option, sondern ein wertender Eingriff in das Sexualverhalten von Individuen. Privilegien werden verteilt, Grenzen werden gezogen und die Gesellschaft wird heterosexuell normiert. Medizin, Psychiatrie und Gesetzgebung unterwerfen Homosexuelle, um das hierarchische System der Zweigeschlechtlichkeit nicht zu gefährden.

Auch die Differenzdenkerin Luce Irigaray setzt sich mit Heteronormativität auseinander, ohne sie zu benennen. „Die Tauschakte, die die patriarchalen Gesellschaften organisieren, finden ausschließlich unter Männern statt. Frau-

diskutiert wurden; ihr Schwerpunkt sind politische und nicht wissenschaftliche Diskurse.

[15] Vgl. ebd., S. 113-133

[16] Ebd., S. 133

[17] Vgl. ebd., S. 133

[18] Alice Schwarzer: Der „kleine Unterschied" und seine großen Folgen. Frauen über sich – Beginn einer Befreiung. Frankfurt am Main 1975

[19] Ebd., S. 205-209

[20] Ebd., S. 205

[21] Ebd., S. 206

[22] In diesen Kontext gehört auch der „Leben-Hetera-Konflikt" der Neuen Frauenbewegung Mitte der 70er bis Ende der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts.
Ähnlichkeiten, ja sogar Gemeinsamkeiten mit bestimmten Debatten in der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung (zum Beispiel Führungsanspruch bestimmter Parteien, die Unterscheidung von „Klasse an sich" und „Klasse für sich") drängen sich zwingend auf – trotz (oder vielleicht wegen?) der Abkehr und Abgrenzung weiter Teile der Neuen Frauenbewegung von marxistischen Theoremen und der bis heute existierenden Spannungen zwischen marxistischen und autonomen Feministinnen.

[23] Adrienne Rich: Zwangsheterosexualität und lesbische Existenz. In: Dagmar Schultz (Hg.): Macht und Sinnlichkeit. Ausgewählte Texte von Adrienne Rich und Audre Lorde. Berlin 1983, S. 138-168. Richs Text wurde unter dem Titel „Compulsory Heterosexuality and Lesbian Existence" erstmals veröffentlicht in: Signs: Journal of Women in Culture and Society, V. 4 (Summer 1980)

[24] Ebd., S. 157

[25] Ebd., S. 139

[26] Ebd., S. 157

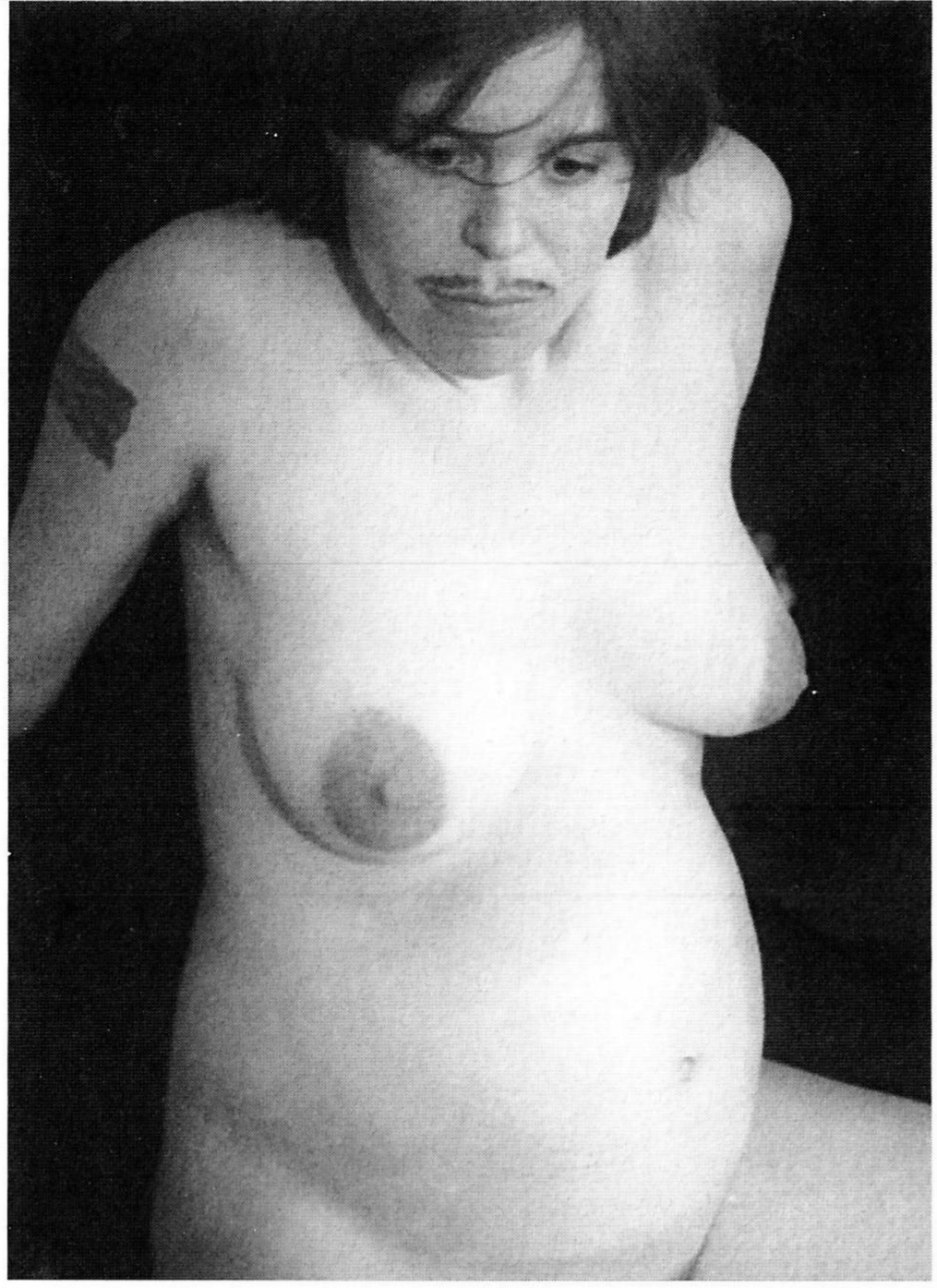
[27] Ebd., S. 158

[28] Siehe Anmerkung 18. Logisch fortgedacht muss hier von einem „Klassenkampf" Frauen gegen Männer geschrieben werden, wobei Frauen das Proletariat und Männer die Bourgeoise im Wortsinne „verkörpern".

[29] Bührmann, S. 133

[30] Heterosexismus basiert auf dem durch die Neue Frauenbewegung eingeführten Begriff Sexismus, dieser „bezeichnet jede Haltung, Äußerung, Tat, Strategie, Methode oder institutionelle Handlung, die zur Unterdrük-

Foto: Michael Froges



en, Zeichen, Waren, Geld werden stets von einem Mann zum anderen weitergereicht, bei Strafe – behauptet man – des Rückfalls in inzestuöse und endogamische Bande, die jeglichen Handel paralysieren würde. Die Arbeitskraft, die Produkte, einschließlich der Mutter-Erde, bilden folglich das Objekt von Transaktionen zwischen einzig und allein Männern. Was bedeutet, daß eben die Möglichkeit des Soziokulturellen die Homosexualität erfordere. Sie wäre die zugrundeliegende Gesetzmäßigkeit. Die Heterosexualität entspricht einer Rollenzuweisung in der Ökonomie: produzierende und austauschende Subjekte die einen, produzierende Erde und Waren die anderen."[45] Das patriarchale System funktioniert somit nicht auf der Grundlage der Heterosexualität, sondern auf der Hom(m)osexualität[46].

Monique Wittig deckte Leerstellen des Marxismus auf: Die Kategorien Mann und Frau blieben unhinterfragt, was eine Naturalisierung der binären Einteilung bedeutet. Für Wittig sind diese Kategorien aber keine natürlichen, schon immer vorhandene Konstanten, sondern vor allem politische Klassifikation. Das Resultat ist die Heterosexualisierung der Gesellschaft: „The category of sex is the political category that founds society as heterosexual. As such it does not concern being but relationships (for women and men are the result of relationships), although the two aspects are alway confused when they are discussed. The category of sex ist the one that rules as 'natural' the relation that is at the base of (heterosexual) society and through which half the population, women, are 'heterosexualized' ... and submitted to a heterosexual economy. For the category of sex is the product of a heterosexual society which imposes on women the rigid obligation of the reproduction of 'species', that is, the reproduction of heterosexual society."[47]

Laut Wittig gilt die Einteilung in zwei Geschlechter nicht nur für die Kategorie *gender*, sondern auch für das biologische Geschlecht, *sex*. Begriffe wie „Frau" und „Mann" sind Ausdruck einer aufgezwungenen Heterosexualität. Aus diesem Grund ist auch der biologische Körper nicht männlich oder weiblich, sondern wird dies erst, sekundär, durch die geschlechtlich bestimmte Bezeichnungsweise. In diesem Sinne kann Wittig behaupten, dass die Lesbierin keine Frau ist, da sie die Kategorie „Frau" aufbrechen oder unterlaufen will und nicht mehr dadurch bezeichnet werden könne. „[...] it would be incorrect to say that lesbians associate, make love, live with women, for 'woman' has meaning only in heterosexual systems of thought and heterosexual economic systems. Lesbians are not women."[48]

Diskurstheoretische Gedankengänge

Judith Butler kritisiert in ihren Texten die heterosexuelle Normierung und beschreibt die Zusammenhänge zwischen diskursiven Praktiken, heterosexuellen Geschlechtsnormen (woraus der Begriff Heteronormativität abgeleitet wird) und den damit verbundenen Geschlechtsidentitätskonzepten. Gesellschaftliche Normen müssen sich mittels wiederholender performativer diskursiver Praktiken ständig reproduzieren, um als Norm erkannt und akzeptiert zu werden. Etwas dem Diskurs Vorgängiges existiert laut Butler nicht. Die Identität einer Person konstituiert sich durch die wiederholte Stilisierung des Körpers.[49] Durch Wiederholung beziehungsweise Performanz werden Bezeichnungen und Begriffe erzeugt, die als natürlich erscheinen. Zweigeschlechtlichkeit wird aufgrund der Zwangsheterosexualität erklärt – laut Butler ist aber *sex* keine biologische Tatsache, sondern wie *gender* diskursiv produziert. Geschlechtszugehörigkeit ist keine stabile Identität, „vielmehr ist sie eine Identität, die stets zerbrechlich in der Zeit konstituiert ist – eine Identität, die durch eine *stilisierte Wiederholung von Akten* zustande kommt"[50]. Sie schlägt das Parodie-Konzept als Strategie vor, mittels derer die phallogozentristische Zwangsheterosexualität unterwandert und dekonstruiert werden könne. Performativität wird nicht als die Möglichkeit eines intentionalen Subjekts gesehen, mit sprachlichen Äußerungen Handlungen zu vollziehen, sondern *gender* ist gerade in dem Sinne performativ, als sie das Subjekt, das diese nur auszudrücken scheint, als seinen Effekt konstituiert, das heisst, Geschlechtsidentität wird durch Äußerungen und Ausdrucksformen performativ hervorgebracht. Subjekt- und Geschlechtsidentität sind nicht Gegebenes, sondern ergeben sich im ständigen Vollzug. Performativität bedeutet, dass kulturelle Zuschreibungen bewusst am eigenen Körper wiederholt werden, damit das Einschreiben kultureller Erfahrungen von Geschlecht am eigenen Körper sichtbar wird. Die als normal, weil naturgemäß empfundene Heterosexualität beruht auf Zwangszuschreibungen, die durch die Differenzierung der Geschlechter ein hierarchisches, Geschlechteridentität erzeugendes Machtverhältnis etablieren.

Butler schreibt über Strategien, mit deren Hilfe Annahmen über ein Wesen oder eine vorgegebene Natur des Körpers als Zuschreibungen begriffen werden können. Solche Strategien beruhen auf der Performanztheorie der Geschlechter-Akte (*gender acts*).[51] Nach Butler geht es um solche, welche die Kategorien des Körpers, des Geschlechts, der Geschlechtsidentität und der Sexualität stören. Die Vorstellung, dass soziokulturelle Bedeutungszuschreibungen körperliche Einschreibungen seien, lässt einen Begriff von Wiederholung zu, der im individuellen Fall Brüche, Sprünge und Verschiebungen ermöglicht: „Kulturelle Praktiken und darunter besonders die Travestie erinnern

kung und Marginalisierung einer Person oder einer Gruppe aufgrund ihres Geschlechts beiträgt." Sigrid Metz-Göckel: Sexismus. In: Renate Kroll (Hg.): Metzler Lexikon Gender Studies Geschlechterforschung. Ansätze – Personen – Grundbegriffe. Stuttgart-Weimar 2002, S. 357 f., S. 357

[31] UlrikeJanz/Rita Kronauer: Von der DetailGENauigkeit zur Analyse der Re-Produktion von Herrschaft. Lesben gegen Gen- und Reproduktionstechnologien. In: Auftakt. IHRSINN 1 (1990), S. 66-86, S. 82

[32] Karin Uttendörter: Heterosexismus. In: Kroll, S. 175

[33] ebd., S. 175

[34] Vgl. Gudrun Hauer: „Zwangsheterosexualität" und „Heterosexismus". Bausteine lesbisch-feministischer Gesellschaftstheorie. In: Eva Kreisky/Birgit Sauer (Hg.): Geschlecht und Eigensinn. Feministische Recherchen in der Politikwissenschaft. Wien und Köln 1998, S. 190-197

[35] Sheila Jeffreys: Ketzerinnen. Lesbischer Feminismus und die lesbisch-sexuelle Revolution. München 1994, S. 11

[36] Diese Diskurse und die daraus resultierenden politischen Konsequenzen (zum Beispiel lesbischer Separatismus, Schaffung eigener Frauenräume, Landlesbenbewegung mitder Erprobung von Modellen einer autarken Subsistenzwirtschaft etc.) galten vor allem für weiße Lesben in kapitalistischen Ländern der „Ersten Welt". Gegen den Rassismus weißer Feministinnen und somit auch des weißer lesbischen Feminismus hat sich die afroamerikanische lesbische Feministin Audre Lorde gewendet, zum Beispiel in: Audre Lorde: Vom Nutzen unseres Ärgers. In: Dagmar Schultz (Hg.): Macht und Sinnlichkeit. Ausgewählte Texte von Adrienne Rich und Audre Lorde. Berlin 1983, S. 97-108

[37] Sarah Lucia Hoagland: Die Revolution der Moral. Neue lesbisch-feministische Perspektiven. Berlin 1991, S. 37

[38] In fast allen feministisch-wissenschaftlichen soziologischen, politikwissenschaftlichen oder ökonomischen Studien werden Frauen als in heterosexuellen Lebensformen Lebende

an die Geschichte der Geschlechtsidentitäten und ihre Wiederholung der Geschlechternormen. Travestie dient keineswegs nur deren Verfestigung, wie eine häufig geäußerte Kritik lautet, sondern kann, so Butler, auch die Vorstellung von 'falschen' und 'richtigen' Geschlechtsidentitäten, von 'Original' und 'Imitation' durcheinanderbringen. Das 'Missglücken' der Herstellung eines korrekten Geschlechts enthüllt, so Butler, sowohl die Kontingenz als auch die Historizität des Geschlechts."[52]

Weiters geht Butler auf butch/femme-Konzepte ein – es geht dabei nicht nur um eine „unkritische Aneignung einer stereotypen Geschlechterrolle [...], die aus dem Repertoire der Heterosexualität stammt"[53] . Laut ihr ist die Beziehung zwischen „Imitation" und scheinbarem „Original" weitaus vielschichtiger.[54] Die Performanz der Parodie ist nicht allein als unecht zu bezeichnen, sondern das Original selbst ist Inszenierung: „Die Reproduktion heterosexueller Konstrukte in nicht-heterosexuellen Zusammenhängen hebt den durch und durch konstruierten Status des sogenannten heterosexuellen 'Originals' hervor. Denn Schwulsein verhält sich zum Normalen *nicht* wie die Kopie zum Original, sondern eher wie die Kopie zur Kopie. Die parodistische Wiederholung des 'Originals' [...] offenbart, daß das Original nichts anderes als eine Parodie der Idee des Natürlichen und Ursprünglichen ist."[55] In „Körper von Gewicht" unterstreicht Butler wie Jacques Derrida den zitathaften Charakter performativer Äußerungen.[56]

Aufgrund ritualisierter Wiederholung von Handlungen beziehungsweise Performanz werden Bezeichnungen und Begriffe erzeugt und erscheinen als natürlich. Da *sex* und *gender* konstruiert sind und ständig wiederholt werden müssen, liegt darin auch eine subversive Kraft: Die Wiederholung kann misslingen, und dadurch können Veränderungen stattfinden, auch gesellschaftliche Umwandlungen. Somit ist Butlers Begriff des Performativen politisch aufzufassen. Da es kein Original gibt, existieren nur Kopien von Kopien, die ständig neu kopiert werden müssen. Butlers Parodiekonzept zeigt auf, dass Phallogozentrismus und die Zwangsheterosexualität in der westlichen industrialisierten Gesellschaft dadurch diskursiv dekonstruiert werden können.

In Anlehnung an Monique Wittig und Adrienne Rich beschreibt sie die Ordnung der Geschlechter als zwangsheterosexuell und als einer hegemonialen heterosexuellen Matrix unterliegend. „Der Begriff *heterosexuelle Matrix* steht in diesem Text für das Raster der kulturellen Intelligibilität, durch das die Körper, Geschlechtsidentitäten und Begehren naturalisiert werden. Ich stütze mich auf Monique Wittigs Begriff des 'heterosexuellen Vertrages' und weniger stark auf Adrienne Richs Begriff der 'Zwangsheterosexualität'."[57] Über Butlers Theorien zog der Begriff Heteronormativität in die *Queer Theory* ein, die sich gegen den Zwangscharakter heteronormativer Wirkungsweisen wendet und diese auf unterschiedlichste Weise zu stören versucht.

Zwei Begriffe auf dem Seziertisch

Wie vorstehende Ausführungen verdeutlichen, sind die Begriffe Zwangsheterosexualität und Heteronormativität nicht ident, obwohl sie oftmals synonym verwendet werden, sondern sie bedeuten streng genommen grundsätzlich Verschiedenes – aus mehreren Gründen:

Sie entstammen unterschiedlichen politischen wie wissenschaftlichen Kontexten: Der Terminus Zwangsheterosexualität wurde zuerst im Rahmen der psychoanalytischen Terminologie gebildet; seit Mitte der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts verweist er auf eine bestimmte politische Praxis des lesbischen Feminismus (und nur sehr marginal der Schwulenbewegung). Der Begriff Heteronormativität ist jedoch in den theoretischen Diskursen der *Queer Theory* zu verorten, wobei diese auf die Analysen Judith Butlers zurückgreifen.

Der Terminus Zwangsheterosexualität basiert auf den als „naturgegeben" angenommenen Konstrukten Frau und Mann, er analysiert die Beziehungen zwischen Frauen und Männern, wobei Frauen Teil der gesellschaftlichen Ordnung sind; die Teilung der Geschlechter wird im Rahmen des Differenzdenkens interpretiert. Er bedeutet eine Abgrenzung von der Heterosexualität und somit auch von der Frau-Mann-Beziehung, wobei keine grundlegenden Unterschiede zwischen heterosexuellen und lesbischen Frauen existieren. Lesbische Sexualität stellt für Frauen die nicht-entfremdete Form der Sexualität im Gegensatz zur entfremdeten Heterosexualität dar; auch in diesem Bereich wird die Differenz zwischen den Geschlechtern aufrechterhalten. Der in diesem Kontext immer wieder verwendete Begriff der (politischen) Institutionen ist nicht identisch mit dem etwa in politikwissenschaftlicher Theorie gebräuchlichen, da hier zum Beispiel auch die Kleinfamilie, der Erziehungsapparat, psychiatrische Anstalten etc. inkludiert sind. Nicht zuletzt verdeutlicht die Verwendung des Wortes Zwang, dass die Norm der Heterosexualität mit verschiedenen Formen physischer, psychischer und institutioneller Gewalt durchgesetzt wird.

Somit lässt sich auch die Frage, ob Luce Irigaray in ihren Ausführungen implizit Zwangsheterosexualität und nicht Heteronormativität gemeint haben könnte, mit einem Nein beantworten: Der Begriff Zwangsheterosexualität geht von der Frau aus; Irigaray dagegen geht vom Manne aus, die Frau ist aus der symbolischen Ordnung nach Lacan ausgeschlossen. Sie plädiert für eine Transformation der Sprache, für ein Einschreiben der Frauen durch die *écriture féminine*. Sie gibt die symbolische Ordnung mit der Vaterfigur nicht ganz auf, bringt aber das prä-ödipale Mutterbild in ihre Theorien ein.

Der Terminus Heteronormativität betont die Norm der Heterosexualität und konzentriert sich im wesentlichen auf die Analyse diskursiver Praxen. Somit schließt der Terminus andere sexuelle Lebensweisen wie Homo-, Trans-, Bi-, A- oder auch Intersexualität aus. Im Zentrum steht in dieser Theorie die Auflösung der Kategorien Frau und Mann. Eine Konsequenz ist das Hineinholen der zuvor ausgeschlossenen Frauen in die symbolische Ordnung.

Als beide Termini inkludierender Überbegriff hat sich Heterosexismus etabliert, da er analytisch gesehen sowohl die vielfältigen Formen von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts als auch aufgrund als abweichend verstandener Sexualitäten beschreibt. Er ist Bestandteil der Diskurse wie auch der politischen Praxen der feministischen Lesbenbewegung, der Lesben- und Schwulenbewegung sowie der *Queer*-Bewegung, nicht jedoch der Neuen Frauenbewegung, der insbesondere in ihren feministisch-wissenschaftlichen Diskursen der Vorwurf des Heterofeminismus nicht erspart bleiben darf. Somit verweist Heterosexismus auch auf einen blinden Fleck, eine Leerstelle in von politisch-feministischer Praxis abgelösten Theoriebildungen.

und Arbeitende analysiert.
[39] Lacan beruft sich hier auf die Semiotik de Saussures: Ferdinand de Saussure: Grundlagen der allgemeinen Sprachwissenschaft. Berlin 1967
[40] Vgl. Jacques Lacan: Die Bedeutung des Phallus. In: Ders., Schriften II. Ausgew. u. hg. von Norbert Haas. Freiburg i. Br. 1975, S. 120-132
[41] Michel Foucault: Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1, 14. durchges. u. korr. Aufl., Frankfurt am Main 1983, S. 103
[42] Vgl. ebd., S. 103f
[43] Ebd., S. 100f
[44] Ebd., S. 101
[45] Luce Irigaray: Waren untereinander. In: Dies.: Das Geschlecht, das nicht eins ist. Berlin 1979, S. 199-203, S. 199
[46] Vgl. Luce Irigaray: Frauenmarkt. In: Dies., S. 177-199, S. 178
[47] Monique Wittig: The straigth Mind and other Essays. Boston 1992, p. 5f
[48] Ebd., p. 32
[49] Vgl. Judith Butler: Das Unbehagen der Geschlechter. Frankfurt am Main 1991, S. 8
[50] Judith Butler: Performative Akte und Geschlechterkonstitution. Phänomenologie und feministische Theorie. In: Uwe Wirth (Hg.): Performanz. Zwischen Sprachphilosophie und Kulturwissenschaften. Frankfurt am Main 2002, S. 301-320, S. 302
[51] Vgl. Butler, Unbehagen, S. 12
[52] Anja Tervooren: Körper, Inszenierung und Geschlecht. Judith Butlers Konzept der Performativität. In: Christoph Wulf/Michael Göhlich/Jörg Zirfas: Grundlagen des Performativen. Eine Einführung in die Zusammenhänge von Sprache, Macht und Handeln. Weinheim/München 2001, S. 157-180, S. 161
[53] Butler, Unbehagen, S. 202
[54] Vgl. ebd., S. 202
[55] Ebd., S. 58
[56] Vgl. Judith Butler: Körper von Gewicht. Frankfurt am Main 1997, S. 21
[57] Butler, Unbehagen, S. 219 f.

Foto: Michael Frages

The Making of Gays

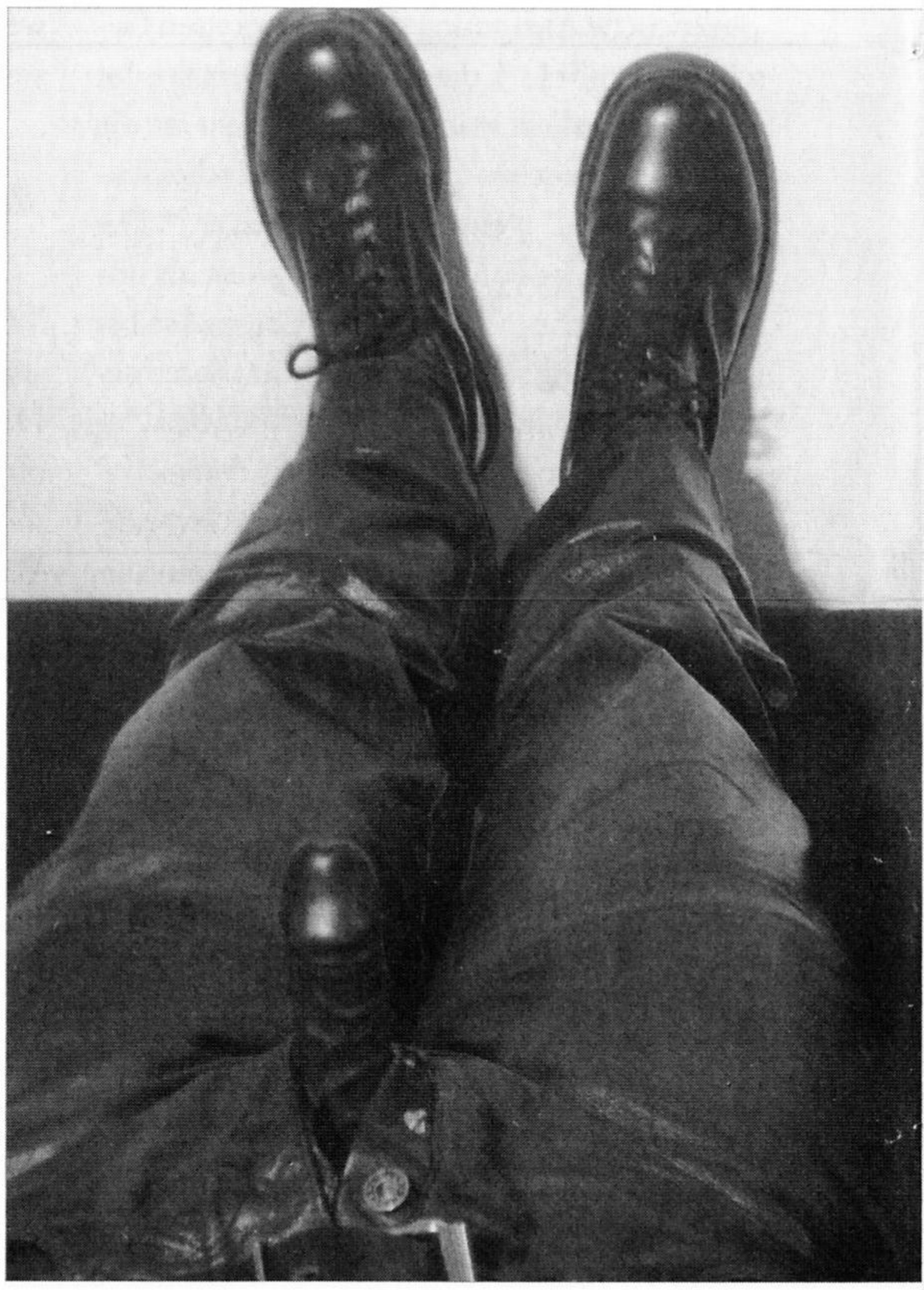
Ende Oktober 2005 gab eine Email an die „liebe *Gigi*-Redaktion" der Vermutung Ausdruck, „daß ihr womöglich Interesse daran haben könntet, mein Buch über schwule Coming-out-Inszenierungen für die *Gigi* zu rezensieren, zumal ich darin eine sehr kritische Einschätzung der Entwicklung von Coming-out-Strategien und der Schwulenbewegung innerhalb der letzten dreißig Jahre liefere". Zur Information hatte der Absender den Werbe-Flyer des Verlages angehängt. „Falls ihr Lust hättet, das Buch zu besprechen, würde ich mich natürlich sehr freuen." Die Lust hielt sich zunächst in Grenzen, doch dafür entschuldigen wir uns beim Verfasser der freundlichen Email, Dr. Volker Woltersdorff, nun auch mit gleich zwei Besprechungen. Die erste davon verfaßte Lutz Graf

In Zeiten, da die sichtbare Mehrheit der Lesben und Schwulen mit der Etablierung der Eingetragenen Lebenspartnerschaft endgültig im neoliberalen Mainstream eingehegt ist und die Frontlinien der spätkapitalistischen Gesellschaft und ihrer Kontrollmechanismen für den Einzelnen ob hetero, schwul, lesbisch oder transgender glasklar werden (ein Hartz IV-Empfänger interessiert sich logischerweise nicht für das hohe emanzipatorische Gut „Verpartnerung"; er läßt sich scheiden und schmeißt seinen Mann, Frau, Transgender vor dem Frühstück aus dem Bett, Zahnbürste nicht im Bad stehen lassen!) ist ein junger Berliner Wissenschaftler damit befaßt, eine Geschichte des Coming-out im marxschen Sinne als Vorgeschichte zu schreiben, „denn erst mit dem historischen Ende des homosexuellen Triebschicksals können die Einzelnen in die Geschichte eintreten." (S. 40/41)

Dies ist der Ausgangspunkt von Volker Woltersdorff, dessen erweiterte Dissertation schon im letzten Jahr bei Campus unter dem Titel „Coming out. Die Inszenierung schwuler Identitäten zwischen Auflehnung und Anpassung" erschienen ist. Mit dieser Arbeit gelingt ihm trotz des forciert akademischen Duktus eine Geschichte des Schwulseins (auf das „vor" kann hier getrost verzichtet werden) vom mythisch-kollektiven Coming out des „Stonewall-Aufstandes" bis heute. Als Material dienen dabei ausschließlich in irgendeiner Weise zugänglich gewordene Coming-out-Erzählungen vom Foto bis zur Literatur. Darin folgt der Autor der diskursiven Tradition eines Michel Foucault, auf den er sich auch immer wieder bezieht.

Woltersdorff breitet eine Fülle von Material auf fast dreihundert Seiten aus, das, gut geordnet, doch manchmal das Wesentliche zu verschütten scheint. Der Bogen spannt sich dabei von den radikalen schwulen Bewegungen der 70er – „Laßt uns ein, zwei, drei , viele Stonewalls schaffen!" – bis zur Herausbildung eines ausdifferenzierten neoliberalen, schwulen Subjekts – das als *der* Marktteilnehmer schlechthin charakterisiert wird. Dabei scheint oft die Meinung des Autors hinter referierten Positionen zu verschwinden. „So hat Pollak folgerichtig die Funktionsweise der schwulen Subkultur als einen sexuellen Markt beschrieben. Schwule Sexualität zeichne sich durch einen hohen Grad an Autonomisierung und Rationalisierung aus, die auf Effizienz und Ökonomie ausgerichtet sei. Diese Ökonomie basiert auf einem Tauschverhältnis von Orgasmen bei dem die einzelnen Subjekte als Anbieter beziehungsweise Nachfrager auftreten." (S. 262)

Das mag mehr den Zwängen des akademischen Diskurses geschuldet sein als fehlendem Mut. Statisch wirkt, daß durch alle untersuchten Einzelbereiche immer wieder die These von der Dialektik von Auflehnung und Anpassung bewiesen werden muß. Dabei verstellt die Konzentration auf diese Dialektik oft den Blick. Besonders auffällig wird das im Unterkapitel Pornographie, das zuwenig zwischen vermeintlicher Pornographie – als Ausgrenzung der künstlerischen Darstellung unerwünschter Sexualitäten – und Pornographie als marktgängige Fetischisierung von Sexualität unterscheidet. Trotzdem gelingt dem Autor auch hier eine Kritik der Subkultur, die Marktgesetzen gehorchend „ein Gelingen schwuler Identität (vorspiegelt), das in seiner Perfektion der Wunschproduktion der Leser beeinflussen und Coming-out-Wünsche entfachen kann, die später auf ihre Verwirklichung drängen." (S. 241)



Sehr gelungen hingegen ist – jenseits aller sexualwissenschaftlichen Diskurse – der Nachweis, daß schwule Identität erst im Sprechakt des Coming-out entsteht und daß dieser Sprechakt, der dem Zwang zur Bestätigung und Wiederholung unterliegt, erst ein schwules Leben zuläßt, also soziale Wirklichkeit erzeugt. Woltersdorff folgt hierin der Auffassung Judith Butlers von der „sozialen Magie" performativer Äußerungen. Folgerichtig bezeichnet Woltersdorff das Coming-out als „ermächtigende Selbstermächtigung", aber zugleich auch als einen Sprechakt der „Selbstunterwerfung". „Erst muß die Autorität eines Identitätskonzeptes und seiner Spielregeln anerkannt werden, ehe diese Autorität machtvoll herangezogen werden kann. Die Wirksamkeit der Performativa ergibt sich nicht einfach aus der Einhaltung von Regeln, sondern aus der Existenz von Machtinteressen, die ihr Gelingen und Mißlingen garantieren." Schwule Identitäten ordnen sich so in die

Volker Woltersdorff: Coming out. Die Inszenierung schwuler Identitäten zwischen Auflehnung und Anpassung". Campus Verlag Frankfurt am Main/New York 2005. 300 Seiten, 24,80 Euro

heterosexuelle Matrix (Butler) und ihr subversives Element, das diese Matrix stört, also die Heteronormativität des Patriarchats, verliert sich, indem sich die Coming-out-Erzählungen individualisieren, dabei aber einer normativen Struktur folgen, die Woltersdorff plastisch herausarbeitet. Der kollektiven Coming-out- Erzählung der radikalisierten Stonewall-Generation folgt nun die angepaßte, die eigene Biographie zum Teil zerstörende Erzählung des Einzelnen, der dem Zwang der „Urerzählung" folgend nun seinerseits einer Homonormativität unterliegt und sich so in ein Ghetto hinein emanzipiert, in das die Gewalt, vor der es schützen soll, zumindest strukturell zurückkehrt. Sehr eindringlich analysiert Woltersdorff so das Entstehen eines bürgerlichen *gay lifestyles*, der in der neoliberalen Mitte der Konsumgesellschaft Platz nimmt und seinerseits die ökonomischen Verlierer ausschließt, ob sie nun Männer lieben und begehren möchten oder nicht.

Der radikale Neuansatz des *queer movement* in den USA wird von Woltersdorff in diesem Zusammenhang etwas unterbelichtet, vielleicht auch, weil das Diskursmaterial von Europa aus zu unübersichtlich oder die verständliche Beschränkung auf das schwule Coming-out ihm dies zu verbieten scheint. „Queere Alternativen zum klassischen Coming-out treiben die Individualisierungstendenz des Coming-out auf die Spitze, indem sie es im Namen individueller Autonomie ablehnen und sich zugleich darauf berufen. Damit stellen sie die maximale Sichtbarkeit individueller Differenz wieder her, die sich im schwulen Einerlei verloren zu haben schien." Dieses Woltersdorffsche Fazit (S.103) überrascht, wird aber von ihm nicht weitergedacht.

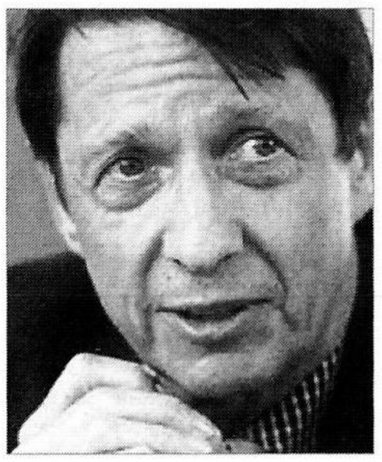
Da die alten Kämpen von *queer* wie Bruce LaBruce jetzt im popkulturellen Mainstream angekommen zu sein scheinen oder sind, erklärt Woltersdorff diesen Ansatz für historisch, was zu bezweifeln ist beziehungsweise sein wird. Scheint er doch vor einem politischen Hintergrund, der Millionen von der gesellschaftlichen Teilhabe ausschließt und somit zwangsoutet (nichts anderes geschieht mir der Kriminalisierung von Arbeitslosigkeit respektive Arbeitslosen durch Hartz IV) neue Bündnispolitiken entlang der wirklichen Frontlinien des Spätkapitalismus zu ermöglichen. Die Inbesitznahme des Begriffes „queer" durch einen Teil der schwul-lesbischen Bewegungsschwestern in Deutschland rechtfertigt nicht, sich von der Arbeit an der Utopie auch um den Preis der Nichtidentität zurückzuziehen. Das kritische Lesen dieser Vorgeschichte des Coming-out, in keinem Fall eine leichte Lektüre, sei allen empfohlen, die mit dieser Arbeit nicht aufhören können oder wollen und die daran arbeiten, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist" (Marx).

Foto: Michael Frages

Das Coming-out des Dr. Wo

Ach, nähme sich die Literaturwissenschaft doch gelegentlich ein Vorbild an ihrem Gegenstand! Um wieviel leichter konsumierte sich so manches Werk, verzichtete sein Urheber auf bedeutungsschwangere Wortakrobatik. Je mehr klare Gedanken sich in klaren Sätzen spiegelten, desto weniger Zweifel hegten gewiß auch Gutachter am Vorhandensein ersterer. Doch ohne von „Chiffren" und „Folien" strotzende Sprachpirouetten, scheint's, erlangt kein Philologe mehr seinen Titel. Fachkunde und die Beherrschung einer wissenschaftlichen Arbeitsweise genügen längst nicht mehr. Beides glaubhaft zu machen, müssen die Ergebnisse in einem Wortschwall versenkt werden, der weit über die wissenschaftlich notwendige Terminologie hinausgeht und den interessierten Laien zu der Einsicht führt: Der Autor ist Experte und du selbst bist bescheuert. Die kaum mehr von ihrem eigentlichen Zweck (Wissenszuwachs) geprägte Verkaufsform der Weisheit, sofern sie nicht gar ihre gänzliche Abwesenheit tarnt, verschüttet deren Kern. Auch auf diese Weise wird fehlender Bildungszugang zum Machtinstrument in einer auf Ausbeutung des Menschen durch den Menschen fußenden Klassengesellschaft.
Womit wir bei Volker Woltersdorff wären, der sich sowohl als Sprachwissenschaftler „outet" (ein Wort, das er ungeniert reflexiv einsetzt) als auch als unter „Lore Logorrhöe" engagiert in subkulturellen Gefilden zwischen *Queer Politics* und dem Aufgreifen „marxistisch und situationistisch inspirierter Politikansätze". Liegt es daran, daß Marx' Name in 30 Seiten Literaturliste fehlt, daß Woltersdorff zumindest in der Linken feststehende polit-ökonomische Begriffe so originell kombiniert, etwa zur „Produktionsweise schwuler Identität"? Oder er „Mehrwert" gebraucht wie die Fönwelle vom *n-tv*-Börsenbarometer: als Synonym für Zuwachs oder Gewinn an Lebensfreude? So passiert's, daß auf Seite 152 ein des bestimmten Artikels gebrechendes Coming-out arglos „den symbolischen Mehrwert von Sex in Anschlag bringt" und das revolutionäre Subjekt sich später als verdienten Lohn den kulturellen, den libidinösen und schließlich sogar den universellen Mehrwert aneignen kann (aber diesen erst auf Seite 212).
Oh, Ihr Jünger Butlers und Foucaults, die Ihr nicht etwas versucht, sondern etwas *über* etwas versucht wie weiland Hubert Fichte über die Pubertät! Ehrfurcht gebieten Eure Sprachgeschöpfe, die illokutiv oder perlokutiv, teleologisch oder performativ auch diese Dissertation bevölkern und nicht volkstümlich wirksam oder wirkungsvoll dahergeschlendert kommen wie der letzte Depp, sondern so „wirkmächtig" zutreten, daß einem die Sinne schwinden zwischen Science & Scientology: „Die handlungsbezogene Deutung von Identität als Vollzug kann diese Weltflüchtigkeit um die Analyse welthaltiger Praxis bereichern." Noch einer? Also: „Rommel Mendès-Leite und Pierre-Oliver de Busscher haben darauf hingewiesen, daß die Transgression sexueller Moralvorstellungen wesentlich zur Konstitution machistischer Männlichkeit gehört und der Diskurs der sexuellen Befreiung des promisken (hypervirilen) Schwulen Gefahr läuft, sich in diesen machistischen Kontext einzuschreiben." Verstanden? Die Transgression gehört zur Konstitution und der Diskurs läuft Gefahr, sich einzuschreiben. Noch nicht kapiert? Gut, letzter Versuch: „Der neue Typ des postmodernen Individualisten kann das Coming-out in die Hülle seiner gesellschaftlich geforderten Baukasten-Identität integrieren, weil er sich eingesteht, daß seine Mitte leer ist." Der Typ? Oder doch der Baukasten? Zur „gemeinsam geschulterten Arbeit am Begriff" (lieber am Stil) könnte eine „Gender-Skala" ermuntern, deren Enden – präoder postqueer, wer weiß das schon? – „Bären-Subkultur" und „Tunten-Coming-out" heißen. Besagte Skala ist vermutlich „gleichursprünglich" (auf gut Deutsch: gleichen Ursprungs) wie jener Passus, in welchem von der „Entwertung eigener weiblicher Anteile" die Rede ist.
Auch bei Woltersdorff wird dem Genitiv sein Tod durch den Dativ herbeigeführt: Regelmäßig begegnen einem die Aspekte oder die Tradition *von* Coming-out statt *des* Coming-outs, das – hätten Sie's gewußt? – „ein privilegierter Ort" ist. Anders als die anderen Abstrakta eben, was sich zum Glück ebenso dem Beweis entzieht wie die Behauptung, daß „eine überwältigende Zahl der Adepten des schwulen Proletenkultes der Mittelschicht entstammt", aber gewiß eher zutrifft, als daß der DEFA-Film „Coming-out" am 8. November 1989 Premiere hatte.
Apropos ganz falsch: Als Linken disqualifiziert Woltersdorff der Satz: „Seit dem Rückgang der Sterberaten propagieren einzelne Communitys (sic!), die sich vor allem aus HIV-Positiven zusammensetzen, den willentlich ungeschützten Sexualverkehr, das sogenannte *barebacking*." Das ist nicht nur bösartig, sondern politisch verheerend. Dann doch lieber ganz leere Sprachblasen à la „AIDS konturiert unwiederbringlich das sexuelle Erleben".
Nicht, daß im „Coming-out. Inszenierungen schwuler Identitäten zwischen Auflehnung und Anpassung" spannende, wenngleich grammatikalisch kreativ umgesetzte Beobachtungen fehlten wie „Schwule Männer modellieren sich entsprechend der Objekte ihres Begehrens" (statt „den Objekten"), was zudem daran erinnert, daß der Autor sich zum Teil seines Forschungsfeldes deklariert und ein *Gayromeo*-Profil zur Selbstinszenierung „zwischen Auflehnung und Anpassung" hat. Da sehen wir ihn statt im dunklen Promotionsanzug als eitlen Punk wie auf dem Buchumschlag, meist aber: in Flecktarnuniform, als süßen Glatzkopf in Schnürstiefeln oder Gasmaske „mit Spaß an Skinhead-, Punk-, radikaler, autonomer und perverser Subkultur" auf „der Suche nach Kumpelz" und „Kameraden". Kameraden, Kumpelz? Optische wie verbale Schlüsselbegriffe Böhser schwuler Onkelz tangieren den jungen Literaturwissenschaftler offenbar kaum. Als hätte nicht schon auf Seite 7 die Stimme des Blutes Professor Mattenklott für eine Betreuung „ganz wie von einem leiblichen Vater" gedankt, weshalb das Buch beinahe verfrüht ins Moderne Antiquariat transzendiert wäre. Ob beim Lesen der Danksagung reflexhaft der rechte Arm des Doktorvaters hochschnellte – um väterlich auf Lores Hinterkopf zu sausen? Hoffentlich.
Nun denn: Des Buches fachwissenschaftlichen Gebrauchswert kann der Rezensent nicht beurteilen, zumal ihm eine zu belegende These weitgehend verborgen blieb. Als politisches ist es mangels Sach- und Personenregister ganz nutzlos. Und fremdsprachige Zitate übersetzen? Wo kämen wir da hin! Nicht zuletzt darum sollten fachfremde Freunde populärwissenschaftlicher Lesebücher genauestens abwägen zwischen dem Lektüreaufwand und dem im Woltersdorffschen Sinne: erzielbaren „Mehrwert".

Eike Stedefeldt



Ehrhart Körting

Jeder nach seiner Façon

Kein Moslemtest ohne Homo-Quiz, tönte am 4. Mai eine Presseerklärung der Landsmannschaft Preußen im Lesben- und Schwulenverband: „LSVD: Berlins Innensenator ist gefordert/Einbürgerung: Respekt für Schwule und Lesben Voraussetzung".

An jenem Tag begann in Garmisch-Partenkirchen die Innenministerkonferenz zur Nicht-Einbürgerungspolitik, weshalb „Alexander Zinn, Sprecher des Lesben- und Schwulenverbandes Berlin-Brandenburg (LSVD)", Ehrhart Körting (SPD) ermahnte, sich „für eine obligatorische Behandlung des Themas Homosexualität in Einbürgerungskursen stark zu machen". Wobei Zinn mittels Erwähnung und Auslassung einmal mehr durchblicken ließ, Menschen welchen kulturellen Hintergrundes es aus deutschen Landen fernzuhalten gilt, mit welchen Gruppen der Verband die eigene Klientel so ahistorisch wie staatszuschußträchtig gleichgesetzt sehen will und mit welchen besser nicht: „Respekt gegenüber Frauen und Minderheiten, seien es Juden, Lesben oder Schwule, muß Voraussetzung für eine Einbürgerung sein."

Es kommt aber noch dreister: „Archaischen Ehr- und Moralvorstellungen, autoritär-patriarchalischen Familienstrukturen und religiös-fundamentalistischen Einstellungen muß offensiv entgegengetreten werden." Fordert ein Verband, dessen historische Leistung die Ausweitung und Legitimierung der stärksten autoritär-patriarchalischen, hierzulande mit christlich-fundamentalistischen Moralvorstellungen ideologisch unterfütterten Familienstruktur war: der BGB-Ehe.

Das reicht aber immer noch nicht: „Probleme wie Antisemitismus, Homosexuellenfeindlichkeit und die Unterdrückung von Frauen dürfen in Einbürgerungskursen nicht ausgeblendet werden. In den Kursen muß vielmehr sichergestellt werden, daß die Teilnehmer grundlegende Werte wie das individuelle Selbstbestimmungsrecht und das Diskriminierungsverbot anerkennen." – Als hätte die Politik des LSVD nicht mehr als alles andere gerade diese beiden zivilisatorischen Werte untergraben. Kamerad Zinn jedenfalls hätte nach den genannten Kriterien zu Recht nie und nimmer die deutsche Staatsbürgerschaft erlangt.

Zauberlehrlings Gesellenstück

„Zu dem heute vom Bundestag verabschiedeten 'Gesetz zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitssuchende'" presseerklärte Manfred Bruns, Sprecher des Lesben- und Schwulenverbandes, am 1. Juni: „Die SPD und die CDU haben zwar angekündigt, daß sie die massive Benachteiligung von Lebenspartnern im Steuer- und Beamtenrecht abbauen wollen, aber ihre Taten sehen anders aus. Mit dem heute verabschiedeten Gesetz vertieft die große Koalition die Diskriminierung von Lesben und Schwulen", welche der LSVD als Vorfeldorganisation der Vorgänger-Koalition bekanntlich selbst eingerührt hatte.

„Danach werden unverpartnerte Lebensgemeinschaften von Lesben und Schwulen mit eheähnlichen Lebensgemeinschaften bei der Prüfung der Hilfebedürftigkeit gleichgestellt (§ 7 Abs. 3 Nr. 3 und Abs. 3a SGB II). In Zukunft müssen sich auch zusammenwohnende Lesben und Schwule" (gemeint sind Lesben, die mit Lesben und Schwule, die mit Schwulen Tisch und Bett teilen) „das Einkommen und Vermögen ihrer Partner anrechnen lassen, obwohl beide Formen von Lebensgemeinschaften nicht vergleichbar sind. Eheähnliche Partner können, wenn sie wollen, heiraten und können dann ihre gesamten Unterhaltsleistungen über das Ehegattensplitting von der Steuer absetzen. Gleichgeschlechtlichen Partner können „nur" eine Lebenspartnerschaft eingehen mit der Folge, daß sie dann ihre Unterhaltszahlungen nach § 33a Abs. 1 EStG bis höchstens 7.680 Euro von der Steuer absetzen können. Eheähnliche Paare befinden sich deshalb im Hinblick auf Unterstützungsleistungen für ihre Partner in einer anderen Lage als gleichgeschlechtliche Paare.

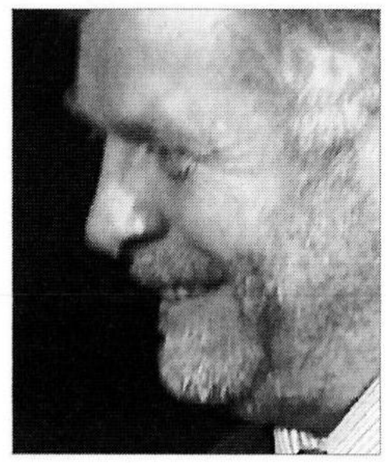
Noch gravierender ist die Einbeziehung der Stiefeltern in die Bedarfsgemeinschaft (§ 9 Abs. 2 Satz 2 SGB II). Bisher gehörten Stiefeltern nicht zur Bedarfsgemeinschaft, nur die leiblichen Eltern (bzw. Adoptiveltern) und ihre Kinder bildeten eine Bedarfsgemeinschaft. Jetzt gehören auch die Stiefeltern zur Bedarfsgemeinschaft mit der Folge, daß sich hilfsbedürftige Stiefkinder das Einkommen und Vermögen ihrer Stiefeltern anrechnen lassen müssen, auch wenn ihre Stiefeltern tatsächlich nichts zu ihrem Unterhalt beitragen, wozu sie ja auch nicht verpflichtet sind.

Während aber zusammenwohnende Lebensgefährten ihre Lebensgemeinschaften durch entsprechende Erklärungen jederzeit beenden können, ohne daß sie sich trennen müssen, ist das bei der neuen Bedarfsgemeinschaft zwischen Stiefeltern und Stiefkindern nicht möglich. Das ist nach unserer Auffassung eine unvertretbare Einsparungsmaßnahme auf Kosten der Kinder. Daß die Bedarfsgemeinschaften von Lebensgefährten einerseits (jederzeit aufkündbar) und von Stiefeltern und Stiefkindern andererseits (nie aufkündbar) so unterschiedlich behandelt werden, verstößt gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz (Art. 3 GG). Darauf haben wir Bundestagsausschuß für Arbeit und Soziales vergeblich hingewiesen." – Logisch, hatte Bruns selbst doch erst am 13. April mit einer Presseerklärung öffentlich gemacht, daß Art. 3 GG laut Bundesfinanzhof sowieso gegenüber dem Schutz von Ehe und Familie (Art 6 GG) zweitrangig ist.

Ein Witz

„Ist es anstrengend, immer witzig zu sein?" fragte das Kölner Homoblatt *Box* im Mai-Heft den Kabarettisten Matthias Richling, der – „Nein, das ist mir in Fleisch und Blut übergegangen." – bei der überraschenden Frage des *Box*-Fotografen Victor Vahlefeld „Hattest du je homoerotische Erlebnisse?" sogleich bewies, wie einfach das Immerwitzigsein ist: „Das ist eine interessante Frage, vor allem erotisch. Ich denke, an die 90% der Männer haben die, ganz klar." Darunter auffällig viele, die homosexuell sind.

Europa = Toleranz?



Hans Glaubitz

Erst am 27. September 2005 hatte der Botschafter des Königreichs der Niederlande in der Republik Estland, Hans Glaubitz, dem Präsidenten Arnold Rüütel sein Beglaubigungsschreiben übergeben. Doch nachdem ein estnisches Wochenblatt kurz darauf die Registrierte Partnerschaft des 59jährigen Diplomaten mit dem Kubaner Raul Garcia Lao öffentlich gemacht hatte, war die Situation in Tallinn für das Paar unerträglich geworden. „Es ist nicht sehr angenehm, regelmäßig von betrunkenen Skinheads als 'Nigger' angepöbelt und angeglotzt zu werden, als wäre man gerade einem Ufo entstiegen", klagte Glaubitz gegenüber niederländischen Zeitungen bezugnehmend auf seinen dunkelhäutigen Partner. „Die estnische Gesellschaft ist weit davon entfernt, zwei Männer zu akzeptieren, besonders, wenn der eine schwarz ist."

Mitte Juni reichte Glaubitz seine Demission ein und bat um seine Versetzung. Das Außenministerium in Den Haag entsprach seinem Wunsch und ernannte ihn zum Generalkonsul im kanadischen Montréal. Herman van Gelderen, Sprecher des Außenministeriums, kommentierte dies gegenüber der Presse: „Das geschieht teilweise wegen unschönen Erlebnissen in Tallinn und auch teilweise deshalb, weil wir die besten Leute für Montréal gesucht haben."

Bis 1991 war Homosexualität in Estland wie der ganzen UdSSR verpönt und mit bis zu fünf Jahren Haft strafbar – ein im Westen beliebtes Erklärungsmuster für die heutige Homophobie. Laut einer repräsentativen Befragung unter 437 schwulen Esten erwägen 28 Prozent von ihnen, auszuwandern und erlebten zwölf Prozent verbale und physische Attacken.

Am deutschen Wesen

„Iran und Vatikan gemeinsam gegen den LSVD" – Daß dieser Verein eines Tages zur verdienten Weltgeltung gelangen würde, war ebenso absehbar wie die frohe Botschaft, die er am 17. Mai 2006 urbi et orbi zu verkünden anhob: „Der Antrag des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD) auf Akkreditierung als Nichtregierungsorganisation mit offiziellem Beraterstatus ist gestern von dem für Nichtregierungsorganisationen zuständigen Ausschuß des Wirtschafts- und Sozialausschuß der UN (ECOSOC) abgelehnt worden." Und das „trotz der massiven Unterstützung der deutschen Delegation", weshalb der LSVD-Sprecher Philipp Braun bittere Tränen vergoß:

„Der LSVD bewirbt sich seit Ende letzten Jahres um eine Akkreditierung als beratende Nichtregierungsorganisation (NGO). Die Entscheidung des Ausschusses ist außerordentlich enttäuschend. Derzeit hat die UN etwa 2700 Organisationen offiziell anerkannt. Keine dieser NGO vertritt die Belange von Homosexuellen." Zumindest nicht in der opportunen Schmalspurigkeit eines LSVD. „Obwohl die UN offiziell auf Pluralität und Offenheit setzt, werden Lesben und Schwule systematisch ausgegrenzt". Und zwar etwa so wie nonkonforme Nicht-Heterosexuelle und ihre Belange vom LSVD, dessen innere Verfaßtheit auch nicht demokratischer ist als die der UN.

„Die Zurückweisung des LSVD-Antrages ist auf Bestreben des Irans von weiteren acht Staaten (Kamerun, China, Elfenbeinküste, Pakistan, der Russischen Föderation, Senegal und Sudan) unterstützt worden." So homophob die Motive dieser Delegationen sein mochten, muß hier doch eine Feststellung der „offiziellen Vertreterin des Irans" gewürdigt werden, die „den Organisationen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern pauschal eine Nähe zur Pädophilie unterstellt" hat. Dagegen kann sich der LSVD („Diese Diffamierung weisen wir auf das Schärfste zurück.") noch so verwahren: Es gibt pädophile Homosexuelle, und seine „pauschale Nähe" zu ihnen dokumentiert sich in der seit 1993 permanent wiederholten ängstlichen Distanzierung von ihnen. Seinerzeit beugte sich der nach UN-Beraterstatus strebende Homo-Weltverband ILGA unter Mithilfe des damaligen SVD dem erpresserischen Druck der US-Administration und schloß alle Organisationen aus, die Pädophile und ihre Selbsthilfegruppen bei sich duldeten.

Inzwischen ist die Angst vor der bösen Wahrheit so groß, daß nicht mehr nur der Vorwurf einer „Nähe" zu Pädophilen als objektiv fühlenden Subjekten, sondern die „zur Pädophilie" selbst, einer Empfindung also, zur „Diffamierung" erklärt wird. So betrachtet wirkt die vom LSVD als „besonders empörend" beklagte „Stellungnahme des Vatikanischen Vertreters" durchaus realitätsnah, „die Forderungen von Lesben- und Schwulenorganisationen hätten nicht mit Menschenrechten zu tun", die nämlich unteilbar sind. Und über das Verhältnis einer Gefühlspolizei zu ihnen weiß niemand besser Bescheid als der Papst.

Money talks

„Heben Sie ab zum EuroPride mit dem neuen British Airways Sponsorship Deal", riet ein Pressetext vom 2. Juni. „EuroPride London 2006" gab damit „British Airways als die offizielle Fluglinie von Europas größtem schwul-lesbischen kulturellem Fest bekannt, das dieses Jahr von London ausgerichtet wird", und ließ seinen Chef Jason Pollock jubeln: „Wir sind begeistert, British Airways als den neuesten Firmennamen mit an Bord willkommen zu heißen". BA werde „Reisende von überall her auf der Welt fliegen, um gemeinsam mit den Londonern an dieser einzigartigen Feier von Diversität teilzunehmen".

Alles aus Liebe? – Ja, zur Kreditkarte: „Die schwule und lesbische Bevölkerung ist eine wohlhabende Gruppe, die 2005 ungefähr 3 Billionen Pfund für Übersee-Reisen ausgab." Auf die Landung diverser Credit-Cards freut sich darum auch James Bidwell, Chef des örtlichen Fremdenverkehrsvereins: „Visit London ist erfreut, den EuroPride London 2006 zu unterstützen ... Schwule und lesbische Besucher sind sehr wichtig für Londons Touristik-Wirtschaft und der EuroPride diesen Sommer wird London als einen super gay-freundlichen Ort darstellen." So lange die stolzen Gays zahlen.

Fotos: Berliner Senat; Niederländische Botschaft

Allianz der Spießer

Juanita Henning ist Sprecherin von Doña Carmen e.V., einem Verein für die sozialen und politischen Rechte von Prostituierten mit Sitz in Frankfurt am Main, und Herausgeberin der Prostituierten-Zeitung *La Muchacha*. Über die sich angeblich gegen Zwangsprostitution richtende „Abpfiff"-Kampagne des Deutschen Frauenrates, das Propaganda-Werkzeug „Dunkelziffer", über latente Kriminalisierung, ein rotgrünes Schaufenstergesetz sowie den Verrat einer selbsternannten Linken an SexarbeiterInnen sprach mit ihr
MARKUS BERNHARDT

Anläßlich der Fußball-Weltmeisterschaft hat der Deutsche Frauenrat die Kampagne „Abpfiff" ins Leben gerufen. Diese soll sich gegen Zwangsprostitution richten, mit der zur WM verstärkt gerechnet wird. Was halten Sie davon?

Diese Kampagne dramatisiert das Thema Menschenhandel. Von den 972 offiziellen Opfern von Menschenhandel waren 2004 lediglich 107 in der Betreuung von Beratungsstellen, nur 18 im polizeilichen Zeugenschutz. Daß sind 0,009 Prozent aller 200.000 Prostituierten hierzulande. Für über 99 Prozent von ihnen ist Menschenhandel kein Thema. Da hilft auch keine Flucht in die Dunkelziffer. Die Strafbestimmungen zum Menschenhandel erlauben zudem eine Kriminalisierung der freiwilligen Prostitution. Deshalb waren 2004 laut Bundeskriminalamt (BKA) zwanzig Prozent der angeblichen Opfer von Menschenhandel mit ihrer Prostitutionstätigkeit einverstanden – und wurden dennoch abgeschoben.

Und was heißt überhaupt „Zwangsprostitution"? Es ist ein emotionalisierender Begriff für die Summe arbeits- beziehungsweise strafrechtlich relevanter Verstöße, die nur im Falle von Prostitution einem spezifischen Berufsfeld als „Menschenhandel" zugeordnet werden. Niemand käme auf die Idee, etwa die im Bereich des Bank- und Kreditwesens vorkommenden Verstöße gegen arbeits- und strafrechtliche Normen zusammenzufassen und die davon Betroffenen als „Zwangsbanker" zu bezeichnen. Erreicht haben die als Aufklärung und Sensibilisierung vermarkteten gegenwärtigen Anti-Freier-Kampagnen eine neue Repressionswelle gegen Prostituierte: massiver Kontrolldruck, permanente Beobachtung im Vorfeld der WM, Schleierfahndungen in Bayern und verschärfte Grenzkontrollen, für die Bundesinnenminister Schäuble sogar das Schengener Abkommen befristet aussetzen will. Zudem wurde im Bundesrat ein Gesetzentwurf zur Freier-Kriminalisierung mit der Wiedereinführung des Straftatbestands Förderung der Prostitution beschlossen. Davon halten wir nichts.

Jedoch unterstützt auch der Bundesverband Sexuelle Dienstleistungen (BSD) die Kampagne. Verrät er damit die Interessen seiner Klientel?

Der Deutsche Frauenrat ist durch seine Vorsitzende Brunhilde Raiser im Vorstand der *European Women's Lobby* (EWL) vertreten, die erst kürzlich den schwedischen Vorstoß für ein Verbot des Kaufs sexueller Dienstleistungen in Deutschland öffentlich bejubelt hat. Der BSD muß selbst wissen, ob er sich hier in guter Gesellschaft befindet.

Ist die Kriminalisierung des Kaufs sexueller Dienstleistungen ein probates Mittel, um die Rechte Prostituierter zu schützen und gegen Menschenhandel vorzugehen, wie es von seiten der etablierten Politik betont wird?

Die Kriminalisierung von Prostitutionskunden schützt nicht die Rechte der Prostituierten, sondern „schützt" Prostituierte vor der Ausübung der Prostitution. Das nennt man dann „Verteidigung der Menschenrechte" von Frauen, es ist aber die Diskriminierung von Prostitution. Niemand käme auf die absurde Idee, Taxifahrer, Kioskbesitzer oder Tankstellenpächter durch Kriminalisierung vor ihrer Kundschaft zu schützen.

Prostitution wird in der Bundesrepublik noch immer nicht als „normaler" Beruf wahrgenommen. Was gilt es dagegen zu unternehmen?

Das rot-grüne Prostitutionsgesetz (ProstG) war immer ein Schaufenstergesetz. Es erkennt Prostitution nicht als Beruf an. So erklärte Frau Brandt-Elsweier 2001 für die SPD im Bundestag, „daß wir mit diesem Gesetzentwurf Prostitution nicht als einen normalen Beruf anerkennen. Ich sage hier klar und deutlich: Das ist von uns nicht gewollt und wird es auch nicht geben." Gerade angesichts der gegenwärtigen Bestrebungen, das ProstG zu kippen, sollte man es nicht schlicht verteidigen, sondern sich auf einen zweiten Anlauf zu einer umfassenden Legalisierung von Prostitution verständigen.

Die Polizei begründet Bordell-Razzien immer wieder damit, gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution vorzugehen. Sind diese Begründungen ernstzunehmen?

Nicht wirklich. Tatsächlich geht es um Eindämmung der Prostitution und eine Reduzierung der Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen als Beitrag zur verschärften Migrationskontrolle. Ziel ist es, „die Sex- und Arbeitsmärkte einer deutlich sichtbaren Überwachung zu unterstellen", heißt es in der „Brüsseler Erklärung" der EU aus dem Jahr 2002. Diese EU-Strategie wird europaweit mit einer verschärften Razzienpolitik umgesetzt.

Im Gegensatz zu anderen Verbänden und Vereinen, die sich mit dem Thema Prostitution beschäftigen, lehnen Sie eine Zusammenarbeit mit der Polizei und den Ausländerbehörden ab. Gelingt es Ihnen so überhaupt, etwas für die Rechte der ausländischen Prostituierten zu unternehmen?

Die Erkämpfung von Rechten für Prostituierte ist eine politische Frage, für die der Gesetzgeber, nicht die Behörden, zuständig ist. Dafür machen wir Öffentlichkeitsarbeit, aber auch Aktionen mit Betroffenen. Im Rahmen der Sozialarbeit von Doña Carmen haben wir fast täglich mit Ausländerbehörde und Polizei zu tun. Niemand zwingt uns, mit ihnen ver-

Doña Carmen e.V.
ist erreichbar unter der Anschrift Elbestraße 41 in 60329 Frankfurt am Main; Tel./Fax: 069/76752880 sowie per Email unter DonaCarmen@t-online.de

Die Zeitschrift
La Muchacha wurde in Gigi Nr. 40, Seite 21, vorgestellt. Am 2. Juni, dem Internationalen Prostituiertentag, erschien ihre aktuelle Ausgabe

trauensvoll zusammenzuarbeiten, gemeinsam Razzien durchzuführen oder uns von der Polizei-Kooperation finanziell abhängig zu machen. Was hat die Polizei-Kooperation von Beratungsstellen eigentlich erreicht, außer der Repressions- und Abschiebepolitik einen humanitären Anstrich zu verpassen?

Es scheint, als würden Sie in Ihrem Kampf für die Rechte von Prostituierten nahezu alleine gelassen. Selbst Politiker aus der Linkspartei.PDS argumentieren mit einem moralischen Habitus, statt sich offensiv für die Belange Ihres Berufsstandes einzusetzen. Erst im Februar mobbten Bundestagsabgeordnete der Linksfraktion den Abgeordneten Gert Winkelmeier mit der

Schluss mit ngsprostitution

Begründung aus der eigenen Fraktion, er vermiete Wohnungen an Prostituierte. Wie bewerten Sie diese Vorgänge?

Es gibt eine parteiübergreifende Allianz der Spießer, denen – wie beim Mobbing gegen Gert Winkelmeier – die Legalisierung von Prostitution höchstens ein Lippenbekenntnis wert ist. Daß auch die in der Prostitution praktizierte Trennung von Sexualität und Liebe eine Form sexueller Selbstbestimmung ist, wird vielfach überhaupt nicht reflektiert. Im übrigen erhielten wir, als wir uns seinerzeit öffentlich mit Winkelmeier solidarisierten, spontanen Zuspruch aus den Reihen der Linkspartei.

Ist die Linksfraktion nach diesen Vorgängen überhaupt noch Ansprechpartner für Ihren Verband?

Was erwarten Sie zukünftig an Aktivitäten von den Abgeordneten der Linkspartei bezüglich der Gleichberechtigung von Prostituierten?

Wir erwarten von der Linksfraktion, daß sie ihren unkritischen Kurs hinsichtlich der Unterstützung von Kampagnen gegen Menschenhandel und sogenannte Zwangsprostitution überprüft. Die darin zum Tragen kommende Gegnerschaft zur Prostitution, Ausländerfeindlichkeit und Migrationskontrolle sind doch unübersehbar. Weitere Knackpunkte sind die Haltung zur geplanten Freier-Kriminalisierung und zu der immer noch ausstehenden Evaluation des Prostitutionsgesetzes.

Repro des Kampagnenmotivs des Deutschen Frauenrates: Gigi

Pommernschule schwulenrein

Seit den Vorfällen an der Rütli-Schule in Berlin-Neukölln ist die öffentliche Debatte über Hintergründe und Ursachen schulischer Gewalt allgegenwärtig. Aber wer kümmert sich um mögliche Interventions- und Lösungsansätze? Die Schulcoaches vom Zweiten Deutschen Fernsehen! Im Namen des Bundes- und Berlin-Brandenburger Landesverbandes des Jugendnetzwerks Lambda kommentiert dies deren Bildungsreferentin Ulrike Sári

In der sechsteiligen Reportagereihe „S.O.S. Schule", die in diesen Tagen wöchentlich zu sehen ist, wird der Alltag an der Pommernschule in Berlin-Charlottenburg dokumentiert. Immer mittwochs ab 21 Uhr können wir hier lernen, wie mit verbalen und körperlichen Angriffen unter den SchülerInnen, mit Mobbing und Ausgrenzung einzelner MitschülerInnen umzugehen ist. Die beiden Schulcoaches sollen aus der vorherrschenden, aggressiv aufgeladenen Atmosphäre, in der ein lehrplanmäßiger Fachunterricht vielfach nur noch sehr eingeschränkt möglich ist, ein gewaltfreies und von gegenseitigem Respekt geprägtes Miteinander der Schüler zaubern. Wer hierbei jedoch von den beiden SozialpädagogInnen angemessene Konfliktlösungen erwartet, ist auf dem Holzweg. Dies zeigt besonders eindrucksvoll der zweite Teil der Reihe, der am 3. Mai 2006 ausgestrahlt wurde.

Wieder einmal geht es um die Klasse 9.1 der Hauptschule, in der wegen permanenten Störens durch einzelne Schüler selbst erfahrene, engagierte und sonst durchsetzungsstarke LehrerInnen kaum mehr in der Lage sind, einen fachlichen Unterricht durchzuführen. Alsbald erfahren wir, daß insbesondere ein Schüler nicht unschuldig ist an den chaotischen Zuständen in dieser Klasse. Denn der Junge hat einen schweren Fehler begangen: Nachdem er neu in die Klasse gekommen war, hat er sich gleich zu Beginn als schwul geoutet. Verständlich also, daß er seitdem von seinen Mitschülern nicht nur systematisch ausgegrenzt wird, sondern auch das Opfer ständiger verbaler Attacken und körperlicher Übergriffe ist. Und dies habe sich noch verschlimmert, seit er die Dreistigkeit besessen habe, einem seiner Mitschüler seine Liebe zu gestehen. Selbstverständlich ist er damit entschieden zu weit gegangen! Das ist doch auch kein Wunder, daß es fortan Probleme in dieser Klasse gab. Schließlich mutet man gerade Jugendlichen in diesem Alter mit der Gegenwart eines homosexuellen Menschen eine erhebliche Belastung zu, richtet womöglich Schäden an, deren Ausmaß gar nicht absehbar ist, und unter Umständen stecken sich die anderen SchülerInnen am Ende sogar an! Dies befürchtet wohl auch der arme Junge, in den sich der schwule Jugendliche verliebt hat. Laut eigener Äußerung fühlt er sich „gedemütigt" und hat Angst, selbst als „Schwuchtel" bezeichnet zu werden. Den schwulen Mitschüler daraufhin zu diskriminieren, sei zwar „ehrlich gesagt auch nicht richtig", wie den anderen Jugendlichen in Einzelgesprächen entlockt wird, aber es sei doch letztlich „seine eigene Schuld". So sind nicht nur permanente Beschimpfungen an der Tagesordnung, sondern der schwule Schüler wird auch aus den hinteren Sitzreihen mit Gegenständen beworfen. Einsatzsignal für einen der Schulcoaches!

Um diesem sowie anderen Konflikten innerhalb der Klasse beizukommen, soll eine neue Sitzordnung her. Der „Problemfall" sitzt nun weiter hinten im Klassenraum, offenbar im Vertrauen des Coaches darauf, daß seine Mitschüler nicht in der Lage sind, sich zu ihm umzudrehen, um ihn weiterhin anzugreifen. Für den schwulen Jugendlichen sei das eine Chance, denn immer nur von hinten beworfen zu werden, das sei kein schönes Leben, sagt die Deutschlehrerin. Außerdem bekommt der Junge im Rahmen der neuen Sitzordnung eine neue Tischnachbarin. Diese will zwar wie alle anderen SchülerInnen der Klasse nicht neben ihm sitzen und fühlt sich in seiner Nähe sichtlich unwohl, aber im Vergleich zu den anderen Mädchen und Jungen sei sie stark, tolerant, habe Verständnis und könne „mit dem Kopf denken". Dies bestätigt ihr die Deutschlehrerin anerkennend und ermutigend vor der gesamten Klasse – im Beisein des schwulen Schülers natürlich. Dieser wird jedoch wie durch ein Wunder weiterhin attackiert, woraufhin er tagelang nicht mehr zur Schule kommt. Ein erster Schritt in die richtige Richtung, wie sich im weiteren Verlauf der Sendung herausstellt. Nachdem eine seiner Mitschülerinnen zunächst vorschlug, er solle doch ganz alleine sitzen, dann habe er seine Ruhe und die anderen auch, hat ein weiterer Schüler der Klasse eine weitaus bessere Idee: „Warum sucht er sich nicht eine Schule, wo es mehr wie ihn gibt?"

Natürlich! Anstelle eines Katzentisches für den schwulen Jugendlichen, mit dem seine MitschülerInnen womöglich in lichten Momenten der Einsicht mit ihrem eigenen, inakzeptablen Verhalten konfrontiert werden könnten, soll er doch lieber die Schule verlassen. Noch erschreckender als dieses diskriminierende Verhalten der SchülerInnen ist jedoch die Tatsache, daß sowohl der Schulleiter, der Klassenlehrer des Jungen sowie der Schulcoach diese Ansicht teilen. Zwar würden üblicherweise in derartigen Fällen von Mobbing die TäterInnen ausgeschlossen, aber unter dem Deckmantel des nicht mehr zu gewährleistenden Schutzes an dieser Schule solle der schwule Schüler doch lieber seine Chance nutzen, völlig unbelastet von alledem in einer anderen Schule neu zu beginnen.

Statt also den Jungen in seinem Coming-out zu unterstützen, mit seinen MitschülerInnen und auch den LehrerInnen in die Diskussion über das Thema sexuelle Orientierung zu treten und damit der vorherrschenden Homophobie entgegenzuarbeiten, wird dem schwulen Schüler selbst die Schuld an dem diskriminierenden Verhalten der Menschen in seiner Umgebung zugewiesen. In einem Interview zeigt er sich schließlich einsichtig. Er habe einen großen Fehler gemacht und wolle lieber die Schule wechseln statt weiter den Unterricht schwänzen zu müssen.

Gesagt, getan, der Jugendliche verläßt die Schule. Zum Abschied gibt ihm der Klassenlehrer die ebenso weisen wie pädagogisch versierten Worte mit auf den Weg: „Wir hätten den Kampf beinahe gewonnen, das war dein Versagen." Ein wenig mitfühlender rät die Deutschlehrerin: „Mach den Fehler nicht noch mal, paß dich an ein bißchen, weißt du, dann werden dich die Menschen auch mögen." Womit der Weg geebnet scheint in ein neues, nicht geoutetes und damit angeblich sorgenfreies Leben, zumal nun einem breiten Fernsehpublikum die Geschichte und das Aussehen des Jungen bekannt sind. Und wer diese Sendung verpaßt hat, kann sich jederzeit auf der Website des ZDF ansehen, wie ein respektvoller und gleichberechtigter Umgang miteinander an der Pommernschule etabliert wird.

900.000-Euro-Deal

Eigentlich hätte man es schon während der Debatte um das Antidiskriminierungsgesetz (ADG) besser wissen können. Der Druck der europäischen Rechtsvorgaben läßt sich auf Dauer nicht negieren.[1] Für Kenner wenig überraschend tauchte das Thema am 10. Mai 2006 wieder im politischen Betrieb auf, als die Bundesregierung den Entwurf eines Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) vorlegte. Seine Lesungen im Bundestag sollen noch vor der Sommerpause erfolgen, damit das Gesetz spätestens zum 1. August 2006 in Kraft treten kann. Einzelheiten von MICHAEL HEß

Blendet man alle verbalen Erfolgsvereinnahmungen aus, bleibt ein einziger Grund für diese Eile: die aus Brüssel drohende Strafe bei fortgesetzter Nichtumsetzung der EU-Richtlinien. So würden ab 1. August täglich bis zu 900.000 Euro fällig. Keine frohe Kunde für den Finanzchef der klammen Berliner Republik, denn allmählich dämmert es auch im Finanzministerium, daß den kleinen Leuten nicht mehr viel Geld aus den Taschen zu ziehen ist. Folglich werden die Ergebnisse der Diskussion um das ADG als Grundlage für ein Gesetz genutzt, dessen Existenz allein der Vermeidung von EU-Strafgeldern geschuldet ist. Mit Blick auf die Leserschaft dieser Zeitschrift ist die interessierende Frage aber eine andere. Nämlich die, ob das Gesetz für Lesben und Schwule, Transsexuelle et al. in Deutschland überhaupt erforderlich ist.[2] Die reichhaltige Szene aus ehrenamtlichen, kommerziellen und staatlich geförderten Strukturen ist Antwort genug.

Abgespeckte Inhalte

Schon der neue Name weist darauf hin, daß es sich um ein abgespecktes ADG handelt. Dennoch entspricht auch das AGG nicht der Eins-zu-Eins-Umsetzung Brüsseler Vorgaben, wie sie bis zur Bundestagswahl 2005 von konservativer Seite als maximales Zugeständnis formuliert wurde. Indes weist der nun vorliegende Entwurf genügend Ausnahmeregelungen vor, die der früheren konservativ-neoliberalen Kritik am ADG auffallend Rechnung tragen.

Paragraph 1 formuliert, daß es „Ziel des Gesetzes ist, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen." Das klingt auf geduldigem Papier wunderbar. Die Realität ist eine andere und wird sich um so hehre Sätze nicht weiter kümmern. Jede ältere weibliche Langzeitarbeitslose ist im Sinne dieses Paragraphen mehrfach diskriminiert; trotzdem gehört keinerlei Realitätsferne dazu, die millionenfache Fortexistenz gebrochener Erwerbsbiographien zu prognostizieren.

Die beim ADG kritisierte Schwammigkeit der Ausführungen bleiben beim AGG erhalten. „Eine unmittelbare Benachteiligung" liegt etwa vor, „wenn eine Person wegen eines in § 1 genannten Grundes eine weniger günstige Behandlung erfährt, als eine andere Person in einer vergleichbaren Situation erfährt, erfahren hat oder erfahren würde." Würde! Gewiefte Juristen werden sich über solcherart definierte ABM sehr freuen. Eine „mittelbare Benachteiligung" liegt dagegen vor, „wenn dem Anschein nach neutrale Vorschriften, Kriterien oder Verfahren Personen wegen eines in § 1 genannten Grundes gegenüber anderen Personen in besonderer Weise benachteiligen können". Wohlgemerkt: dem Anschein nach genügt bereits.

Ein ständiger Streitpunkt beim ADG war der Ausnahmetatbestand für Kirchen und Tendenzbetriebe. Diese durften nach rot-grüner Lesart Mitarbeiter nach eigenen Maßstäben auswählen, führen und entlassen, also „diskriminieren". Das schwarz-rote AGG setzt diese Linie fort. So erlaubt Paragraph 9 eine „zulässige unterschiedliche Behandlung wegen der Religion oder Weltanschauung". In einem Interview mit dem Lesben- und Schwulenverband (LSVD) unterstrich Bundesjustizministerin Brigitte Zypries diese Bestimmung: „Kirchen haben nach dem Grundgesetz einen besonderen Status. Den respektiert das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz. Kirchen dürfen von ihren Beschäftigten ein loyales und aufrichtiges Verhalten im Sinne ihres jeweiligen Selbstverständnisses verlangen. Manches am Selbstverständnis der Kirchen mag man kritisch hinterfragen. Doch geht es dann letztlich um Inhalte des Glaubens, und was kann der Staat schon dazu sagen? Die weise Antwort lautet: Garantie der Glaubensfreiheit." Der Staat sagt also gar nichts dazu, und so wird christlichen Homos, besonders im Dienste der katholischen Kirche, auch weiterhin nichts als eine grundsätzliche Entscheidung übrig bleiben: Versteckspiel, sprich Nichtverpartnerung (als wäre das etwas Schlimmes), oder Zivilcourage, sprich Kündigung. Einsichten und Denkprozesse sind gleichwohl so wenig zu erwarten wie bisher.

Geblieben sind gemäß § 22 die Beweislastumkehr, wenn auch abgeschwächt gegenüber dem ADG, sowie die Möglichkeit für Dritte, Klagen zu führen. Dabei handelt es sich um Personenzusammenschlüsse mit mindestens 75 Mitgliedern, „die nicht gewerbsmäßig und nicht vorübergehend ... die besonderen Interessen von benachteiligten Personen oder Personengruppen nach Maßgabe von § 1 wahrnehmen". Nicht nur den Kassenwart des LSVD wird es freuen.

Entfallen ist dagegen weitgehend die Anwendung auf Privatgeschäfte, besonders auf Vermietungen. Mag ja sein, daß sich die Lobby der Haus- und Grundbesitzerverbände durchgesetzt hat. Mit ihnen aber auch der gesunde Menschenverstand, was allein hier zählen sollte. In der langen Debatte um das ADG war von dessen Protagonisten nie plausibel gemacht worden, welchen realen Wohnwert ein eingeklagtes Mietverhältnis gehabt hätte.

Gewinner und Verlierer

Wem also nützt das Gesetz? Es wird clevere Juristen geben, die nun einige Zeit (nämlich so lange, bis die

Zum Antidiskriminierungsgesetz erschien im März/April 2004 die Schwerpunktausgabe Nr. 36

Verklagten in spe ihr Verhalten vorbeugend umstellen) ihren Broterwerb haben. Auch Verbände als Klageführer dürfen sich über ein weiteres Arbeits- und Einnahmefeld freuen. Und natürlich einige Mandatsträger, die das AGG stolz auf ihrer politischen Habenseite buchen werden. Ohne zu fragen, ja ohne eine Ahnung der Frage, welche Relevanz eine staatlich normierte Gleichbehandlung für die Homos hat. Am meisten freuen darf sich eine kleine Gruppe von Ministerialen und Parteisoldaten. Sie sind die eigentlichen Gewinner. Zur Verdeutlichung hilft eine Aussage von Bundesjustizministerin Zypries: „Ich habe seit Beginn der Debatte eine Regelung mit Augenmaß verfochten, die Diskriminierten hilft, gleichzeitig aber unnötige Bürokratie vermeidet." Das klingt gut. Abschnitt 6 des AGG weiß es leider besser, der mit gleich sechs Paragraphen die Errichtung einer „Antidiskriminierungsstelle" regelt. Diese ersetzt keine wegfallenden Strukturen. Ganz im Gegenteil wird sie gemäß § 25 „unbeschadet der Zuständigkeit der Beauftragten des Deutschen Bundestages oder der Bundesregierung ... errichtet". Passenderweise im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend der konservativen Übermutti Ursula von der Leyen. Die Bürokratie wächst, den Steuerzahler wird es kaum freuen und der gemeine Homo winkt wegen Nichtbetroffenheit ab.

Die Frage nach den Verlierern gefällt mit ihrer Antwort. Besonders traurig werden die Grünen sein. Hatten sie sich bis zu ihrer Abwahl im September 2005 doch derart ins Zeug gelegt, der flächendeckenden „Diskriminierung" den Garaus zu machen. Zwar reklamieren sie nun das AGG als späten Sieg, das kann aber schwerlich darüber wegtäuschen, daß jetzt der ehemalige Koalitionspartner den Lorbeer trägt, der seinerzeit in dieser Sache bremste. Schluchzen auch beim selbsternannten Interessenwahrer der deutschen und (neuerdings) polnischen Homos. Da beschwor der LSVD jahrelang an der prosperierenden Szene vorbei einen nicht vorhandenen Bedarf und nun das: unter Ausschluß des Verbandes forciert das Merkel-Kabinett dessen Lieblingsprojekt, wenngleich aus schnöden materiellen Motiven heraus.

Tatbestand:

Die Klägerin ist eine gemeinnützige Wohnungsgesellschaft, der Beklagte ist seit dem 01.03.2004 Mieter der im Tenor näher bezeichneten Wohnung in Unna.

Mit Schreiben ihres Prozessbevollmächtigten vom 23.09.2004 kündigte die Klägerin das Mietverhältnis fristlos, hilfsweise fristgerecht zum 31.12.2004. Wegen des Inhalts des Kündigungsschreibens wird auf die Anlage zur Klageschrift Bl. 20 + 21 d. A. Bezug genommen. Grund für die Kündigung waren Presseberichte vom 22. und 23.09.2004 in den örtlichen Zeitungen Westfälische Rundschau, Ruhrnachrichten und Hellweger Anzeiger, aus denen sich ergab, dass es sich bei dem Beklagten um einen Pädosexuellen handelt, welcher sich öffentlich im Internet für die Legalisierung der Pädophilen sowie ihrer gesellschaftlichen Akzeptanz einsetzt. [illegible]

1. Der Beklagte wird verurteilt, die im 4. Obergeschoss, Mitte, des Hauses Ahornstraße 20 in 59423 Unna gelegene Wohnung bestehend aus einem Zimmer, Bad, Dusche mit WC, Kochnische, Flur, Diele, Loggia sowie Kellerraum zu räumen und an die Klägerin herauszugeben.

2. Dem Beklagten wird eine Räumungsfrist bis zum 30.06.2005 gewährt.

3. Die Kosten des Rechtsstreits werden dem Beklagten auferlegt.

Wäre immerhin ein schöner Test in Sachen AGG und sexuelle Identität gewesen: Urteil des Amtsgerichts Unna von 2005 (Az. 16 C 769/04)

Rechtliches Placebo

Es gehört nicht viel Phantasie zu der Einschätzung, mit dem AGG ein rechtliches Placebo zu bekommen. Die Emanzipierten werden sich nicht darum kümmern, die „Diskriminierer" vor dem Hintergrund mehrerer Millionen Arbeitsloser schnell Wege zum Aushebeln beziehungsweise Umgehen des Gesetzes finden. Bei dessen Gesamtwürdigung sind drei Aspekte besonders zu betonen. Erstens markiert es mit Blick auf Lesben, Schwule et al. noch stärker als sein Vorgänger ADG und die Eingetragene Partnerschaft jene Art symbolischer Politik, die an den eigentlichen Problemen vorbei geht. Träger dieser Politik war bisher eine dünne Schicht von Funktionären in diversen Strukturen, die sich prinzipiell mehr an den Interessen eines verselbständigten Parlamentsbetriebes orientierten als an denen der Basis. Beim AGG sind es nicht einmal mehr die Homo-Funktionäre, sondern heterosexuelle Parteigranden, die ungefragt über das Wohl der Homos entscheiden. Unter den Bedingungen einer formalen Wahldemokratie ist diese vormundschaftliche Entwicklung zwangsläufig.

Zweitens ist der Emanzipationsbegriff des AGG abzulehnen. Die Vielfalt an Ansichten, Einstellungen und Verhaltensweisen in einer pluralen Gesellschaft mag im Einzelfall eine Benachteiligung bewirken. Im Regelfall führt sie aber zur produktiven Suche nach einem Konsens zwischen den Konfliktparteien. Damit erweist sich gerade die zur Gleichmachung vorgesehene Vielfalt als produktiver gesellschaftlicher Faktor, selbst wenn sie im Einzelfall für Betroffene nachteilig wirkt. Was nun kommt, ist die staatliche Reglementierung gesellschaftlicher Prozesse. Einerseits sollen strukturelle Differenzen wegreformiert werden, wo andererseits die reale Diskriminierung von Arbeitslosen, chronisch Kranken, Migranten und so weiter als erklärte staatliche Politik außerhalb jeder Debatte steht.

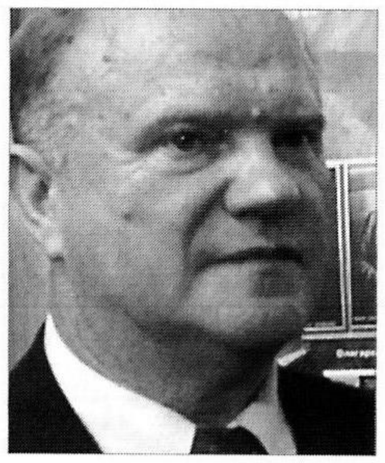
Drittens schließlich unterstreichen die Umstände, die nun zum AGG führen, die zunehmende Kritik an der Ausgestaltung der „europäischen Integration". Die Vorgaben aus Brüssel und Strasbourg fragen in der Regel nicht nach nationalen Besonderheiten. Vielmehr werden diese im Zuge der neoliberalen „Harmonisierung" als geschäftsstörend angesehen. Deutsche Homosexuelle haben seit den 70er Jahren eine von einer Vielzahl alternativer Lebensentwürfe geprägte Kultur hervorgebracht und diese oft genug gegen eine staatstragende, szeneferne Bürokratie durchgesetzt und verteidigt; obrigkeitsstaatliche angebliche Antidiskriminierungsmaßnahmen sind (siehe den unorganisierten Boykott der Eingetragenen Lebenspartnerschaft durch die gewöhnlichen Homosexuellen) weitgehend gescheitert. Ihre rechtliche Gleichstellung ist im Negativen – Stichworte: Renten- und Sozialrecht, „Bedarfsgemeinschaften", Residenzpflicht für junge Hartz-IV-Kunden – de facto längst vollzogen oder wird derzeit in einem rasanten sozialstaatlichen Rollback forciert. Als Reflex ist geschlechts- und sexualitätsunabhängig der desillusionierte Rückzug in die private Absicherung von Lebensrisiken (Erwerbslosigkeit, Krankheit, Invalidität) sowie Freundeskreise zu beobachten: Man fragt gar nicht erst nach einem Staat, auf den im Sozialen ohnehin kein Verlaß mehr ist. Einem Staat, der zugleich (und das auch mittels AGG) nach Durchdringung, Hierarchisierung und Kontrolle aller Lebensbereiche des Individuums strebt. Umso mehr scheint es an der Zeit, die Suche nach und die Gestaltung von Freiräumen jenseits seiner Vormundschaft wieder zu aktivieren.

Anmerkungen

[1] Gemeint sind die Richtlinien 2000/43EG vom 29. Juni 2000, 2000/78/EG vom 27. November 2000, 2002//§/EG vom 23. September 2002 sowie 2004/113/EG vom 13. Dezember 2004. Diese regeln die Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes aufgrund der ethnischen Herkunft, im Beruf, bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen usw.

[2] Hier sei daran erinnert, daß für Behinderte seit 2002 ein Behindertengleichstellungsgesetz verabschiedet und bereits 1994 Artikel 3 Abs. 3 Grundgesetz um die – als Staatsziel formulierten, also nicht einklagbare – Norm „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden" ergänzt wurde.

Repros: Gigi



Gennadi Sjuganow

Untreue Genossen

Wenn das Lenin wüßte: Wegen eines Tuntenstreits hat die Französische Kommunistische Partei (PCF) „jegliche Kontakte" zur russischen Schwesterpartei, der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF) abgebrochen. Die Tageszeitung *junge Welt* meldete am 15. Juni, dies werde in Paris mit dem homosexuellenfeindlichen Verhalten des Parteivorsitzenden Gennadi Andrejewitsch Sjuganow sowie anderer Mitglieder der russischen KP bei der Ende Mai brutal aufgelösten Moskauer Schwulenkundgebung begründet. Die Franzosen werfen der Führung der KPRF insbesondere vor, sich „von den Grundlagen des Marxismus entfernt" zu haben.

Einen schlimmeren Vorwurf kann eine KP einer anderen eigentlich gar nicht machen. Laut *junge Welt* habe das PCF-Politbüromitglied Richard Sanchez erklärt, es sei „nur in Rußland möglich, Kommunist und gleichzeitig homosexuellenfeindlich zu sein". In einer offiziellen Antwort auf die von den Pariser Genossen erhobenen Vorwürfe bekräftigte Sjuganow seinen ablehnenden Standpunkt zur Schwulenparade in Moskau. Der kommunistische Dumaabgeordnete Iwan Melinkow verwies darauf, daß Moskau „nicht Paris oder Berlin" sei, und „jedwede Manifestationen sexueller Abweichung" öffentliche Empörung hervorrufe.

Schluß mit der Lüge (1)

Weil das linke Stadtradio *Querfunk* in Karlsruhe sich weigert, frauen- und schwulenfeindliche Beiträge zu senden, will ihm die zuständige Landesrundfunkanstalt, die baden-württembergische Landesanstalt für Kommunikation (LfK), die Fördergelder streichen. Damit ist die Existenz des Freien Radios gefährdet, das erst am 17. Juni sein elfjähriges Bestehen feierte. Die LfK wirft dem *Querfunk* (nicht Queerfunk! – *Gigi*) groteskerweise die Diskriminierung abweichender Meinungen vor, meldet das Karlsruher Internetportal *www.ka-news.de*:

„Stein des Anstoßes sind zwei Sendungen, die der *Querfunk* im Oktober 2004 aus dem Programm genommen hatte. Die Sendungen beinhalteten laut Angaben des *Querfunks* schwulen- und lesbenfeindliche sowie frauenfeindliche Passagen und sollten daher den Richtlinien des Senders zufolge nicht veröffentlicht werden. Die LfK sieht die Inhalte jedoch von der allgemeinen Programmfreiheit gedeckt. ... Die LfK begründet ihr Vorgehen, damit, daß die Zugangsoffenheit und Meinungsvielfalt, die ein Freies Radio zu erfüllen habe, nicht mehr gewährleistet sei. Zudem hatte der *Querfunk* im August 2005 einen Mann nicht als neuen Sendungsmachenden aufgenommen, da er sich seit laut Querfunkangaben 'seit Oktober 2004 unter mehrfacher Mißachtung der *Querfunk*-Statuten für die Wiederaufnahme der beiden Sendungen stark gemacht hatte. Die LfK war daraufhin von diesem Mann über die Entwicklung aufmerksam gemacht worden."

In den strittigen Radiobeiträgen heißt es unter anderem: „Wir sind die, die dem schwulen Mann die Grube graben. (...) Aber man soll Schwule nicht umbringen, sondern sie nur dissen, ihnen nur die Meinung sagen." Und in der zweiten Sendung: „Frauen sind das klagende Geschlecht. (...) Feminismus ist vielleicht größtenteils der Versuch von Frauen, die keinen Mann für sich gewinnen konnten, sich an ihren glücklicheren Schwestern zu rächen."

Seit Ende 2005 kontrolliert die LfK die Buchhaltung des Senders. Inzwischen ist der *Querfunk* zahlungsunfähig. (*www.querfunk.de*)

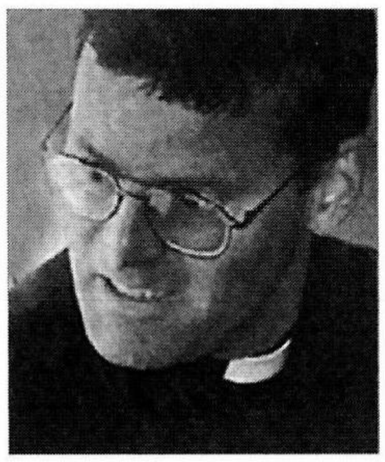
Schluß mit der Lüge (2)

Ein Ende der Prostituierten-Razzien und verlogenen Kampagnen gegen vermeintliche „Zwangsprostitution" forderte im Juni erneut der Frankfurter Verein für soziale und politische Rechte von Prostituierten, Doña Carmen e.V.:

„Im Zusammenhang der Fußball-WM haben kirchliche Prostitutionsgegner und konservative politische Kräfte Kampagnen gegen die sogenannte 'Zwangsprostitution' initiiert, deren Ziel es ist, das Prostitutionsgewerbe zu diskreditieren, das Prostitutionsgesetz rückabzuwickeln und Freierkriminalisierung in Deutschland salonfähig zu machen. Bedauerlicherweise hat sich auch der Hessische Landtag vor den Karren dieser Kampagnen spannen lassen. Doña Carmen lehnt diese prostitutionsfeindlichen Kampagnen entschieden ab. Alle verschärften polizeilichen Maßnahmen der letzten Zeit – nicht nur in Hessen – haben sich nämlich als Schlag ins Wasser erwiesen: Sie haben keine geschundenen, traumatisierten und eingeschüchterten 'Zwangsprostituierten' zu Tage gefördert. Sie haben allerdings unter Beweis gestellt, was man schon vorher wissen konnte: daß nämlich die Frage der illegalisierten Prostitutionsmigration von Frauen aus Nicht-EU-Staaten ungelöst ist. Wie andere Formen illegalisierter Beschäftigungsmigration – die bundesweit auf ca. 1 Mio. Personen geschätzt wird – ist auch die Prostitutionsmigration aus Nicht-EU-Staaten nicht mit polizeilichen, sondern nur mit politischen Mitteln zu lösen. Hinsichtlich dieser Problematik hat die hessische Landesregierung bislang jedes Realitätsbewußtsein vermissen lassen. Auch pragmatische politische Schritte mit Augenmaß, wie etwa eine Green-Card-Regelung für Prostituierte ähnlich den Regelungen für Saisonarbeiter in anderen Produktionszweigen, kann die hessische Landesregierung nicht vorweisen. Stattdessen profiliert sie sich unter dem Deckmäntelchen des Opferschutzes als Razzienbefürworter – eine Politik, die an den tatsächlichen Gegebenheiten und Erfordernissen völlig vorbeigeht", so der Verein am 23. Juni 2006.

Doña Carmen fordert die sofortige Einstellung aller Razzien Arbeitsplätze wie Privatwohnungen Prostituierter sowie eine Green-Card-Regelung für Prostituierte aus Nicht-EU-Staaten. (Lesen Sie dazu auch das Interview mit der Doña-Carmen-Vorsitzenden Juanita Henning auf Seite 20 in diesem Heft.)

Dirty details, Münster (1)



Pater von Canstein

Aus Münster meldet die *Bild*-Zeitung am 17. Juni 2006 die Rettung eines nordrhein-westfälischen Schulbuchs zur Sexualaufklärung:

„Ist dieses Schulbuch ein Porno?" fragt ausgerechnet das Fachblatt für Busenkultur angesichts der in dem Schulbuch „Netzwerk Biologie" im züchtigen *Bravo*-Stil der 70er Jahre abgebildeten weiblichen Nakedeis sowie diverser medizinischer Schemadarstellungen eines weiblichen Geschlechtsteils. „Die Eltern eines Schülers (11) klagen, weil sie den Sexualkundeunterricht zu anstößig finden. Jetzt mußte ein Gericht entscheiden."

Natürlich kennt *Bild* die dirty details: „Das Buch des Anstoßes (ist) geeignet für die Klassen 5 bis 7 ... Aber nicht für Josef B. aus Beckum. Der katholische Schüler und seine Eltern (eher wohl Josefs Eltern – *Gigi*) finden, das Bio-Buch zu sexistisch, das seit fünf Jahren in NRW zugelassen ist. Sie klagten vorm Verwaltungsgericht Münster" – unterstützt von Anwältin Dr. Gisela Friesecke und einem „Pater von Canstein". Das Ziel der Kläger sei die „Befreiung" des Jungen vom Sexualkundeunterricht im Beckumer Albertus Magnus Gymnasium und die Änderung der Richtlinien für die Bio-Stunden." Die Josefs-Familie wandte sich dabei „gegen mehrere Inhalte des Buches", etwa „die Gleichwertigkeit von Homo-, Bi-, und Heterosexualität. Auch der Gebrauch von Verhütungsmitteln sei mit den Wertvorstellung der katholischen Kirche nicht vereinbar. Sie (die klagende Familie – *Gigi*) berufen sich auf ein Dokument des päpstlichen Rates für die Familie vom 8. Dezember 1995." Darin heißt es: „Das Recht des Kindes (! – *Gigi*), sich von jeglicher Form außerfamiliären sexualkundlichen Unterrichts fernzuhalten, muß respektiert werden". Das Buch führe zu einer „sehr frühen Sexualisierung von Kindern", sagte die Anwältin dem Blatt.

Jedoch: „Die deutsche Justiz sieht das anders – und wies die Klage ab, weil das Buch wertfrei Tatsachen vermittle." Womit vorerst der Versuch gescheitert wäre, ein päpstliches Dokument für den Biologieunterricht an einer staatlichen Schule verbindlich zu machen. (Az. 1 K 411/06)

Dirty details, Münster (2)

„Frits Bernard ist tot. Er starb am Dienstag, 23. Mai 2006, kurz vor Vollendung seines 86. Lebensjahres in einem Rotterdamer Krankenhaus an den Folgen einer Lungenentzündung", wie die Gießener Arbeitsgemeinschaft Humane Sexualität (AHS e.V.) am 30. Mai in einem Nachruf auf ihr prominentes Kuratoriumsmitglied mitteilte. „Der in den Niederlanden sehr bekannte Psychologe und Sexualforscher hat internationales Renommee", hieß es in der Würdigung weiter. „Jahrzehntelang befaßte er sich mit den Fragen der Kindersexualität und Pädophilie. Er gehörte vielen sexualwissenschaftlichen Gesellschaften an und unterstützte die emanzipatorischen Ansätze zahlreicher Selbsthilfegruppen.

Von der wachsenden, ja erstickenden Welle der Desinformation über Kindersexualität und Pädophilie ließ er sich nicht erschrecken. In seinen umfangreichen Veröffentlichungen findet sich immer wieder der Hinweis darauf, daß das Gebiet der Kindersexualität wenig erforscht ist, ebenso wie seine Mahnung, stets zwischen Sexualität und Gewalt zu unterscheiden. In dieser Hinsicht empfand er sich zu Recht als 'der letzte Mohikaner', während die übrige Fachwelt sich größtenteils duckte und aus Angst vor befürchtetem oder erlebtem Rufmord schon lange verstummt ist. Seine umfangreiche Materialsammlung hat er in die nach ihm benannte Stiftung eingebracht. Interessierte und Mutige finden hier jenen Teil der Wirklichkeit und Wahrheit, der seit den achtziger Jahren bis heute immer weiter aus dem öffentlichen Bewußtsein gedrängt und durch ideologisch verfestigte Falschinformation und durch Denunzierung all jener, die Differenzierung verlangen, ersetzt worden ist."

Einen Nachruf ganz anderer Diktion verbreitete am 25. Mai 2006 dagegen ein Verein aus dem katholischen Münster, dessen Website stets den Herrn anruft: Auf „einer holländischen Pädokriminellensite wird die Information verbreitet, daß 'Dr.' Frits Bernard am 23. Mai gestorben ist. Diese Person hat noch 1997 ein Machwerk mit dem Titel 'Pädophilie ohne Grenzen' veröffentlicht, und somit bewiesen, daß er auch im Alter von 77 Jahren nicht begriffen hatte, was 'Leben' bedeutet."

Wenn Sie das Editorial dieses Hefts gelesen haben, wird Ihnen spätestens beim nächsten Satz klar sein, daß der Urheber dieser auf §189 StGB (Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener) verweisenden Entgleisung nur Gabriel Gawlik sein kann, gemeinnütziger Vorsitzender des C@reChild e.V.: „Jeder Tod eines Psychopathen ist ein großer Gewinn für alle Kinder dieser Welt, das Lebensende dieser Kreatur mit einem überaus zweifelhaften Doktortitel erst recht."

Pest im Kongo

Bundeswehrsoldaten, die ihren Kameraden Obst in den Arsch stecken und es dann mit der Zunge herausangeln, dürfen zur Strafe nicht in den Kongo, um dort mit amtlicher Erlaubnis auf Kindersoldaten zu schießen. Nach den Ende Juni bekannt gewordenen „Sex-Vorwürfen gegen Fallschirmjäger" (NRZ vom 22.06.06) dürfen „einige für die EU-Kongo-Mission vorgesehene Soldaten" aus einer Kaserne im pfälzischen Zweibrücken wegen „Fehlverhaltens im Umgang miteinander" nicht in den Einsatz.

Leider teilte das Verteidigungsministerium nicht mit, ob sich das „Fehlverhalten" auf das Zungenangeln oder die Paddelschläge auf die vitamingefüllten Soldatenafter bezog. Wie die Medien betonten, sollen sämtliche Beschuldigte die lustigen Spiele freiwillig mitgemacht haben. Der Stubenarrest könnte den Jungs noch das Leben retten. Im afrikanischen Einsatzgebiet wütet die Lungenpest, was die *Rheinische Post* zur recht hintersinnigen Headline trieb: „Die Pest im Kongo – Bundeswehr bleibt ruhig."

Fotos: Kommunistische Partei der Russischen Föderation; BILD

Von Roth bis Schwarz

Wer das Mai-Heft des berühmt-berüchtigten Berliner Homosexuellen-Freemag *Siegessäule* in Händen hielt, wußte was zu tun ist: Am 10. Juni zur Warschauer *Parada Równosci*, der „Parade der Gleichheit", fahren und für queere Menschenrechte demonstrieren. Und da waren sich alle plötzlich einig, mit seltsam seltener Eintracht von rechts bis links. Der „Warschauer Pakt 2006", die alternative Berliner Homo-Szene, die Lesben und Schwulen in der Union, RTL und FDP, die EU-Kommission, der Guido Westerwelle und die Claudia Roth und Universitätsdozenten mit poststrukturalistischem Touch. Doch Trotz des „Sieges der Demokratie", der sich am 10. Juni in Polens Hauptstadt ereignet haben soll, bleibt ein leicht bitterer Nachgeschmack, meint OLAF APEL

Selbstverständlich fanden alle, daß die Warschauer Demonstration für die Rechte von Lesben, Transgendern, Schwulen und Bisexuellen eine durchweg gute Sache ist, daß es politisch lohnenswert ist, ihr einen Besuch abzustatten, und daß es durchweg böse ist, sie zu verbieten. Dieses Verbot war nämlich in den letzten beiden Jahren von Lech Kaczynski ausgesprochen worden, dem damaligen Bürgermeister Warschaus und jetzigen Präsidenten der Republik Polen. Obwohl befürchtet wurde, daß auch dieses Jahr der Demo mit traditionalistischen Argumenten eine Absage erteilt wird, kam alles ganz anders. Statt der Absage der Gleichheitsparade wurde überraschend die rechtskonservative Gegendemonstration gecancelt. So verlief alles ganz harmlos. Vereinzelt fanden sich am Straßenrand EU-Gegner, die trotzig Transparente gegen „Eurosodoma" und männerfickende Männer präsentierten, aber infolge der Polizeipräsenz im allgemeinen brav waren. Ein paar rohe Eier sind dann aber doch geflogen.

Brett vorm Kopf in Warschau: Schwestern der Perpetuellen Indulgenz bis zur Unkenntlichkeit entstellt im Interview mit dem Rundfunk Berlin-Brandenburg

Man mag ja kaum etwas sagen: Engagierte Menschen aus aller Welt treffen sich in Warschau, um gegen Diskriminierung und Homophobie zu demonstrieren. Soweit, so gut. Aber der Gedanke drängt sich doch auf, daß der von manchen bösen Zungen als „Einmarsch in Polen" titulierte Protesttourismus auch eine westeuropäische Selbstbeweihräucherung darstellt, die mitunter peinlich und mitunter ungerechtfertigt ist. Denn es ist Westeuropa, das für sich in Anspruch nimmt, das Liberalste und Beste zu bieten, was sexuelle Emanzipation anbetrifft. In Wirklichkeit gab es aber auch hierzulande nie eine tatsächliche Emanzipation der Homosexualität, sondern immer höchstens eine Emanzipation der Homosexuellen. Das heißt, was zuvor als untergründig überall lauernde Gefahr galt, ist jetzt die Persönlichkeitseigenschaft einer gesellschaftlichen Minderheit, die sich selbst ghettoisiert. In einem Prozeß des Bundesgerichtshofs Ende der 1950er Jahre – es ging um eine Klage gegen den berüchtigten § 175 – ließ noch einer der wissenschaftlichen Gutachter verlautbaren, „jeder Mensch sei homosexualisierbar"[1]. Doch die Zeiten haben sich geändert. Man weiß: Homosexualität ist nicht überall, sondern nur in Schwulen, Lesben, Bisexuellen als primär psychische Entität vorhanden.

Gabriele Schöttler, Berliner Ex-Senatorin für Jugend, Sport, Familie etc., schrieb so vor einigen Jahren in einer von der Senatsverwaltung herausgegebenen Broschüre zum Thema Regenbogenfamilien: „Auch ein weiteres zähes Vorurteil aus der Mottenkiste homophober Bedenkenträger konnte ausgeräumt werden: die Kinder gleichgeschlechtlicher Eltern werden nicht häufiger und nicht seltener schwul oder lesbisch als andere Kinder auch"[2]. Wenn es demzufolge nicht-homophob ist, davon auszugehen, daß Homo-Eltern in der Regel Hetero-Kinder bekommen, müßte Präsident Kaczynskis spitze Bemerkung, Schwule und Lesben könnten sich zum Glück nicht vermehren, eine geradezu emanzipatorische Position widerspiegeln.

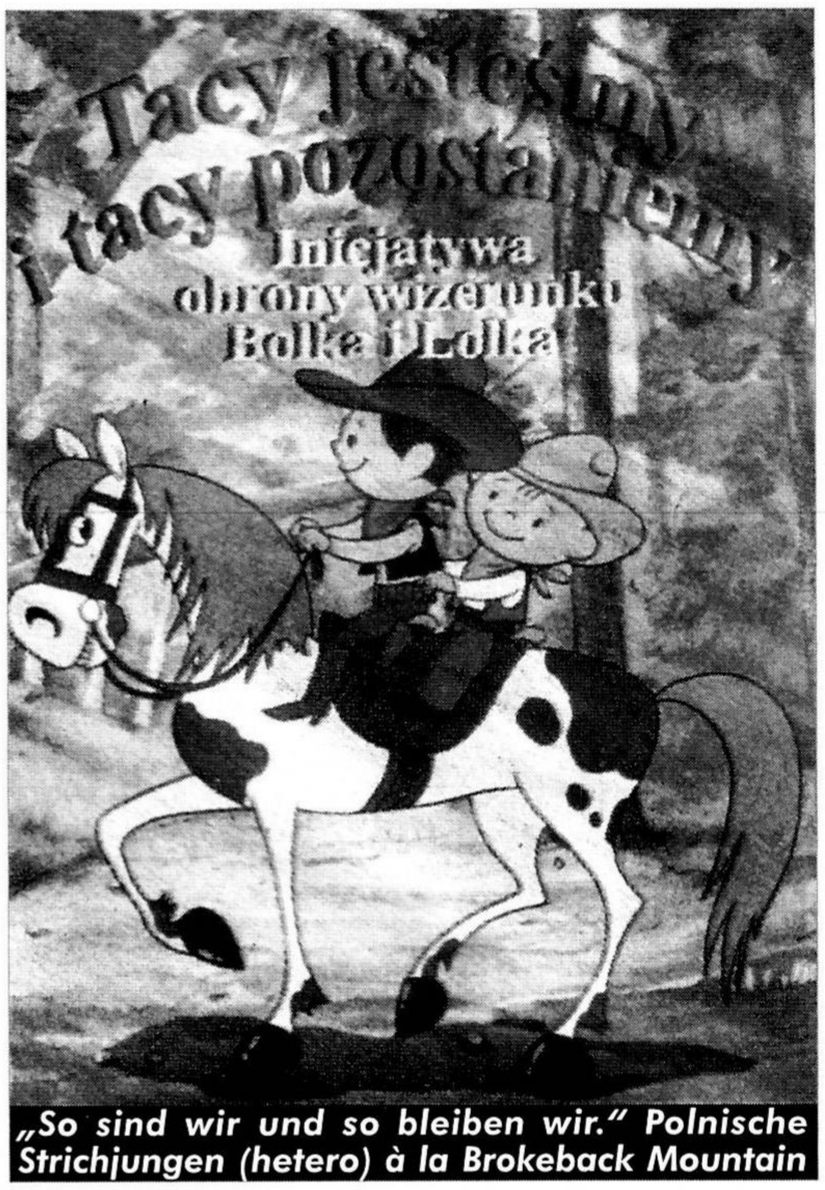
Ja, Homosexualität ist okay in Deutschland – aber nur, wenn sie von einer Minderheit praktiziert und gelebt wird. Die Rhetorik, die in Deutschland zur politisch korrekten Position avancierte und seit Jahrzehnten von der Homobewegung getragen wird, deklariert Homosexualität als „harmlos", weil sie eine Eigenschaft einer Minderheit und nicht, weil sie *per se* harmlos ist. Dieses westeuropäische Schema der sexuellen Emanzipation gilt dabei als so fortschrittlich, daß seine normativen Konsequenzen bereits im politischen Mainstream Deutschlands sichtbar werden: Homosexualität fungiert zunehmend als Schnittpunkt, in dem sich Diskurse um Toleranz, Weltbürgertum, Fortschrittlichkeit, Modernität und EU-De-

mokratie kreuzen. Etwa wurde unlängst mit den berüchtigten baden-württembergischen Einwanderungsfragebögen Homosexualität als Gütesiegel für Integration und politisch korrekte Gesinnung instrumentalisiert. Das politische Gerangel darum, ob die *Parada Równosci* überhaupt genehmigt wird oder nicht, liegt dabei auf derselben Ebene. So konstatierte der Parlamentarische Grünen-Geschäftsführer Volker Beck ganz richtig, es wäre der polnischen Regierung angelastet worden, wenn etwas schiefgelaufen wäre. Und das wäre fatal gewesen. Polen will Europa sein. Und Europa weiß, was den Menschen sexuell wohlgefällig ist, daß man tolerant sein muß, daß alle gleich sind etc. pp.

Aber für welche Art von Gleichheit wurde auf der Warschauer Parade demonstriert? Welche Form von Gleichheit ist zu erwarten, wenn das Ergebnis eine entlang der Achse der sexuellen Orientierung dichotomisierte Gesellschaft ist, in der für Homosexuelle eine spezielle Minderheitenschublade eingerichtet wird, ein staatlich abgesegneter Exotenstatus und gesetzliche Regelungen gegen Diskriminierung, die als Schattenseite zugleich Diskriminierbarkeit und Coming-out-Zwang festschreiben? Und die wichtigste Frage: Ist eine andere Form sexueller Emanzipation denkbar? Etwa eine solche, die nicht erst Homophobie erzeugen muß, um sie zu bekämpfen?

Dieser Exzess an Homophobie läßt sich momentan in Polen beobachten. Ein Beispiel dafür, welche merkwürdigen Blüten diese Entwicklung treibt: Die entfremdete Darstellung der aus kommunistischen Zeiten stammenden polnischen Comicfiguren Lolek und Bolek als gemischtgeschlechtliches LSBT-Aktivistenpärchen „Kinga und Karol" auf der Mai-Ausgabe der *Siegessäule* dieses Jahres stieß bei der *Mlodziez Wszechpolska*, der selbsternannten „Allpolnischen Jugend", auf solches Mißfallen, daß sie spontan eine skurrile Unterschriftenaktion anleierte, um Lolek und Bolek als Ikonen der polnischen Nation vor der homosexuellen Schändung zu bewahren. „Lolek und Bolek sind keine Homos", hieß es da. Das Plakat der „Initiative zur Verteidigung des Bildes von Lolek und Bolek" ist allerdings mehr als bizarr: Zu sehen sind die Strichmännchen im Cowboy-Drag auf einem Pferd, während der eine dem anderen an den Hintern greift. Eine Darstellung, die sicherlich mehr Spielraum läßt für homoerotische Interpretationen als das eher heterosexuell anmutende Titelblatt der *Siegessäule*.

Aber es bleibt nicht bei diesen eher ridikulösen Aktionen. Auch homophobe Gewaltakte und katholische Moralpropaganda sind in Polen im Aufwind. Da ist es leicht, sich als Westeuropäer/in stolz damit zu brüsten, was in Deutschland etc. „schon alles erreicht wurde" und vom Nachholbedarf Osteuropas zu schwadronieren. Daß allerdings auch im selbstidentifiziert super-toleranten Westeuropa homosexuell zu sein kein Zuckerschlecken ist, zeigte etwa eine dänische Studie: Die Suizidrate von Männern und Frauen, die in Dänemark in einer gleichgeschlechtlichen registrierten Partnerschaft leben, war gegenüber dem Bevölkerungsdurchschnitt deutlich erhöht. Und laut einer österreichischen Untersuchung sind etwa 40 Prozent aller Personen, die versuchen, sich das Leben zu nehmen, homo- oder bisexuell.[3]



„So sind wir und so bleiben wir." Polnische Strichjungen (hetero) à la Brokeback Mountain

Es wäre zu fragen, ob nicht im vermeintlich rückständigen und allzu katholischen Polen Formen sexuellen Wohlbehagens möglich sind, die so manchem Durchschnittswesteuropäer pauschal suspekt erscheinen und etwa als Doppelmoral und *closet*-Drama abgetan werden, weil sie nicht in die Schematik von Sichtbarkeitsaktivismus und/oder kodifizierter Antidiskriminierungspolitik passen. Daß es lange Zeit so war, daß tendenziell eher die protestantischen als die katholischen Regionen Europas gleichgeschlechtliche Sexualität strafrechtlich kriminalisierten, sollte immerhin zu denken geben.

Quellen

[1] J. C. B. Mohr: Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, 6. Band, Tübingen 1957, S. 408.
[2] Schöttler, G.: Zunehmende Akzeptanz – Wege zu demokratischen Familienstrukturen. In Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport & Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen (Hrsg.), Regenbogenfamilien(S. 11-16). Berlin 2001. S. 13.
[3] Martin Plöderl: Sexuelle Orientierung, Suizidalität und psychische Gesundheit. Weinheim 2005, BeltzPVU.

Foto/Repro: Olaf Apel

Errata

1. In Florian Mildenbergers Beitrag „Freudsche Fehltritte" (*Gigi* 43, S. 6) taucht nach Fußnote 8 Fußnote 7 und danach die Fußnote 10 auf. So sehen sie aus, unsere kleinen Weckrufe an die LeserInnen! – Sie haben weitergeschlafen? Dann mag es Sie trösten, daß nicht mal der Autor selbst bisher moniert hat, daß wir aus seiner Fußnote 9 eine 7 gemacht haben.
2. Bemerkt hat er aber, daß wir im Inhaltsverzeichnis den Psychiater und Medizinhistoriker Werner Leibbrand (vgl. Michael Heß: „Das Gewissen der deutschen Medizin", *Gigi* 43, S. 33) kurzerhand zum Psychoanalytiker deklarierten. Wenn Sie das Heft gelesen haben, sollte Sie das nicht wundern: Es war die Freud-Ausgabe.
3. Einigen ist aufgefallen, daß Gudrun Hauers Anmerkungen zum „lesbischen Tabu" in der Psychoanalyse (*Gigi* 43, S. 8) das Tabu der Neuen Deutschen Rechtschreibung in *Gigi* brachen. Der Tabubruch geschah auf ausdrücklichen Wunsch (und wohl auch zum Bedauern) der Autorin, die ihren Beitrag nur in amtlicher Falschschreibung als Sekundärlektüre zu den von ihr abgehaltenen Lehrveranstaltungen an der Wiener Universität empfehlen kann.
4. Die Pressefotos zu Dirk Ruders Bericht vom 18. LSVD-Verbandstag (*Gigi* 43, S. 19) knipste, wie LSVD-Pressesprecherin Renate Rampf erst nach Erscheinen unseres Mai/Juni-Heftes mitteilte, nicht wie in den Vorjahren Holger Jakobs, sondern Klaus Jetz.
5. Im Forum des Portals *Etuxx* erregte sich Michael Hellmann über die Äußerung in den *Mitteilungen des whk* (*Gigi* 43, S. 41), er habe auf *Etuxx* ohne jede Ironie zu Protokoll gegeben: „Ich finde ein Coca-Cola und Glaxo Smithkline gesponsertes, von Jan Feddersen mitbegründetes 'WHK' als 'Wiedergutmachung' an schwulen KZ-Häftlingen wirklich ganz toll und wüßte nicht, was es daran zu kritisieren gebe". Das „liebe whk" möge „nochmal den betreffenden Diskussionsstrang nachlesen". Das liebe whk tat wie geheißen und teilt mit: Sogar Ironie wird von den konkreten Gegebenheiten ihres Umfeldes determiniert. Wer in diesem Fall den Urheber und seinen politischen Hintergrund kennt, dem mag sie sich erschließen, Dritte indes erkennen sie nicht zwangsläufig, nicht mal aus erwähntem Strang. Umso mehr erfreut es das liebe whk, daß der Michael Hellmann doch kein Apologet Jan Feddersens ist.

Impressum

ISSN 1437-3076, **Post:** Redaktion Gigi, Postfach 080208, 10002 Berlin; **Büro:** Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin; **Email:** redaktion@gigi-online.de; Fon/Fax: 0180/4444945; **Internet:** www.gigi-online.de; **Herausgeber:** wissenschaftlich-humanitäres komitee (whk); **Verleger:** Förderverein des whk e.V.; **Redaktion:** Lizzie Pricken, Ortwin Passon, Dirk Ruder, Eike Stedefeldt (V.i.S.d.P., Layout); **Ständige Mitarbeit:** Ira Kormannshaus; **Anzeigen:** 0180/4444945; redaktion@gigi-online.de; **Erscheinungsweise:** zweimonatlich; **Druck & Weiterverarbeitung:** Druckerei Schmohl & Partner, Berlin. **Das Abonnement** ist nur zum Ende des Bestellzeitraums kündbar. **Manuskripte** bitte per Email, auf Diskette oder CD-ROM einreichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Es besteht kein Honoraranspruch. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autorin oder des Autors wieder. Nachdrucke oder Veröffentlichung in elektronischen Medien sind nur mit Genehmigung von Redaktion oder AutorIn statthaft. Kein Schadensersatzanspruch bei Nichterscheinen. **Eigentumsvorbehalt:** Die Zeitschrift bleibt Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zurhabenahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift nicht oder nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile mit Begründung an den Absender zurückzuschicken.

Neue Werte

Kurz vorm Kölner CSD, aber erneut unbeachtet von den Homomedien legte das „Schwule Überfalltelefon 19228" des Kölner Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD) seinen Anti-Gewalt-Report 2005 vor. Wie bei solchen Reports üblich, wird die Logik darin arg strapaziert: Zwar belegt die Statistik im Vergleich zu 2004 erneut einen Rückgang der dem Projekt gemeldeten Übergriffe, dennoch sei es „fragwürdig", „davon auszugehen, daß in den letzten Jahren tatsächlich nicht wesentlich mehr antihomosexuelle Übergriffe im Kölner Raum stattgefunden haben, als es unsere Statistik ausweist". Warum das Überfalltelefon seinen eigenen Statistiken mißtraut und der Gewaltbegriff schon wieder mittels „Neu- und Umbewertung" ausgeweitet werden muß, damit die Opferzahlen stimmen, erläutert DIRK RUDER

Die harten Zahlen zuerst: „Generell kann gesagt werden, daß die Anzahl der erfaßten anti-homosexuellen Gewaltübergriffe zu dem [gemeint ist: im Vergleich zum – *Gigi*] vorherigen Jahr gesunken ist und bei 30 Fällen liegt (2004: 46 Fälle)". Durchschnittlich ein Übergriff alle zwei Wochen wurde dem Schwulen Überfalltelefon Köln 19228 (SÜT) im Jahr 2005 gemeldet. Als „äußerst positive Entwicklung" wertet es den mit nur je zwei gemeldeten Fällen „deutlichen" Rückgang von Erpressungen (2004: 8) sowie schwerer Körperverletzungen (2004: 7). Mit 14 der insgesamt 30 gemeldeten Fälle stellten Vergehen wie „Beleidigungen/mündl. Bedrohung" die Hauptform antihomosexueller Gewalt dar (2004:17), gefolgt von 7 Fällen leichter Körperverletzung (2004: 6). Im vergangenen Jahr wurde in Köln kein homosexueller Mann ermordet, und nur drei Übergriffe fanden laut Report in oder direkt vor Etablissements der Homoszene statt (zwei vor Hetero-Bars und -Discos).

Mit Abstand die meisten gemeldeten Taten fanden in der Wohnung des Opfers statt (2005: 10, 2004: 12) oder in der Öffentlichkeit (2005: 8, 2004: 11). „Nach wie vor sind die Orte der Gewalt schwerpunktmäßig auf die allgemeine Öffentlichkeit (also Parks, Plätze, Straßen u.ä.) sowie auf die Wohnung des Opfers verteilt" (S. 20). Bei etwa der Hälfte aller gemeldeten Fälle (13 Fälle, d.h. 43 %) war der Täter ein Bekannter des Opfers, im 11 Fällen (37 %) kannten sich Opfer und Täter vorher nicht. Mehr als die Hälfte der Opfer (57 %) ist zwischen 30 und 44 Jahre alt. Allerdings scheinen auch die Täter kaum jünger zu sein. „Mit 44 % liegt der Schwerpunkt der Täter in der Altersgruppe von über 27 Jahren." Nanu, keine muslimischen Jugendabanden am Rhein? Die Festlegung auf die Altersangaben sei „allerdings problematisch", da etwa ein Drittel der Opfer das Alter der Täter nicht angeben konnte. Grundsätzlich gelte „zu den Angaben über das Alter des/der Täter, daß dies Schätzungen der Ratsuchenden sind und dementsprechend nur Vermutungen" (S. 21 f.). Die meisten Anrufe verzeichnete das SÜT in den Monaten Januar und Juli, „Gründe dafür liegen wahrscheinlich bei den Feierlichkeiten Silvester und CSD" (S. 22).

Bangen um „zukünftige Opfer"

Der Jahresreport 2005 zeichnet sich durch eine vergleichsweise saubere Statistik aus, womit er sich immerhin vom Berliner Anti-Gewalt-Report in Sachen Nachvollziehbarkeit und Seriosität erheblich unterscheidet (vgl. „Deutsche Opfer", *Gigi* Nr. 41). Dennoch sucht vergeblich, wer *gewaltpräventive* Schlußfolgerungen erwartet. Nach dem Regierungswechsel in Nordrhein-Westfalen steht die schwule Anti-Gewalt-Arbeit faktisch vor dem Aus, weshalb das „an den LSVD auf Bundes-, Landes- und Ortsverbandsebene" (S. 13) angeschlossene und von nur drei ehrenamtlichen Mitarbeitern getragene SÜT vor allem ums eigene Überleben bangt. Die staatliche Förderung schwindet und mit ihr fast alle der ohnehin geringen Handlungsmöglichkeiten. Die im Report erwähnten Beispiele sprechen Bände: „Eine Beteiligung des Schwulen Überfalltelefons Köln 19228 an einer Wiederauflage früheren 'Bierdeckel'-Aktion mit der Polizei Köln scheiterte an mangelnden Finanzen." (S. 14) Von der durch die abgewählte rotgrünen Landesregierung initiierten Kampagne „Liebe-verdient-Respekt" wird es unter der CDU/FDP-Regentschaft „vorerst keine Neuauflage" (S. 16) geben. Ein Aufklärungsfilm für die „polizeiinterne Sensibilisierung" konnte „aufgrund einer Haushaltsperre zum Ende des Jahres im Jahr 2005 nicht mehr realisiert werden. Ob im Jahr 2006 noch einmal Mittel für die zielgruppenspezifische Prävention bereitgestellt werden ist derzeit noch unklar" (S. 16). Um die bundesweite Zusammenarbeit der Schwulen Überfalltelefone ist es kaum besser bestellt. Der auch von Kölner SÜT getragene „Arbeitskreis der schwulen Überfalltelefone und schwulen Gewaltprojekte Deutschland" (ASAD) gibt kaum noch Lebenszeichen von sich. „Als Medium und Plattform der Kommunikation und politischen Arbeit der Telefone gedacht, ist der Arbeitskreis, nicht zuletzt durch die schwindende Zahl an Überfalltelefonen, nur noch bedingt arbeits- und handlungsfähig" (S. 13).

Im „Zweifelsfall" gegen das whk

Immerhin scheint man sich in Köln, anders als in Berlin, ansatzweise mit Reaktionen oder gar Kritik auseinandersetzen zu wollen. So liest man unter „Erfolge und Mißerfolge" dies: „Im Anti-Gewalt-Bericht 2004 schilderten wir homophobe Äußerungen und das Ansingen von Marschliedern bei der Polizei Köln. Die Forderung des whk (wissenschaftliches humanitäres komitee) nach staatsanwaltlichen Ermittlungen in ihrem an und für sich zu begrüßenden [! – *Gigi*] Brief an den Kölner Polizeipräsidenten Steffenhagen waren sicherlich nicht im Interesse des Opfers von Diskriminierung, das sich anonym auf der Internetseite von VelsPol geäußert hatte. Da die Gefahr bestand, daß das Opfer durch Durchsuchungen bei VelsPol gegen seinen Willen in die Öffentlichkeit gezerrt wurde. Das unterscheidet Opferhilfe von politischer Arbeit: Im Zweifelsfall steht für uns das betroffene Individuum an erster Stelle" (S. 11).

Was die politische Arbeit des „Zweifelsfalls" whk von der des Kölner SÜT unterscheidet, ist vor allem das Bewußtsein, daß die Beamtin ihre Beobachtun-

Der Report
des „Schwulen Überfalltelefons Köln 19228" ist im Internet unter www.koeln19228.de/page/agb_suet2005.pdf zu finden

gen zwar anonym, aber doch im Internet schilderte und so öffentlich machte, daß sie eine eventuelle Straftat von Polzeikollegen im Dienst nicht angezeigt hatte, wozu sie verpflichtet gewesen wäre (vgl. „Kölner Polizei kontraproduktiv", *Gigi* 36, S. 38; whk-Pressedienst vom 17. Februar unter *whk.de/whk0505.htm* und 8. August 2005 unter *whk.de/whk2905.htm* sowie „Kennt jemand aus Köln die Polizei?", *Gigi* 39, S. 36).

Keine Bange, er sieht nur so aus: Gemeinsame Anti-Gewalt-Arbeit von Polizei und LSVD beim Berliner Homo-Straßenfest

Sodann gesteht das SÜT tatsächlich einen politischen „Mißerfolg" – aber nicht etwa einen Fehler – ein: Die Idee, „daß u.a. (!) [Klammer im Original – *Gigi*] auch die Kölner Geschäfte, die von Kölnern mit Migrationshintergrund betrieben werden, einen Aufkleber mit einem Zeichen oder Motto anbringen, der deutlich macht: 'Auch Homosexuelle sind hier willkommen' (Anti-Gewalt-Bericht 2004; S. 22), wurde kontrovers diskutiert, aber nicht realisiert. Im Gespräch mit dem Team ... brachte ein Redakteur eines Schwulen-Magazins den Vorschlag ein, Regenbogenaufkleber von entsprechenden Geschäften anbringen zu lassen und darüber einen Artikel zu verfassen." Dem Überfalltelefon scheint selbst angesichts dieses „kreativen" Einfalls eines ungenannten Redakteurs immer noch nicht die Brisanz des damaligen Vorhabens aufgegangen zu sein, die ihm das whk bereits am 14. Januar 2005 in einer längeren Stellungnahme ausführlich zu erklären suchte. Diesbezüglich sei erwähnt, daß keine einzige weitere Homogruppe die whk-Kritik an der rassistischen Idee unterstützte (vgl. „Überfalltelefone kontraproduktiv", *Gigi* 36, S. 38, sowie *whk.de/whk0105.htm*).

„Aufgeschreckt" von Rosa Listen

Ebenfalls unerwähnt bleiben im Jahresreport die immerhin sechs Presseerklärungen des whk zum Rosa-Listen-Skandal. Unterm Zwischentitel „Erfassung von Homosexuellen bei Polizeibehörden in Köln/NRW?" heißt es dazu auf Seite 14 lapidar: „Während wir uns noch im letzten Jahr, auch im Anti-Gewalt-Bericht 2004, offen zeigten für die Erfassung von antischwuler Gewalt bei der Polizei-Anzeigenaufnahme und voraussetzten, daß dies – wie in den USA, bei der Erfassung von Haßverbrechen ohne die Verknüpfung personenbezogener Daten ('Rosa Listen') möglich sei, schreckte uns die erste Meldung von VelsPol über das Integrationsverfahren Polizei IGVP (das von der Polizei eingesetzte Vorgangs- und Verwaltungsprogramm) auf." Das SÜT will also alles, was es weiß, von VelsPol erfahren haben. Nur zur Erinnerung: Die „erste Meldung" zum Skandal kam öffentlich nicht vom ängstlichen VelsPol, sondern am 19. Mai 2005 vom whk (vgl. „Im Erlebnisbad (2)", *Gigi* 38, S. 42, sowie *whk.de/whk2005.htm*).

Immerhin scheint sich das Kölner SÜT nach dem Rosa-Listen-Skandal dazu durchgerungen zu haben, von seiner so unablässig wie grundlos vorgetragenen Forderung nach polizeilicher Erfassung homosexueller Gewaltopfer Abstand zu nehmen, wenngleich mit reichlich naiven Motiven: „Nach heftigen Protesten diverser Homosexuellenverbände (vor allem des VelsPol) wurden jedoch die Nummern 900 und 901 aus dem Katalog [der Polizeidatenbank – *Gigi*] genommen und alle bis dahin vorgenommenen Einträge gelöscht. Die Schlüsselnummer 902 'Strichplätze' [gemeint sind u.a. schwule Cruising areas – *Gigi*] soll weiter genutzt werden, um orts- bzw. deliktsbezogene Brennpunkte erkennen und präventive Maßnahmen einleiten zu können" (S. 14 f.).

Weder für die Streichung der Katalognummern 900 und 901 noch die Löschung der Daten darin Erfaßter gibt es im übrigen irgendeinen Beleg. Weder ist ein entsprechender Runderlaß des NRW-Innenministeriums bekannt geworden, noch findet sich auf dessen Website eine Bestätigung in Form einer Presseerklärung oder sonstigen Mitteilung. Die Behörden vermieden zudem auffällig jede schriftliche Stellungnahme zum Thema, allenfalls fanden sich in die Tagespresse lancierte Äußerungen zumeist namenloser Ministeriumssprecher. Deren Sprachregelung lautet im übrigen, die umstrittenen Katalogschlüssel würden „nicht mehr verwendet" – was nicht unbedingt deren ersatzlose Abschaffung bedeutet. Zudem ist unklar, wie lange die Phase des „Nicht-Verwendens" andauern soll – Fragen, die das Überfalltelefon nicht beunruhigen.

„Neu- und Umbewertung des Gewaltbegriffs"

Viel mehr Papier verbraucht der Jahresreport für Boulevardthemen: der Mord an Rudolph Moshammer, das Antidiskriminierungsgesetz, eine gegen die Gleichstellung gerichtete Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts und schließlich die Papstwahl – letztere offenbar ein Fall antischwuler Gewalt im LSVD-Bistum Köln. Was antischwule Gewalt eigentlich sein soll, bleibt passenderweise im Spirituellen. Sie „stellt für uns eine direkte Folge von schwulenfeindlichen Traditionen dar. Gewalt gegen Schwule kann deswegen nicht losgelöst von dieser Tradition verstanden werden" (S. 4). Ein paar Seiten weiter dann dies: „Antischwule Gewalt bedeutet ... Straftaten aufgrund von Ablehnung der männlichen Homosexualität ('Haßverbrechen') + diskriminierende Behandlung staatlicher Stellen (Polizei)" (S. 17). Merke: Diskriminierung = Gewalt.

Klar, daß bei so enger Auslegung des Gewaltbegriffs zu viele Opfer der Statistik durch die Lappen gehen. Das SÜT will „auf der Suche nach einer passenden Definition" nun eine „Um- und Neubewertung des Gewaltbegriffs" vornehmen. Nach Beleidigung und Sachbeschädigung werden demnach auch Fälle von „Intoleranz" und „Ausgrenzung" als „Gewalt" gegen Homosexuelle gewertet – eine weitere Abkehr von einer kriminologisch haltbaren Definition. Im ungelenken SÜT-Jargon klingt das freilich anders: „In den letzten Jahren entwickelte sich, nicht zuletzt durch die Europäische Union [!? – *Gigi*], ein neues Verständnis des Gewaltbegriffs. So gilt als Gewalt nicht nur eine Straftat nach juristischer Definition, sondern auch Ausgrenzung, Ablehnung, Diskriminierung und ähnliches. Am Beispiel der EU-Richtlinien zur Anitdiskriminierung kann das neue Verständnis veranschaulicht werden: Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität." – Na, wenn die EU das neue Verständnis eben so festgelegt hat.

Um die „weiterentwickelte" Gewaltdefinition in den Griff zu bekommen, müsse, so das SÜT, die Diskussion „vor allem mit dem LSVD" fortgesetzt werden, um „den Namen unseres Projektes zu verändern", damit das SÜT den „neuen Anforderungen gerecht" werden kann – Wie wär's mit „Hotline für Heimatschäden"?

Foto: SCHLIPS e.V.

Allein unter Queers

„Ihre Vorwürfe, unser Projekt verweigere sich der kontroversen Auseinandersetzung um politische Standorte, es sei undemokratisch, nationalistisch und neokonservativ assimilatorisch haben uns einigermaßen erstaunt." – Bis 30. April war die Vorstandsfrau der patriotischen Initiative Queer Nations (IQN) von nur einer einzigen Fundamentalkritik behelligt worden – im März-Heft dieser Zeitschrift. Schlechter als *Gigi* läßt sich indes das in Teilen ähnlich argumentierende Netzwerk lesbisch-feministisch-queerer Forschung (lqf) ignorieren, was Tatjana Eggelings heftige Erregtheit über dessen pointierte Kritik erklärt: Diese könnten „sensiblere Gemüter als böswillig nehmen". Wir dokumentieren nachfolgend die lqf-Erklärung.

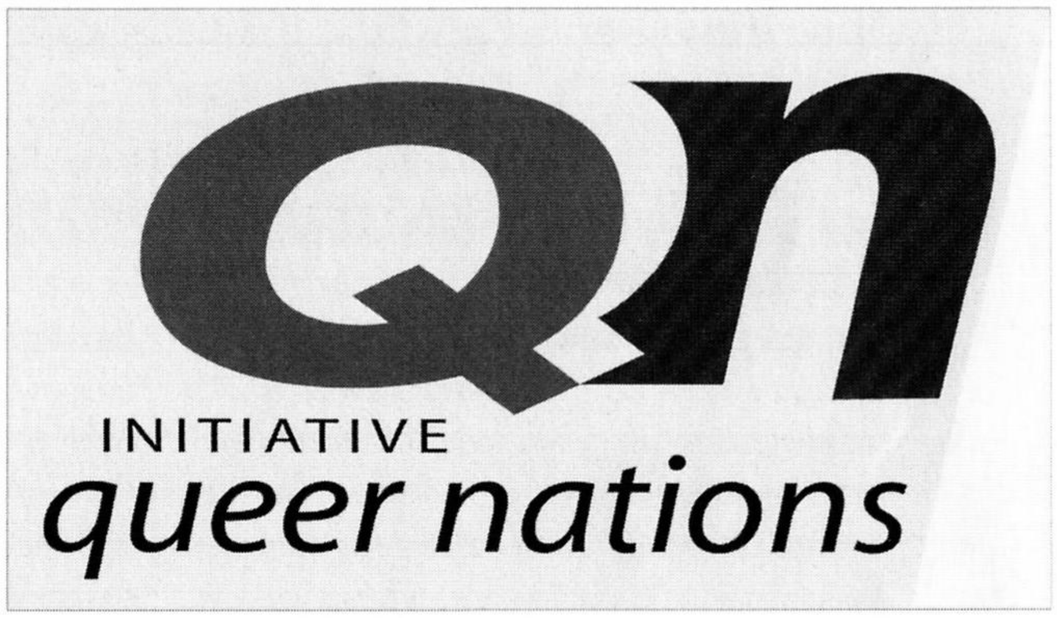
Das lfq-Netzwerk begrüßt und unterstützt die Idee, das Magnus-Hirschfeld-Institut gleichsam neu zu gründen und damit an eine Tradition teils kritischer Sexualwissenschaft anzuknüpfen, die diese mit dem Anspruch gesellschaftlicher Veränderung verbindet. Diesbezüglich müßte ein Teil der Forschungsarbeiten, die im Rahmen des neu zu gründenden Instituts entstehen, sich kritisch mit den problematischen Aspekten der Arbeit des Instituts für Sexualwissenschaft auseinandersetzen bzw. solchen, die im Institutsumfeld entstanden sind und sich mit den Stichworten: Eugenik/Rassenhygiene, Menschenversuche, kolonialistische Implikationen und Reproduktion sexistischer Geschlechterbilder umreißen lassen.

Vielversprechend klingt das Projekt, ein gut ausgestattetes Zentrum (Institut) der Geschlechter- und Sexualitätenforschung, der lgbti-Bewegungen und der Queer Theory zu schaffen, das WissenschaftlerInnen verschiedener disziplinärerer Herkünfte sowie theoretischer (und politischer) Ausrichtungen die Möglichkeit gibt, ihre Forschung unter ökonomisch und akademisch anerkennenden Bedingungen durchzuführen. Wir bezweifeln jedoch angesichts der programmatischen Formulierungen in der Broschüre der Initiative, daß tatsächlich solch ein breiter, demokratischer Rahmen geschaffen werden soll. Um dies zu ermöglichen, müßte das Institut auch als ein Ort politischer Kontroversen konzipiert sein, der darauf ausgerichtet ist, widerstreitende politische Analysen und Perspektiven auszutragen und der Öffentlichkeit entsprechend zugänglich zu machen. Dies scheint uns nicht möglich, wenn das Institut, so wie jetzt von der „Initiative Queer Nations" vorgeschlagen, a) unter patriotisch-nationalistischen Vorzeichen auftritt, sich b) auf eine minderheitenpolitische Argumentation festlegt und c) eine assimilatorische Perspektive der Normalisierung und Integration vertritt. Vor dem Hintergrund feministischer Kritik an Macht- und Herrschaftsverhältnissen sowie queerer Kritik an Identitätskonstruktionen und Integrationslogiken lehnen wir die drei genannten Prämissen der IQN ab und distanzieren uns davon, unter diesen Vorzeichen Wissenschaft zu betreiben.

Warum denken wir, daß die Position von IQN weder mit lesbisch-feministischen Perspektiven noch mit unserem Verständnis von Queer Theory vereinbar ist?

Viele queere und feministische Ansätze sind durch die Kritik an Minderheitenpolitik gekennzeichnet. Statt Einschluß und Anerkennung von Minderheiten zu fordern, trachten sie diejenigen Prozesse zu verändern, die hierarchische Unterscheidungen von „Mehrheit" und „Minderheit", von unhinterfragter „Normalität" und „Abweichung" produzieren. Dies heißt zum einen, die Verwendung von Identitätskategorien zu problematisieren, weil damit unweigerlich Normen der Zugehörigkeit und Ausschlüsse geschaffen werden. Zum anderen werden gesellschaftliche Werte, Normen und Institutionen dahingehend untersucht, wie sie zur Reproduktion von Macht- und Herrschaftsverhältnissen beitragen. Und schließlich geht es darum herauszufinden, wie die sozio-kulturelle Organisation von Geschlecht und Sexualität dazu beiträgt, gesellschaftliche Hierarchien, Dominanz- und Gewaltverhältnisse durchzusetzen und aufrecht zu erhalten – und wie Sexualität und Geschlecht hierbei mit antisemitischen, rassistischen, kapitalistischen, (post)kolonialistischen und nationalistischen Mechanismen der Differenzierung ineinander greifen.

Insofern queere und feministische Theorie und Politik gesellschaftskritisch ausgerichtet sind, widersprechen Forderungen nach Integration in die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse oder eine Anerkennung durch diejenigen Instanzen, die soziale Dominanz, Unterordnung und Gewalt forcieren, dem kritisch-transformatorischen Anliegen. Die Normalisierung geschlechtlicher und sexueller Lebensformen wäre als Anpassung an, nicht als Kritik und Veränderung dieser Verhältnisse zu verstehen.



Das Ansinnen, in eine „deutsche Nationalgeschichte, auf die man stolz sein kann", aufgenommen zu werden, knüpft an Diskurse an, die uns nicht geeignet erscheinen, Verantwortung gegenüber der nationalsozialistischen deutschen Geschichte zu übernehmen. Zwar ist es richtig herauszustellen, daß Lesben und Schwule vom NS-Regime in unterschiedlicher Weise verfolgt wurden; ebenso wichtig ist es jedoch anzuerkennen, daß sie zum Teil auch als MittäterInnen und TäterInnen den Nationalsozialismus gestützt haben.

Darüber hinaus hat der Begriff der Nation, auch in seiner Verwendung als Queer Nation, grundlegende Kritik erfahren, insofern er auf Dominanz, Ausschlüssen, Gewaltförmigkeit gründet, in denen sich nicht nur binäre Geschlechterverhältnisse und suprematistische Heteromaskulinität, sondern auch rassi-

Das Netzwerk

lesbisch-feministisch-queerer Forschung (lqf) besteht aus „rund 60 lesbischen, bisexuellen, feministischen und queeren Forscherinnen", die inner- und außeruniversitär in Geistes-, Sozial-, Naturwissenschaften, Mathematik und Medizin vor allem im deutschsprachigen Raum tätig sind. „Das lfq-Netzwerk basiert auf einem virtuellen und einem Vor-Ort-Austausch – derzeit in Berlin. Etwa ein Dutzend der Netzwerkerinnen zählen sich zum engeren Kreis", wie unter www.lesbisch-feministisch-queer.de mitgeteilt wird.

stische und (neo-)kolonialistische Diskurse Bestätigung finden.

Darüber hinaus ist den lfq-lerinnen nicht klar, ob und in welcher Form Wissenschaftlerinnen, die in diesem Feld forschen, in die Initiative eingebunden werden sollen, da nicht einmal ein Bruchteil derer angesprochen worden ist, die hierfür einschlägig bekannt sind oder sein müßten. Überdies stellen die horrenden Vereinsmitgliedsbeiträge einen strukturellen Ausschluß von kleinen Projekten und Vereinen dar und verhindern deren etwaige Partizipation an der Initiative als stimmberechtigtes Vereinsmitglied.

Da das Ziel, einen solchen außeruniversitären Ort der Wissensproduktion zu schaffen, grundsätzlich sehr zu begrüßen ist, fordern wir die Initiative Queer Nations vor dem Hintergrund der angeführten Kritik zu einer Stellungnahme auf. Für eine Unterstützung der Initiative durch das Netzwerk lesbisch-feministisch-queerer Forschung ist eine Veränderung des Namens und eine Revision der (patriotisch-)nationalistischen Programmatik sowie der integrationistischen Perspektive dringend erforderlich.

Im Sinne einer lebendigen politischen Kontroverse und angesichts der medialen Präsenz, die die Initiative für sich beansprucht, haben wir uns entschieden, mit unserer Kritik ebenfalls an die Öffentlichkeit zu gehen, sollte diese Revision nicht eintreten. Wir würden es begrüßen, wenn unsere Kritik sowie eventuell daraus resultierende Debatten auf der Website der Initiative veröffentlicht würden.

30. April 2006

Andrea Bettels, M.A. (Berlin/Greifswald); Susanne Bischoff (Bad Gandersheim); Ingeborg Boxhammer, M.A. (Bonn); Prof. Dr. Claudia Breger (Bloomington/USA); Dr. Gabriele Dennert (Nürnberg/Berlin); Dr. Antke Engel (Hamburg); Dr. Waltraud Ernst (Hildesheim); Dagmar Fink, M.A. (Wien); Dr. Natalia Gerodetti (Lausanne); PD Dr. Hanna Hacker (Wien); PD Dr. Sabine Hark (Berlin); Doris Hermanns (Utrecht/Amsterdam); Jennifer Jäckel, M.A. (Freiburg); Ulrike Janz (Bochum/Dortmund); Dr. Claudia Jarzebowski (Berlin); Anelis Kaiser (London/Basel); Elke Kasimir (Berlin); Katja Koblitz, M.A. (Berlin); Claudia Koltzenburg, M.A. (Hamburg); Sonya Kraus, M.A. (Helsinki/Berlin); Dr. Marina Krug (Berlin); Lena Laps (Bochum); Dr. Christiane Leidinger (Berlin); Renate Lorenz (Berlin); Kerstin Mächler, M.A. (Dresden); Dr. Madeleine Marti (Zürich); Dr. Gabriele Mietke (Berlin); Irene Mueller (Luzern); Dr. Katharina Pewny (Hamburg/Wien); Heike Raab (Frankfurt am Main); Franziska Rauchut, M.A. (Berlin); Dr. Heike Schader (Hamburg); Dr. Anita Winter (Erlangen); Dr. Gisela Wolf (Freiburg).

eMail-Kontakt zum lfq: admina@lesbisch-feministisch-queer.de

Allein unter Heten

Angry Queers oder Wunden gibt es immer wieder: Chou-Chou de Briquette (mit Brust-Toupet) und Petra Ebstein (mit Kette) beim vorzeitigen Verlassen des Berliner Tempodroms.

Foto: Molly Mc Clean

Unter kulturindustriellen Aspekten war die Veranstaltung prima, weil sie auf so wunderbar-komische Weise volksnah geriet. Zwar nicht annähernd so frequentiert wie das Konkurrenzevent mit Roland Kaiser, das ein Vielfaches von zahlungskräftigen Homoeroten und Heten anzog, aber immerhin großartig genug, um zu untermauern, daß Schwule, Lesben (und alles, was dazwischen liegt) genauso kulturelle Allesfresser sind, wie der Rest des heterodominierten Stalls: Am 6. Mai war die homosexuelle Subkultur aufgerufen, im „Tempodrom" (einem Musentempel der Hauptstadt, der wie der Bankenskandal untrennbar mit der Filzokratie der für Sozialraub verantwortlichen Regierungspartei SPD verbunden ist) das 25jährige Bestehen der Schwulenberatung Berlin zu bejubeln. Hatte diese sich in erlauchtem Kreise bereits zwei Monate zuvor nicht etwa in einer abgeranzten Szenelocation, sondern im ehemaligen Preußischen Landtag von zweifelhafter Politprominenz beschirmen lassen (vgl. Terminankündigung in *Gigi* 42, S. 4) und am Vortag der veröffentlichten Meinung demonstriert, „was Gabi Decker mit der Schwulenberatung Berlin und diese mit Biggy van Blond verbindet" (vgl. „Blöd am Donnerstag" in *Gigi* 43, S. 25), so durften schließlich auch weniger wichtige Partypeople die Jubilarin refinanzieren.

Hatte die einstmals emanzipatorische Beratungseinrichtung sich auf der Pressekonferenz am 9. März noch von Damendarsteller Alexander Schatzlmeier benutzen lassen, so überließ sie diesmal gänzlich die Bühne der kommerziellen Rampensau Olivia Jones aus Hamburg, die zielgruppenorientiert durchs schwulenpolitisch inhaltsfreie Showprogramm moderierte: banaler Jazz mit dem Heten-Trio Kommerell war das Vorspiel zur desaströsen Polla Disaster mit einem asynchronen Country-Playback auf „Dancing Queen" und ihrer peinlich-nationalistischen Hommage auf die Fußball-Weltmeisterschaft „Isch liebe Deutschland!" „Je mehr Alkohol Ihr trinkt, desto besser seh' ich aus", leitete die Jones zu ersten Turniertanzdarbietungen der ebenfalls nicht offen heterosexuellen Tanzschule „Pink Ballroom" über. Die gab – modisch schick und teuer – Standard und Latein in Herrschaftskleidung. „Da kann man mal sehen, was man aus seiner Veranlagung machen kann", warb die hochbezahlte Fummeltriene aus der feinen Hansestadt für Anmeldungen zum nächsten Tanzkurs.

Noch einmal Auftritt von Frau Disaster, das raumgreifende Playback eines Boy-George-Doubles des hauseigenen Animationsprogramms („Stars in concert") eines ortsansässigen Tagungshotels („Estrel") und dann der vermeintliche Höhepunkt: Der „Hauptstadtstrip" der nach eigenem Bekunden heterosexuellen „Wildecker Herzbuben"-Doubletten – „eine Nummer im Programm, für die man die Folklore-Schutzimpfung braucht", so der zutreffende Warnhinweis der Alstertranse. „Damit Ihr wie Heide Simonis nochmal in die Tanzschule geht", so Frau Jones in der Abmoderation, abermals Gesellschaftstanz vom Feinsten.

„Die haben ihr eigenes Jubiläum nicht ernst genommen", bilanzierte eine sichtlich indignierte Chou-Chou de Briquette in Begleitung von Petra Ebstein und Molly McClean. Statt anschließend für Umsatz zu sorgen, verließen die drei Szene-Größen angewidert diesen Ort des Grauens. Chou-Chou, die sich jahrelang gegen Mittelkürzungen des Senats am Etat der Beratungsstelle engagiert hatte, war nicht einmal eingeladen worden.

Ortwin Passon

Wächter-Preis für Malediva

Über ein paar politische Fragen an geschminkte Kleinkünstler, die auch weiterhin ungestellt bleiben werden. Von Ortwin Passon und Daniel Winter

Meine Mutter hat Hitler geküßt", säuselt es aus dem heimischen CD-Player eines am Rechtsruck der Homo-Szene gerade mal wieder verzweifelnden Kollegen – und läßt die *Gigi*-Redaktion aufmerken: Zwei androgyne Wesen, dem gleichgeschlechtlichen Verkehr vermutlich nicht abgeneigt, intonieren melancholische Chansons mit gesellschaftskritischen Texten auf einer lindgrünen Compactdisc unter dem vieldeutigen Titel „Malediva leuchtet"? Und das in einer Zeit, in der die kritischen Reste einer nahezu vollständig verstaatlichten Schwulenbewegung kein Licht mehr am Horizont erkennen? Was es alles gibt.

Es ist schon ihre dritte Silberscheibe; „Große Kundsd" in Lila und „Schaulaufen" in Türkis klangen ähnlich unangepaßt. Das zuständige Ressort wird hellhörig: Was für Persönlichkeiten verbergen sich hinter den weiß geschminkten Fassaden dieser Kulturschaffenden mit den blutroten Lippen? Als wäre Telepathie im Spiel, flattert eine freundliche Einladung ins Haus: April 2004, Premiere von „Heimatmeldie" in der „Bar jeder Vernunft"; das Berliner Publikum ist von den zwei Flüchtlingen aus der hessischen Provinz begeistert. Ein Interview? Fragen, die ihnen noch niemand gestellt hat, über Politik? Gern, aber nicht an diesem Abend. Wann dann? Der Tournee-Kalender ist nicht griffbereit. Kein Problem; der Presseheini hat 'ne Visitenkarte und freut sich auf den zugesagten Rückruf – vergeblich.

Die Karawane zog weiter: 35 Jahre Stonewall, Schwule in der Naziszene und Nazis in der Schwulenszene gelten als „normal". Fünf Jahre nach Abschaffung der Sittenwidrigkeit von Sexarbeit beginnt in Deutschland eine Berufsverbotsdebatte für Nutten, Stricher und Callboys, die existentielle Bedrohung von HIV-Positiven und an AIDS Erkrankten durch „Hartz IV" erlebt ihren Höhepunkt, allenfalls durch Parteinähe legitimierte Homoverbände mit Alleinvertretungsanspruch wollen lieber mitmachen und sich verpartnern als dagegen kämpfen und sich emanzipieren, die Parallelen zwischen „Kinderschänder"-Hysterie und Anti-Barebacker-Hetze werden von angepaßten Homos, wenn überhaupt, nicht als existentiell bedrohlich erkannt. Gern hätte *Gigi* hierzu die Diven Tetta Müller aus Kassel und Lo Malinke aus Frielendorf im Schwalm-Eder-Kreis befragt, als erneut geladen wird: zur Premiere ihres neuen Programms „Ab heute verliebt". Inzwischen jedoch sind Tetta Müller und Lo Malinke, die bürgerlich Philipp Müller und Mathias Marquardt heißen sollen, berühmt geworden. Deshalb kann man ihnen auch nicht mehr mal eben ein paar spontane Fragen mit der Möglichkeit des Nachhakens stellen, sondern muß diese über die Agentin Marion Wächter einreichen. Sie würden per Email beantwortet. Zudem begehrt die Wächterin, das Ergebnis, das sie wohl für ein Interview hält, vor Drucklegung zu autorisieren. Die Redaktionsleitung verzichtet unter Hinweis auf den erheblichen Unterschied zwischen Public Relations und Journalismus und erklärt mit Blick auf Einreichungs- und dreiste Autorisierungswünsche: „*Gigi* ist nicht das *Neue Deutschland* und es liegt uns fern, die Malediven den Erich Honecker geben zu lassen."

Ach so: Selbstverständlich erhielten die Malediven nicht den „Wächterpreis der Tagespresse" als „couragierte Reporter", die in „Wahrnehmung von staatsbürgerlichen Rechten" einen „Kampf um eine saubere Verwaltung aufnehmen", „Übergriffe der Bürokratie oder anderer Machtgruppen" recherchieren und dabei „ohne Rücksicht auf Namen und bestehende Verhältnisse ... Mißstände schonungslos aufdecken". Stattdessen teilten sie sich mit Rolf Miller (Kabarett), dem Orchester Bürger Kreitmeier (Chanson/Lied/Musik) und Rainald Grebe (Förderpreis der Stadt Mainz) den mit insgesamt 20.000 Euro dotierten Deutschen Kleinkunstpreis 2006. – Und warum? In einer auf Maximalprofit ausgerichteten Leistungsgesellschaft, in der Lieferanten der Ware Arbeitskraft nur störend wirken, wenn sie sich ihrer Bedürfnisse bewußt werden, verstehen es die Diven auf sanfte Art und Weise, ihnen vorübergehend Momente der Selbstreflexion zu gönnen: So kommt es, daß ihr Publikum an Stellen lacht, an denen ihm eigentlich der Charakter seiner widrigen Rahmenbedingungen vor Augen und Ohren geführt wird. Müller & Malinke schaffen es, das alltägliche Kleine im Großen auszudrücken.

Ganz lange kurze Filme gucken: Ob im nächtlichen Festivalclub, im täglichen Festivalcafé, im 35 ml-Club, in den vier Wettbewerben oder bei den drei Open-Air-Nächten – das 22. Internationale Kurzfilmfest in Hamburg ließ kaum Gelegenheiten und Wünsche offen. In der No Budget-Sektion gab's dank Coleman Millers *Uso Justo* (USA, 2005) Retrolook en masse: Viel Schwarz-Weiß und Material aus alten Filmen. Über weite Strecken handelt es sich um ein echtes Buddy-Movie – freilich ohne jemals die Grenze vom Homosozialen zum Homoerotischen zu überschreiten. Die Erlebnisse des Experimentalfilmers am fiktiven Ort vermitteln die Erkenntnis, daß Filmemachen durchaus subversiv sein kann.

Hingegen erschöpft sich das Visuelle in Michael Steinhausers Erstlingswerk *Mein Meister* (D, 2005) in der Spannung darauf, wer denn da redet und dann in der Erkenntnis, daß auch ein korpulenter, älterer Mann beim SM-Sex der dominante Part sein kann. Das Interessante an der Darstellung des Protagonisten sind die filmischen Leerstellen: Was passiert, außer dem spielerischen Akt der Unterwerfung und der Penetration durch einen jungen Mann, zwischen Dominierer und Kopulierer?

Capt (USA, 2005) von SSEWARD wird auch nicht explizit, bedient aber visuelle Codes, die auch ohne wirkliche Handlung auf eine schwule Cruising-Area schließen lassen: Man(n) kommt aus dem Licht und geht wieder ins Licht – eine Hymne. Der Streifen lief interessanterweise in gälischer Originalfassung mit griechischen Untertiteln, was wohl eher als ein politisches Statement zu werten ist denn als Vorenthaltung filmischer Zusatzinformation für den überwiegenden Teil des Publikums.

Die Dysfunktionalität von (Hetero-)Beziehungen seziert Maike Höhne in *Eine einfache Liebe* (D, 2005). Sie, die hervorragende, aus *Fremde Haut* bekannte Darstellerin Anneke Sarnau, weiß nicht recht, was fehlt, und er merkt es nicht. In Magdalena Pietas *Wszystko bedzie* (PL, 2005 – dt. „Alles wird sein") sind sich männliche Hotelbedienstete der Nachtschicht ihrer eigenen Kommunikationspotentiale offensichtlich nicht bewußt. Und so folgt der Plot dem üblichen Procerde bei tragischem Männerüberschuß – eine Frau, vier Männer.

Frau im Wald, Mann im Computer

Vier Wettbewerbssektionen bietet das Hamburger Festival: Internationaler Wettbewerb, No Budget-, deutscher sowie den Hamburger Wettbewerb. Aber es gibt noch den „Flotten Dreier", der eigens für das Festival erstellte, maximal dreiminütige Filme zu jeweils einem Thema präsentiert. Dieses Jahr übers Zittern.

Zittern vor der Tiefgarage

Wer noch immer denkt, Kurzfilme seien Ersatzhandlungen jener Filmschaffenden, die bloß (noch) keine Finanzierung für einen langen Film zusammenbekommen haben, der/dem seien die Worte der parteilosen Hambuger Kultursenatorin Karin von Welck ans Herz gelegt: „Der Kurzfilm fördert und fordert die Konzentration auf das Wesentliche und pointiert zentrale Aspekte. Diese Qualitäten machen ihn zu einer eigenständigen Kunstform." Warum diese auch beim 22. Internationalen Kurzfilmfestival in Hamburg wieder ganz oben in der Publikumsgunst rangierte und welcher aufklärerischen Tradition das vom 31. Mai bis zum 5. Juni abgehaltene Festival entstammt, verrät Ira Kormannshaus

Älterer Mann, korpulent, dominant, aber passiv: „Mein Meister" von Michael Steinhauser

Kyros Kikos schlägt in *Mandolinenfieber* (GR/CH/D 2006) elegant den Bogen von ABM-Reinigungskräften bis hin zu katernden Alkoholikern. In der Sektion „Made in Hamburg" war eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme ganz anderer Art zu sehen, vorgeschlagen von den Österreichern Roland Seidel und Achim Stiermann. Weder der Mann im Mond, noch der im Ohr: Der Mann im Computer hat in *Man OS 1/Extraordinateur* (A, 2001-2005) verdammt viel zu tun zwischen dem Hoch- und Runterfahren des Geräts. Der mit 1.500 Euro dotierte „No-Budget"-Publikumspreis war dem Film sicher.

Was mit Menschen passiert, die erfolgreich sind, aber nur noch für den Job leben, zeigt uns Andre Erkaus Film *37 ohne Zwiebeln* (D 2006). Der erfolgreiche Verkaufsleiter Lukas ist zu schnell, auch für sich selber. Kaum in eine Sitzung gegangen, ist er auch schon wieder draußen. Kaum lächelt ihn die Schönheit in der Kneipe an, findet er sich auch schon im Bett nach vollzogenem Sex wieder. Er will aber lieber bewußt leben und verliert also seinen Job, woraufhin er sich eben nur noch wenig leisten kann: 37 ohne Zwiebeln.

Um Wahrnehmung der Realität geht es auch in Maya Tibermans *Julot* (Israel, 2005), bei dem zwar die Murmel im Gully landet, aber die Umwelt sich auf recht ungewohnte Art in Bewegung setzt. Dafür gab's den „No-Budget"-Publikumspreis. Realität auf eine andere Ebene hebt der übrigens auch schon Anfang Mai bei den 52. Internationalen Kurzfilmtagen Oberhausen gezeigte Film *Knospen wollen explodieren* (D, 2005) von Petra Schröder. Ihr Musical (!) erzählt die klassische Geschichte neu, daß Frauenfreundschaften harten Belastungen ausgesetzt sind, wenn männliche Wesen in sie einfallen. Von der Hamburgischen Kulturstiftung gab es dafür den mit 1.500 Euro dotierten Hanse Short Jurypreis. „Petra Schröder arrangiert mit hohem handwerklichen Geschick Versatzstücke des Musicals, des Märchenfilms, der Coming-of-Age-Geschichte, des Revuefilms oder des Abenteuergenres und beweist ein sicheres Gespür für die Verschwisterung von Bühnen- und Filmräumen. Herausgekommen ist ein rasanter, bösartiger und herrlich hysterisch überdrehter Film von ungeheurem audiovisuellem Drive, der durch seine hervorragenden Dialoge, die leichthändige Schauspielführung, die treffsichere Musikverwendung und insbesondere durch seine wagemutige Ausstattung vor allem eines macht: großen Spaß", lobte die Jury.

Flaschendrehen statt Gendermainstreaming

In puncto Präsenz von Frauenfilmen war das „No-Budget"-Programm, wie das Festival insgesamt, eher unterdurchschnittlich ausgestattet. Auch das Programm „In the Teens. In Between?" erwies sich als deutlich jungslastig, etwa mit *Spin* (GB 2002) von Cath le Conteur, dem auch auf der vergangenen Berlinale gezeigten und eher mager ausgestatteten Flaschendreh-Film (vgl. „Kinder an die Macht", *Gigi* 42). Richtig spannend waren indes die Sonderprogramme. Zu erleben waren beispielsweise abendliche Stadtrundgänge, bei denen Filme auf verschiedene Außenflächen projiziert wurden, vom Obdachlosentreffpunkt Parkpavillion über die Außenwand eines Baumarktes bis hin zur Einfahrt einer Tiefgarage.

Das Festival bestätigte die aktuellen Trends im Kurzfilmgeschehen: In der Publikumsgunst rangiert das Genre weit oben, wovon die Besucherzahlen der Kurzfilmfestivals in Regensburg, Oberhausen oder Dresden zeugen. Vorstellungen mit „Kurzfilmrollen" erfreuen sich wachsender Beliebtheit, Kurzfilm-DVDs nicht minder. Eigentlich unverständlich, daß ausgerechnet der Kurzfilm, der laut Filmfördergesetz jedem mit öffentlichen Geldern geförderte Langfilm vorgeschaltet werden muß, so ungern als regulärer Vorfilm im Kino gezeigt wird.

Immerhin leistet das Festival nun schon seit Jahren hervorragende Aufklärungsarbeit in Sachen Kurzfilm. Um das zu verstehen, sei an die Geschichte des Hamburger Filmfests erinnert, das 1985 Namen und Programm nach als

Fotos: Orwin Passon; 22. Internationales Kurzfilmfestival Hamburg

„No-Budget-Festival“ an den Start ging. Veranstaltet wird es von der KurzFilm-Agentur (KFA), und die ist eine echte Erfolgsgeschichte. Vor zwanzig Jahren dachte wohl niemand daran, daß ein solches Festival einmal ein derart dauerhaftes Event werden könnte. Doch genau so kam es: Von Jahr zu Jahr trudelten von Kinos aus der gesamten Republik mehr Anfragen nach der Bereitstellung von in Hamburg gezeigten Filmen ein, eine Professionalisierung war unabdingbar. So gründete der damalige Festivalleiter Markus Schäfer die KFA und setzte sich mit seinem Ansinnen nach öffentlicher Förderung durch – unterstützt unter anderem vom heutigen Berlinale-Direktor Dieter Kosslick. Ende 1992, Christina Weiß, die spätere Bundes-Kulturstaatsministerin, war inzwischen Kultursenatorin in Hamburg geworden, gab es endlich die Zusage für eine regelmäßige Förderung. 1994 wurde das „No-Budget-Festival“ nicht nur in „Internationa-

Bei den Kurzfilmtagen Oberhausen wie beim Internationalen Kurzfilmfestival in Hamburg gleichermaßen erfolgreiches Märchen-Musical: „Knospen wollen explodieren“ von Petra Schröder

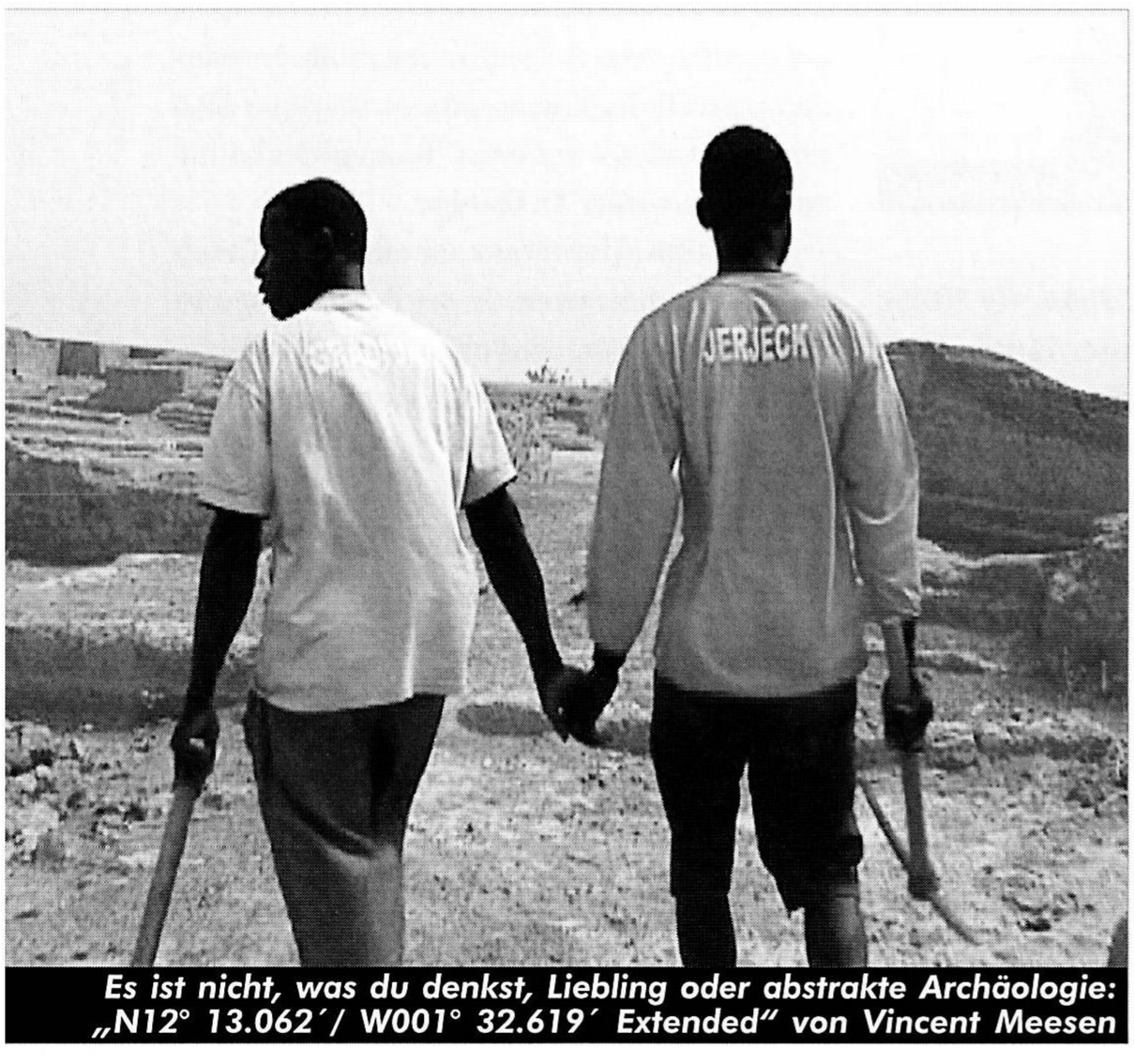
Little Things

Mit Aliens auf'm schwulen Straßenstrich beim 52. Kurzfilmfest in Oberhausen

Ein Fischmensch pinkelt einen See. Nußschalenboote mit Fabelwesen segeln darauf zum Horizont, dazu singt eine androgyne Stimme: „We sail in a ship and the timbers are weak/Through the storm clouds the rainbows, the rainbows we seek.“ Den tief melancholischen Song „Sleep with the fishes“ von den Tiger Lilies illustrierte Belle Mellors gleichnamige Zeichentrickanimation, die im Internationalen Wettbewerb der 52. Internationalen Kurzfilmtage Oberhausen als britischer Beitrag zu sehen war. Dutzende poetische Filme sollten zwischen dem 4. und 9. Mai folgen, formschön annonciert vom diesjährigen Festivaltrailer. Ein auf dem Bett liegender junger Mann starrt nachdenklich an die Decke, während aus dem Off Muttis Stimme dröhnt: „It is not your intelligence that's in question!“ Hoppla, was ist hier geschehen? An wen denkt der junge Mann gerade so sehnsüchtig? Warum ist das Bett so zerwühlt? Und welche Musik rieselt durch die Kopfhörer in seine Ohren – die Tiger Lillies etwa mit ihren zwittrigen Songs?

Bei den schnarchigen Abschlußbeiträgen der heimischen Filmhochschulen darf man auf die Beantwortung derart kniffliger Fragen schon mal nicht hoffen, bei diesen scheint ohnehin jede Hoffnung auf gesellschaftlichen Aufbruch verloren. Unter mühsamer Umgehung des Begriffs Gleichschaltung begründete Carsten Spicher, Kurator des Deutschen Wettbewerbs, dies so: An den großen deutschen Filmhochschulen finde „eine Art von Normierung“ statt, die man „nicht wirklich begrüßen“ könne. Muß man ja auch gar nicht. Gerade Oberhausen hat immer wieder bewiesen, daß einschlägige Videoschätze oft abseits schicker Strandpromenaden an Festivalufer gespült werden, so in Oberhausen beim Rennen um den Mu(sic)Vi(deo)-Award für das, sagen wir, schönste vom Musikfernsehen verschmähte Musikvideo. Das Genre hat das Musikfernsehen nicht nur überlebt, sondern eine beachtliche Formen- und Themenvielfalt hervorgebracht. Wie aus einem fernen Universum schwirrte beispielsweise Ben Dickinsons Musikvideo *Give me every little thing* ins Festival: Ein Freier auf dem schwulen Straßenstrich gerät beim Auto-Cruising „in eine Art Space-Nebel“, weiß der Katalog, in dem lustige Außerirdische – im Donna-Summer-Glimmer-Fummel! – herumtanzen und „im 70er-Jahre-Interior Versuche mit Cybersex anstellen“. Indes: Die Cybersex-Versuche laufen recht unverblümt auf eine Heterosexualisierung der beiden Unterhosen-Cowboys hinaus, was spätestens klar wird, als die üblichen Gogogirls vorgelassen werden. Ein ironischer bis garstiger Kommentar auf den Vormarsch christlicher Fundamentalisten in den Vereinigten Staaten und ihre Politik der Zwangsheterosexualisierung?

Ebenfalls außerhalb des Wettbewerbs lief der türkische Beitrag *Kardesler* (dt. „Brüder“). Zwei Männer „beim intimen Bettgespräch“ (Katalog) spielen mit der Vorstellung, Brüder zu werden. Mehr ist unter Bedingungen der Repression wohl auch nicht möglich, wie man bereits aus über zweihundert Jahren Schwulenliteratur weiß. Kein Oberhausener Gewinner in diesem Jahr beim jungen deutschen Homofilm. Jan Krügers *Tango Apassionado* im deutschen Wettbewerb reiste ohne Preis wieder ab. Zwei Männer, eine kaputte Beziehung. Jetzt wird abgerechnet. Auch der schwule Filmemacher Jochen Hick ging leer aus. Beim kürzlichen Papst-Besuch in Köln hielt er einfach mal die Kamera aufs Grüppchen wackerer LSVD-Kämpfer um Volker Beck und CSD-Organisator Markus Danuser. Kloppe für



Es ist nicht, was du denkst, Liebling oder abstrakte Archäologie: „N12° 13.062´/ W001° 32.619´ Extended“ von Vincent Meesen

les Kurzfilmfestival Hamburg" umbenannt, es wurde auch ein Verleih gegründet, der liebevoll jeden einzelnen Film mit einem eigens angefertigten Plakat und einem Datenblatt ausstattet – diese Ehre wird heute nur noch Kurzfilmrollen zuteil.

Medienpädagogik futsch, Arbeitswelt tot

Der Verleih arbeitet kostendeckend, beantragt allerdings Projektförderung für die Herausgabe von Kurzfilmrollen. Für die Kinos im Lande erweist sich das Verleihsystem als nützlicher Service: Erhalten sie doch jede Woche einen neuen Vorfilm. Kinos in der Republik ziehen jährlich zwischen 700.000 und 900.000 ZuschauerInnen mit Kurzfilmprogrammen der KFA an. Außerdem sind diese, zumindest an der Alster, auch in den öffentlichen Büchereien entleihbar.

Die Agentur verfügt, neben 17 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, sogar über ein eigenes kleines Kino mit 25 Plätzen. Mitunter wird es an Produktionsfirmen vermietet, die dort ihre Filmmuster ansehen. Die Agentur kümmert sich jedoch nicht nur um Festival, Verleih und die Verbindung zwischen Kurzfilm und Spielfilm, sie ist umfassend aktiv auch in der Nachwuchsarbeit. 1999 wurden die bisherigen Sonderprogramme mit Kinderfilmen zum eigenständigen Kinder-Kurzfilmfestival „Mo & Friese", das etwas früher als das Kurzfilmfestival startet. Eine löbliche Initiative, denn in Schulen passiert in Sachen Medienerziehung im allgemeinen nicht sonderlich viel.

Zwar gibt es quasi als Ersatz für das bisherige „Institut für Kino und Filmkultur" in Köln, die „Vision Kino", eine Projektgruppe bestehend aus der AG Kino, dem Verleiherverband, dem Bundeskulturministerium und der Filmförderanstalt. Doch das Kölner Institut veranstaltete regelmäßig Schulkinowochen, „Vision Kino" befaßt sich ausschließlich mit dem Kino*besuch* – und damit weder mit praktischer Filmarbeit in Schulen, noch mit Filmtheorie oder gar dem Einsatz von Filmen im Unterricht. Letzterer findet im Grunde nicht mehr statt, da die Landesmedienzentralen weitgehend abgeschafft sind. „Vision Kino" soll also SchülerInnen ins Kino bringen, geht aber mit Kurzfilm nicht um. LehrerInnen sind eher daran interessiert, Filme im Unterricht zu zeigen als ins Kino zu gehen, denn angesichts der PISA-Manie müssen ausgefallene Unterrichtstunden (und der Kinobesuch zählt formal als solche!) nachgeholt werden. LehrerInnen haben aber in der Regel kein Budget, Filme zur Vorführung im Unterricht auszuleihen. Genau da setzt das neue Projekt der KFA an: „KurzFilmSchule" schickt FilmemacherInnen und KunststudentInnen in die Schulen. Zunächst um Kurzfilme anzusehen, und dann um solche Filme selber zu machen. Die Idee ist, daß optimalerweise LehrerInnen fachübergreifend mitmachen – etwa im Deutsch- und Musikunterricht.

Last, but not least: Beauftragt von der Kulturstiftung des Bundes betreut die KFA derzeit „einen Kurzfilm-Wettbewerb zur Frage, wie sich unsere Lebensverhältnisse durch den Wandel der Arbeit verändern und welche Vorstellung wir von Arbeit in der Zukunft haben" (KFA-Website). Anlaß dafür ist „Arbeit in Zukunft", der neue Schwerpunkt der Bundeskulturstiftung. Elf Filmprojekte zum Thema Arbeit werden von einer Fachjury ausgewählt und anschließend finanziert. Die Ausschreibung richtet sich an Film- und Videokünstler und an Studierende der Film-, Medien- und Kunsthochschulen in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Konzepte konnten bis zum 10. Mai eingereicht werden. Abgabeschluß für die fertigen Filme ist am 30. November.

Detailliertere Informationen zur KurzFilmAgentur Hamburg gibt es unter www.shortfilm.com

Beck gab's glücklicherweise keine, dafür viel queeren Schmähgesang in Richtung Gottesanbeter: „Ihr alle habt gefickt!". Fehlalarm auch im Internationalen Wettbewerb: Das händchenhaltend durch die Wüste schlendernde Männerpaar in Vincent Meesens Neunminüter *N12° 13.062′/ W001° 32.619′ Extended* signalisierte keinesfalls eine Story um Homosexualität in Afrika. Vielmehr lobte die Oberhausener Jury die „bewegende Darstellung von Archäologie als abstraktem, negativem Raum" und die „elegante Behandlung von Strategien von Raum und Zeit" – Großer Preis der Stat Oberhausen. Im Kinderkino ging der vom ARD/ZDF-Kinderkanal gestiftete Preis wieder einmal an den Beitrag, der sich am ehrlichsten Liebe und Sexualität widmete. „Wir haben den Film als besten Film ausgewählt, weil er besonders lustig und von Anfang an spannend und interessant ist. In dem Film geht es um einen Jungen, der ein peinliches Teenagerproblem hat". Die Vorhautverengung beim 17jährigen Bjørn wird schnell zum Topthema ehrlich besorgter Familienmitglieder. „Wir finden es gut, daß man aus so einem ernsten Thema eine Komödie machen kann. Außerdem ist die Geschichte echt (gemeint ist: wirklich – *Gigi*) passiert", befand die Kinder- und Jugendjury über Rune Schjøtts dänischen Beitrag *Pandassyndromet* (dt. „Die Phimose"). Leider keinen Preis erhielt die süße schwedische Zeichenanimation *Ballerinagrodan* (dt. „Die Froschballerina") von Anna Hansson und Staffan Erlandsson: Ein dicker Frosch sitzt im rosa Ballettkleid im Wald, er möchte Ballerina werden. Wird er beim Casting eine Chance haben? Das lesbische Coming out einer „aufgewühlten Teenagerin in einer Phase emotionalen Durcheinanders" (Katalog) gerade noch verhindern konnte der polnische Streifen *Przytul mnie* (dt. „Nimm mich in den Arm") von Hye Jee Kim. Die für die vielen üblen Versuche sexueller Normierung offenbar recht sensible Kinderjury strafte den Beitrag mit Nichtbeachtung. – Little Things.

DIRK RUDER

Fotos: Internationale Kurzfilmtage Oberhausen

Georgette und ihre Freier

Nicht nur der Erfolg dürfte ihr auf dem Höhepunkt ihrer Karriere vor gut zehn Jahren zu Kopf gestiegen sein: „Mystisch – Klassisch – Muschjisch" (1995): Das waren noch Zeiten, als Georgette Dee in Piano-Begleitung Terry Trucks auf Kleinkunstbühnen eine Diseuse gab, die sich an den Rand des Komas soff. Eines Tags sagte das Pommernkind dem Vernehmen oder der Legende nach Metropole und Pianist adé. Doch selbst auf dem Lande fallen Lebenshaltungskosten an. So kam es womöglich zu dem Versuch eines Comebacks.
Mehrere hundert kulturell Ausgehungerte versumpften am 20. Mai gemeinsam mit einem Kontrabaß- und einem Akkordeonspieler im geistigen Labyrhint der singenden Kampftrinkerin. Ort des Geschehens: Das Tipi-Zelt am Kanzleramt. Thema: Wiederaufnahme des Programms „Neben mir: Ich – wie nett!" Dauer der Darbietung: zu lang. Schon nach dem ersten Stück, der Marlene-Dietrich-Reminiszenz „Wenn ich mir was wünschen dürfte": Wortfindungsstörungen. Und danach: drei Stunden verzweifeltes Ringen um klare Aphorismen. Das Publikum: dankbar. Die Künstlerin auch: Eine nicht enden wollende Zugabe nicht nur für ihre Busenfreundin „aus besserem Hause, Waltraud", sondern „auch für Klaus". Nachname: Wowereit, quasi in persona das am selben Tag verabschiedete Wahlprogramm der Hauptstadt-SPD für die Abgeordnetenhauswahl im September an einem Tisch der höchsten Preiskategorie. Kritische Texte der Dee brauchte Klaus nach diesem anstrengenden Tag nicht zu fürchten. Und wenn er sich nicht um die Verwaltung der von seiner Partei mit herbeigeführten Schulden-Milliarden kümmert, versucht er sich nebenbei auch noch als ehrenwerte Figur des öffentlichen Lebens: Als Schirmherr einer Anti-Sexarbeit-Kampagne von Ban Ying e.V., so die aktuelle Ausgabe der Prostituierten-Zeitung *La Muchacha*, empfahl er sich ebenso als „verantwortlicher Freier", der auf Sex mit „Zwangsprostituierten" verzichtet, wie seine Parteigenossen Harald Wolf (PDS-Frauensenator) und Ehrhart Körting (SPD-Innensenator).
Alles in allem war's wohl ein unterhaltsamer Abend: Mit Alkohol und Nikotin raffte sie das Publikum dahin; eine gelungene Mischung aus Ernst und Komik. Auch ihre Patzer bekam sie so gekonnt in den Griff, daß man denken konnte, sie seien gewollt gewesen und gehörten dazu. Eine aus Sicht mancher Anwesender gelungene Show mit gewissem Charme und Humor.

ORTWIN PASSON/HANS SIKORA

Anzeige

Silvia Night

Grand Prix (1)

„Der Grand Prix ist tot", resümiert Peter Rehberg in der Juni-Ausgabe der Berliner *Siegessäule* den Eurovision Song Contest vom 20. Mai. Zumindest für Schwule sei er gestorben. „Was wir an diesem Abend miterleben mußten, war die Heterosexualisierung des Grand Prix."

Das mag stimmen. Die kompositorisch (*Does Your Mother Know*, optisch (*Waterloo*) und gesanglich (Sandra Oxenryd für Estland) beste diesjährige ABBA-Reverenz scheiterte im Halbfinale so unverdient wie die schlechteste (Nonstop aus Portugal) verdientermaßen. Aber Gemach: Auf Platz 2 landete eine russische One-Boy-Group und auf *queer.de* deren reichlich schwule Akt-Serie. Stimm-, Show- und Outfit-Katastrophen (Malta, Schweiz, Frankreich, Monaco, Irland, Mazedonien, Bulgarien, Zypern, Armenien, Türkei, Polen, Israel und Schweden!) regten den Tuntenbiß an. Für das Halbfinal-Aus Albaniens, Andorras (solide Titel, sichere Stimmen) und der schrillen Isländerin Silvia Night schließlich wurde das schwule Gemüt mit bosnisch-herzegovinischer Top-Qualität (3. Platz) entschädigt. Eine Doppel-CD tröstet uns geschundene Seelchen, mehrfach und genauer gehört, über all den Trash zudem mit einigen Perlen hinweg. Auch einer sehr hübschen aus Deutschland, übrigens. *Eike Stedefeldt*

Eurovision Song Contest Athen 2006. Doppel-CD (37 Tracks), edel records, 17,95 Euro

Cohn-Bendit in Samoa

Aus der wissenschaftlichen Literatur ist das Phänomen vertraut: Der Untertitel verrät mehr über den Inhalt als der weit ausgreifende Obertitel. So auch bei Friedrich Kröhnkes neuem Buch: Samoa oder Ein Mann von fünfzig Jahren. Zwar ist Samoa Ort der Handlung, doch Handlung ist fast zuviel gesagt. Land und einige Leute erstehen in kleinen Vignetten, und selbstverständlich lernt man einiges übers soziale Zwischengeschlecht der Fa'afafine, doch das ist alles nur der Hintergrund, vor dem das erzählende Ich von dem Dauer-Zwiegespräch mit einem bebrillten „Eierkopf" („eher klein, eher dick") erzählt: „Seine Körperhaltung war etwas ungesund, Sport hatte er vermutlich nie getrieben. In gewissem Maß sah er aus wie ein Gymnasiallehrer, aber auch wieder nicht, weil seine Körpersprache eigentümlich war, komisch genau genommen, kauzig, wie jemand, dem die Kontrolle durch welche Gemeinschaft auch immer fehlt."

Die beiden Herren sind unschwer als Spiegelungen des Autor-Ich Friedrich Kröhnke zu erkennen. Insbesondere was der Eierkopf Pirna von seinem Leben und Schreiben erzählt, läßt viel Original-Kröhnke erkennen. Seinem Schriftstellerkollegen Michael Sollorz ist das Buch (*hinnerk* 6/06) denn auch zu sehr „Lebensbetrachtung" und zu wenig Roman. Doch gerade das macht es für *Gigi*-Leser interessant.

Pirna war in seiner Jugend ein „idealer knäbischer Leser", schwärmte für Robert Louis Stevenson, auf dessen Spuren der 50-Jährige in Samoa wandelt (das Buch schmückt ein Bild aus dem Film „Die Schatzinsel" von 1971 mit Orson Welles als Long John Silver und Kim Burfield als Jim Hawkins). Sein literarisches Vorbild ist der Anarchist und Jungenliebhaber John Henry Mackay, der als „Sagitta" „Plädoyers für die Knabenliebe" schrieb. „Warum sollte mir nicht so viel, so wenig gelingen wie John Henry Mackay?" Dieser Pirna ist „nämlich auch einer. Ein Jünglingsliebhaber. Ein Päderast." Und er hat davon in vielen Büchern geschrieben, erst in einem „randständigen" Verlag (vulgo: Verlag rosa Winkel, Berlin), später dann in einem „respektablen Literaturverlag" (Amman, Zürich), wenn auch in romanhafter Verfremdung: „Ich war in diesen Jahren nicht nur ein Päderast, der, wie Ludwig Renn in seinen freien Stunden, im 'Urlaub' und womöglich im Ausland, oder wie der Sultan von Oman in äußerster Diskretion, jedenfalls im Zwielicht, seinem Geschäft nachgegangen wäre, der Lust an Knaben. Ich war vielmehr – schlagt euch auf die Schenkel! – so doof, auch noch darüber zu schreiben."

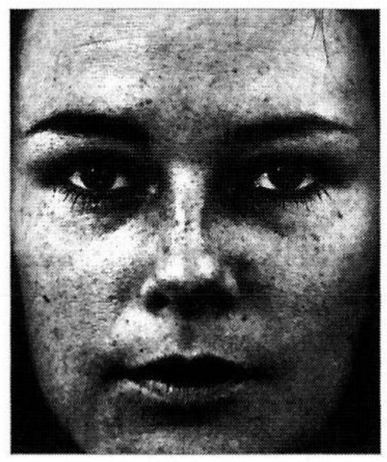
Im Rückblick findet der Autor „von fünfzig Jahren" immer wieder überraschend deutliche und gar nicht literarisch verfremdete Worte, wenn er seine Gegenwart mit der euphorisch-optimistischen Aufbruchstimmung der 1970er Jahre vergleicht, als A. S. Neill mit seinem Internat Summerhill ein Vorbild war, in Berliner Kinderläden auch sexuell experimentiert werden konnte und Aufklärungsbücher wie Günter Amendts „Sexfront" oder Will McBrides „Zeig mal!" „zuvörderst" von Erwachsenen gelesen wurden. Die „Grüne Partei" als politisches Sammelbecken war „geprägt und beschickt ... von ökologischen Gruppen, von feministischen, schwulen, lesbischen Gruppen, und, wie es nicht anders sein konnte, eben auch von den Kinderbefreiungs- und Kindersex- und Pädophilen-Initiativen".

Und heute (wie schon seit Jahren): Auch „ruhige Zeitungen wie mein *Tagesspiegel*" berichten immer öfter von einem neu aufgespürten Feind: „Der Feind der gesamten Menscheit war eine Personengruppe geworden, die Kinderschänder geheißen wurde ... Vom Mißbrauch siebzehnjähriger Kinder war die Rede, und über Fotos und Zeichnungen, die ich mir vor Jahren am Kiosk gekauft hatte, hieß es, sie zeigten unvorstellbare Sexperversionen in abscheulichen Stellungen. Junge Burschen mit Erektionen waren es."

So eine Erektion läßt sich trefflich instrumentalisieren, etwa gegen Politiker. Das trifft auch schon mal einen früheren „Studentenführer" und heutigen „Europapolitiker der Grünen Partei", dessen Name zur Kapitelüberschrift wird: „Daniel Cohn-Bendit: auch er hatte irgendwelche Äußerungen kindlicher Neugier oder Zärtlichkeit beobachtet, zugelassen, protokolliert. Sein Interesse, sein irgendwie Berührtsein-Davon nicht völlig verheimlicht. Jeder wußte: daß er mal ein paar Wochen Kinder betreut und dabei vielleicht eine Erektion gesehen oder bekommen hat oder wie auch immer, war im Leben dieses Mannes, der ein Buch über den Anarchismus veröffentlicht, Barrikaden gebaut und im Frankfurter Stadtrat gesessen hat und für 'Multikulti' zuständig war, die kleinste Episode, das Randständigste, das nur denkbar war. Es reichte aber aus, daß er nun in Zeitungen Kinderschänder wurde." *Wolfram Setz*

Friedrich Kröhnke: Samoa oder Ein Mann von fünfzig Jahren. Roman, Rimbaud Verlag, Aachen 2006, 168 S., 18,00 Euro

Grand Prix (2)



Anni-Frid Lyngstad

Wie meinte der links erwähnte *Siegessäulen*-Autor: Was sich da mit dem Sieg der finnischen „Monsterrocker" Lordi beim Athener Grand Prix abgespielt habe, „sei eine öffentliche Schändung von ABBA und Céline Dion gewesen", habe man erregte Homosexuelle nach der Sendung schreien hören. Linderung verschafft der Spezies ein zum Boulevardverlag gereiftes Haus: *A Tribute To Frida* heißt das Bilderbuch des Fotografenpaars Philippe Elan und Jean-Marie Potiez. Seit 1976 sind sie „verzaubert" – von „dieser mysteriösen, betörenden und großherzigen Diva" mit der „Extravaganz einer Maureen O'Hara, der Fragilität und Schwermut einer Romy Schneider", die in Stimme, Optik und Vita („geheimnisvoll wie Marlene Dietrich"!) stets spannender war als ABBA-Kollegin Agnetha Fältskog. Daß sie immer einen Tick neben der Musik tanzte, sieht man auf den Fotos ja nicht, lernt aber viel über Starkult, Mode, das würdige Altern sowie die Kraft des Make-ups in einem mit schöner Haut wahrlich nicht gesegneten Gesicht. Sich ungeschminkt zeigen zu lassen, ist ein Coming-out im Großformat, das Frau Anni-Frid Lyngstad selbstbewußt vom Weltstar Frida emanzipiert. *Eike Stedefeldt*

Philippe Elan und Jean-Marie Potiez: A Tribute To Frida. Schwarzkopf & Schwarzkopf, Berlin 2006, 156 S., 29,90 Euro

Grand Prix (3)

Kennen Sie Svenne und Lotta? Das schwedische Schlagerpärchen wäre in den 70ern mindestens so berühmt geworden wie hierzulande Cindy und Bert, hätten nicht Björn Andersson und Björn Ulvaeus andere Pläne gehabt und den beiden 1971 den Laufpaß gegeben. „Benny und Björn sagten: 'Jetzt könnt ihr endliche Svenne und Lotta werden und euer eigenes Duo machen. Ihr braucht uns ja sowieso nicht, blablabla'. Das war eine bittere Pille, die wir schlucken mußten, weil die Zusammenarbeit eigentlich gerade verdammt gut lief."

Zu lesen ist Svenne Hellunds Klage in einem 400-Seiten-Schmöker, in dem alles steht, was passierte, nachdem er und Lotta in der Versenkung verschwunden waren: Benny und Björn schnappten sich Agnetha und Anni-Frid, heirateten und eroberten gemeinsam das internationale Pop-Business (vgl. „Schweden in Alufolie", *Gigi* Nr. 32). Was über die Stockholmer Erfolgsstory noch unbekannt war, enthüllen nun Frédéric Tonton und Marisa Garau. Ein „seriöses Buch über ABBA" mit „vielen Enthüllungen" annonciert das niederländische Autorenduo, das sich laut Verlag in den letzten Jahren „zu den tonangebenden Stimmen im Entertainment-Journalismus entwickelt" habe. Entertainment-Journalismus ist, wenn im Vorwort steht, man werde im Werk „keine Gerüchte und keinen Klatsch finden" – und das Buch dann genau davon wimmelt. Denn Tonton und Garau veröffentlichen „regelmäßig Neuigkeiten über ABBA in verschiedenen europäischen Publikumszeitschriften und Magazinen", weshalb man ihnen die ehrliche Empörung abnimmt, wenn die ABBA-Rentnerin Agnetha morgens um neun nicht bühnentauglich geschminkt und aufgebrezelt im Dorfsupermarkt erscheint. Spannender als Enthüllungen über Steuerhinterziehung und heimliche Liebschaften ist immerhin die Story, wie ABBA den Kommunismus in Schweden verhinderte. Die 70er Jahre in Schweden waren nämlich, so ABBA-Soundmixer Michael B. Tretow, „richtig finster. Hier gab es damals einen ganzen Haufen gestörter Kommunisten, mit denen ich auch noch ständig zusammenarbeiten mußte. Bei ABBA konnte ich richtig aufatmen. Die anderen Idioten waren alle total unmusikalisch. Die wollten überall nur ihren Klassenkampf durchziehen. Alles mußte politisch sein. Ich war stolz darauf, daß mir das am Arsch vorbeiging ... Die letzten Reste des Kommunismus verschwanden mit dem Fall der Berliner Mauer endgültig von der Bildfläche. Das war der schönste Moment in meinem Leben."

Politisch und klassenkämpferisch war das Schweden-Quartett nie, weshalb die Welt nach dem Fall von ABBA auch wieder so schrecklich zwischen oben und unten geteilt wurde. *Dirk Ruder*

Frédéric Tonton und Marisa Garau: ABBA – Ihre ganze Geschichte. Schwarzkopf & Schwarzkopf, Berlin 2005, 400 S., 29,90 Euro

Wilde Mischung

Seit einigen Jahren erscheinen im Tübinger Konkursbuchverlag außer einem „Heimlichen" auch ein „Lesbisches" und ein „Schwules Auge". Alle versuchen sie, in Form der Anthologie die Sicht auf Sexualität zu personalisieren und einen öffentlichen Raum jenseits industriell erzeugter Pornographie zu schaffen. Im „Lesbischen Auge" gibt es zudem einen regelmäßigen Überblick über die Berliner Sexszene. Derzeit entsteht dort, laut Macherinnen, ein „künstlerischer Frauenporno".

Das „Auge" vereint auf unterhaltsame Weise Aufzeichnungen, Photographien, Malerei und Grafik; leider werden geneigte Leserinnen (und sicher auch Leser) ohne jegliche Orientierungshilfe in Form einer Inhaltsangabe durch den Text- und Bilderdschungel geschickt. Auch die aktuelle fünfte Ausgabe bietet – wie alle bisher vorangegangenen – Einblicke in eine mehrere Generationen übergreifende Erforschung modernen lesbischen Lebens in Mitteleuropa.

Das Ganze liest sich wie eine wilde Mischung aus intimen Bekenntnissen, humorvollen bis skurrilen Selbstdarstellungen und ideologischer Sinndeutung. Dabei steht außer dem erotischen Aspekt vor allem die Suche nach Liebe, Gemeinschaft und dem Wunsch nach Alltagsintegration des Lesbisch-Seins im Zentrum, wobei die klassischen Beziehungskonstellationen mehr oder weniger kritisch hinterfragt werden. Thema Nummer eins ist nach wie vor die „große" Liebe. Daß dabei ausgerechnet eine der beiden Herausgeberinnen dafür plädiert, Mehrfachbeziehungen vertraglich abzusichern, mag schlechten Erfahrungen entspringen, klingt gerade diesem Kontext nicht gerade ermutigend. Geht es bei der lesbischen Polygamie nicht vielmehr darum, neben dem lesbischen Blick auch das lesbische Herz zu erweitern? *Lizzie Pricken*

Mein lesbisches Auge. Das Jahrbuch der Erotik XXIa, Konkursbuchverlag, Tübingen 2006, 288 S., 15,00 Euro

Fotos: Sivia Night Promition; Verlag Schwarzkopf & Schwarzkopf

Mitteilungen des whk

Am 31. Mai 2006 verkündete der 15. Zivilsenat des Oberlandesgerichts (OLG) Düsseldorf in einem Berufungsverfahren das Urteil in einem Rechtsstreit des Münsteraner CareChild e.V., vertreten durch den Vorstandsvorsitzenden Gabriel Gawlik, gegen den Förderverein des whk e.V. (Beklagte 1) sowie den medienrechtlich Verantwortlichen der whk-Website, Eike Stedefeldt (Beklagte 2). Die Berufung galt dem Urteil der 12. Zivilkammer des Landgerichts Düsseldorf vom 9. November 2005, das den CareChild e.V. ins Recht gesetzt hatte. Das OLG änderte dieses jedoch in allen Punkten zugunsten des whk ab: „Die Klage wird abgewiesen. Der Kläger hat die Kosten des Rechtsstreits zu tragen. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar." Nachstehend dokumentieren wir die Begründung des Senats; das gesamte Urteil (Az: I-15 U 216/05; 12 O 504/04) ist unter www.whk.de zu finden. Zu den Hintergründen der Auseiandersetzung verweisen wir aus Platzgründen auf das Editorial dieser *Gigi*-Ausgabe.

Gründe:

I.

Der Kläger begehrt von den Beklagten die Unterlassung von Äußerungen, die der Beklagte zu 1. auf seiner Website gemacht hat, für deren Inhalt der Beklagte zu 2. verantwortlich ist.
Wegen der tatsächlichen Feststellungen erster Instanz wird auf den Tatbestand des angefochtenen Urteils Bezug genommen.
Das Landgericht hat der Klage mit der Begründung stattgegeben, bei den Äußerungen handele es sich um Schmähkritik. Bei der Bezeichnung als „dubiose Kinderschützersekte" handele es sich um ein Werturteil, das den Kläger in seiner Ehre verletze und seinen Ruf schädige. Die Textpassage zeichne ein negatives Bild des Klägers, welches durch die Verbindung der einzelnen Wortbestandteile und das Hinzufügen der Anführungsstriche bei „Kinderschützer" dergestalt verstärkt werde, dass sich die Äußerung in einer bloßen Herabsetzung des Klägers erschöpfe. Eine Ehrverletzung liege auch insofern vor, als die Beklagten den Kläger als „rechte Gruppierung" bezeichnen und mit den Worten „nach dem Vorbild rechter Gruppierungen" in die Nähe solcher Gruppierungen rückten. Da der Kläger zugleich als dubiose Kinderschützersekte bezeichnet werde, führe dies bei durchschnittlichen Lesern zu Assoziationen dergestalt, dass der Kläger eine neonazistisch oder faschistisch ausgerichtete Gruppierung sei, die sich unter Umständen auch unerlaubter Methoden bei der Durchsetzung ihrer Ziele bediene. Dabei handele es sich um einen pauschalen Vorwurf, der sich aus der plakativen Aussage über die Praxis des Klägers, schwarze Listen zu veröffentlichen, keineswegs erschließe. Ein Bezug der Äußerung zu einer Meinungsauseinandersetzung sei nicht mehr zu erkennen. Die Beklagten beriefen sich insbesondere nicht darauf, dass der Kontext der angegriffenen Äußerung weitere Äußerungen enthalte, welche die angegriffenen Vorwürfe belegten oder nachvollziehbar machen könnten. Der Äußerung werde der Charakter einer Schmähkritik auch nicht dadurch genommen, dass der Vorsitzende des Klägers in einem Internetdiskussionsforum gegenüber einem Diskussionsteilnehmer geäußert habe, dieser dürfe seine Methoden durchaus als sektiererisch bezeichnen.
Hiergegen richtet sich die form- und fristgerecht eingelegte Berufung der Beklagten, mit der sie die Klageabweisung weiterverfolgen. Die Beklagten sind der Ansicht, das Landgericht habe keine eindeutige Abgrenzung zwischen Tatsachenbehauptung und Meinungsäußerung vorgenommen, weil es im Urteilstenor die Äußerungen fälschlich als Tatsachenbehauptungen werte, in den Entscheidungsgründen zutreffend als Meinungsäußerungen. Es habe verkannt, dass eine Schmähung nicht bereits wegen der herabsetzenden Wirkung einer Äußerung vorliege und ohne nähere Begründung den tatsachenwidrigen Schluss gezogen, dass es ihnen, den Beklagten, in erster Linie um eine Diffamierung des Klägers gegangen sei. Es habe versäumt, den Anlass und Kontext der Äußerungen zu berücksichtigen, die im Rahmen einer politischen und rechtlichen Auseinandersetzung gefallen seien. Dass es ihnen um eine öffentliche Auseinandersetzung im Bereich der Sexualpolitik gegangen sei, ergebe sich schon aus dem textlichen Bezug zu dem von dem Kläger mit in Gang gesetzten öffentlichen Prüfverfahren. Dass zwischen den Parteien eine politisch relevante Sachauseinandersetzung stattgefunden habe, ergebe sich auch daraus, dass der Vorstandsvorsitzende des Klägers gegenüber dem Beklagten zu 2. am 05. März 2004 eine strafbewehrte Unterlassungserklärung habe abgeben müssen. Das Landgericht habe auch ihren Vortrag in der Klageerwiderung S. 4 f und die eingereichte Dokumentation nicht im Ansatz zur Kenntnis genommen. Der Kläger habe auch durch sein eigenes Verhalten Anlass zu ihren abwertenden Werturteilen gegeben, weswegen ihr ein Recht auf Gegenschlag zuzubilligen sei. Das Landgericht sei bei seiner Würdigung über eine rechtlich zulässige Auslegung hinausgegangen, weil es keinerlei Anhaltspunkte für die Annahme gehabt habe, die Beklagten hätten sinngemäß behauptet, der Kläger handele bewusst nach neonazistischen oder faschistischen Prinzipien.
Der Kläger bezieht sich auf das angefochtene Urteil. Er behauptet, es sei dem Beklagten bei seiner Äußerung nur um das Austragen einer Privatfehde und um die Diffamierung des Klägers gegangen.

II.

Die Berufung ist zulässig und begründet.

1.

Der Kläger kann von den Beklagten nicht die Unterlassung der streitgegenständlichen Äußerungen verlangen, weil es sich hierbei um Meinungsäußerungen handelt, die die Grenze zur Schmähkritik nicht überschreiten und deswegen von dem Recht der freien Meinungsäußerung gemäß Art. 5/1 GG gedeckt sind.
a) Es handelt sich bei den angegriffenen Äußerungen um Meinungsäußerungen. Sowohl bei der Einordnung des Klägers als „dubiose Kinderschützersekte" als auch bei der Äußerung, der Kläger handele „nach dem Vorbild rechter Gruppierungen" handelt es sich um Meinungsäußerungen, nicht um Tatsachenbehauptungen.
Wesentlich für die Einstufung einer Äußerung als Tatsachenbehauptung oder als Meinungsäußerung ist es, ob die Aussage einer Überprüfung auf ihre Richtigkeit mit den Mitteln des Beweises zugänglich ist. Auch eine Äußerung, die auf Werturteilen beruht, kann sich als Tatsachenbehauptung erweisen. In solchen Fällen ist entscheidend, ob bei dem Adressaten zugleich die Vorstellung von konkreten, in die Wertung eingekleideten Vorgängen hervorgerufen wird, dann liegt eine Tatsachenbehauptung vor. Ist der Gehalt der Äußerung hingegen so substanzarm, dass er gegenüber der subjektiven Wertung in den Hintergrund tritt, mit der Folge, dass die Äußerung in entscheidender Weise durch die Elemente der Stellungnahme, des Dafürhaltens oder Meinens geprägt ist, liegt eine Meinungsäußerung vor (vgl. statt vieler BGH NJW 1996, 1131,1133 m.w.N., BGH MDR 2002, 640, 641; BGH Urt. v. 16.11.2004, VI ZR 298/03, www.jurisweb.de Rz. 23 = NJW 2005, 279; BVerfG NJW 1995, 3303; Löffler-Steffen, Presserecht, 4. Auflage 1997, § 6 LPG Rz. 83 m.w.N. Baumbach/Hefermehl, Wettbewerbsrecht, 22. Auflage 2001, § 14 Rz. 3 f).
Ausgehend von diesen Grundsätzen sind beide Äußerungen, die der Kläger angreift, Meinungsäußerungen. Denn die Einordnung einer Gruppierung als „dubios" bezeichnet sie als fragwürdig, worin eine Wertung liegt. Auch die Bezeichnung als „Kinderschützersekte" beinhaltet keine Tatsache. Zwar gibt es Definitionen, wann man von einer Sekte sprechen kann. Da in dem Artikel jedoch nicht etwa darauf angespielt wird, es seien Sektenmerkmale überprüft worden (vgl. hierzu BGH Urt. v. 20. Februar 2003, III ZR 224/01, www.jurisweb.de Rz. 30 = BGHZ 154, 54), sondern dieser Vorwurf erhoben wird, ohne ihn auf konkrete Umstände zu stützen, versteht ihn der Durchschnittsleser als plakative Bewertung des genannten Vereins.
Auch bei der Aussage, der Kläger handele nach dem Vorbild rechter Gruppierungen, handelt es sich um eine Meinungsäußerung. Denn insoweit wird die Vorgehensweise des Klägers charakterisiert, auf seiner Internetseite – unbestritten – eine schwarze Liste veröffentlicht zu haben (Anlage 2), auf der Personen bezeichnet werden, die in dem Forum unerwünscht seien.
b) Der Kläger hat keinen Anspruch auf Unterlassung dieser Werturteile, weil die Grenze zur Schmähkritik entgegen der Auffassung des Landgerichts nicht überschritten wird.

Adressen

whk-Regionalgruppen:
Berlin: Mehringdamm 61, 10961 Berlin, Tel. & Fax 01804/444945
Hessen: c/o Herbert Rusche, Loenstraße 11, 60322 Frankfurt am Main, Telefon 069/9590001
Rheinland: c/o Dirk Ruder, Peter-Zimmer-Straße 99, 47443 Moers
Münsterland: Michael Heß, c/o KCM, Postfach 4407, 48025 Münster, Tel. & Fax 0251/524645
Ansprechpartner des whk:
Hamburg: Wolfram Setz, Brigittenstraße 6, 20359 Hamburg, Telefon 040/31765650
Zentrale e-Mail-Adresse: mail@whk.de

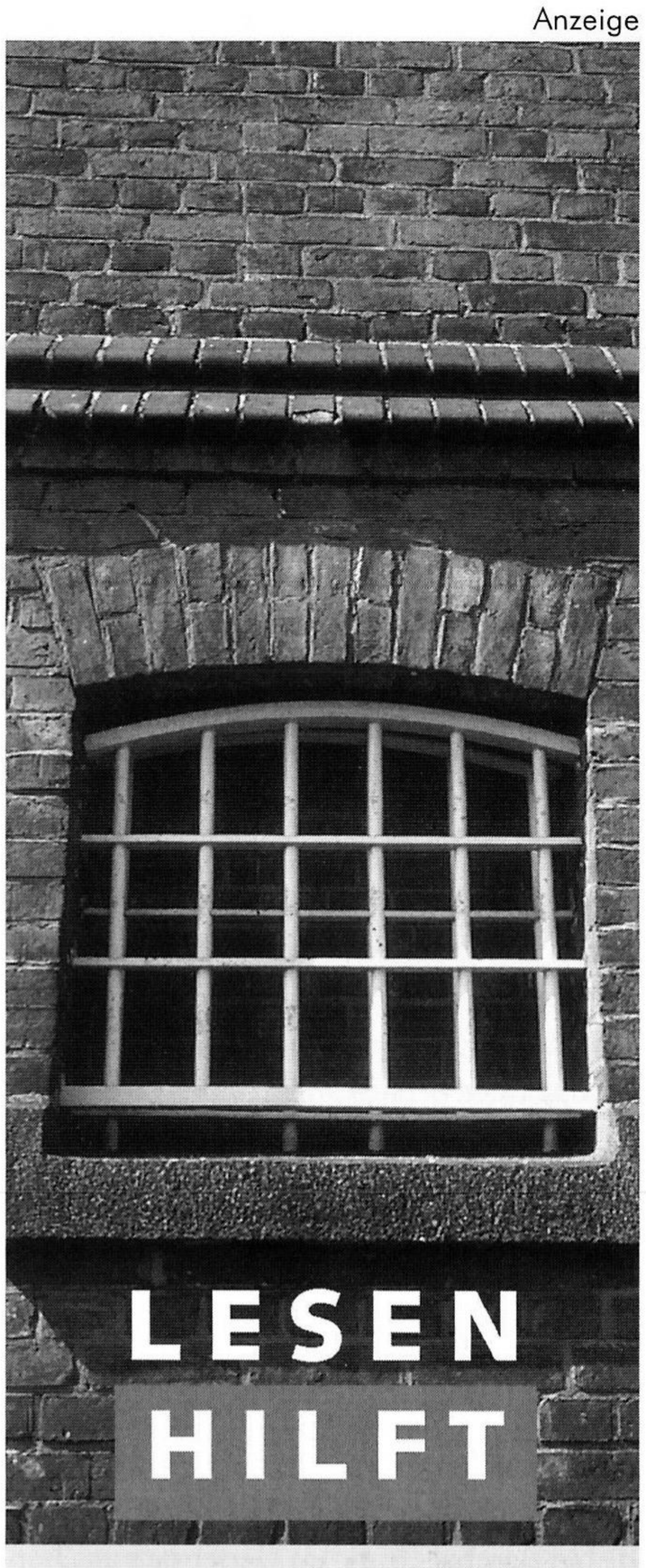
Werturteile sind keinem Wahrheitsbeweis zugänglich, grundsätzlich frei und können nur unter besonderen Umständen beschränkt werden (std. Rspr. BVerfG, Beschl. v. 17.12.2002, 1 BvR 755/99, 1 BvR 765/99, www.jurisweb.de S.4 = NJW 2003, 1109). Für die Abwägung, ob ein Unterlassen der Äußerung begehrt werden kann, spielt es deswegen grundsätzlich keine Rolle, ob die Kritik berechtigt oder das Werturteil „richtig" ist (BVerfG NJW 1995, 3303, 3304).
Mit Rücksicht auf das Grundrecht der Meinungsfreiheit wird der Begriff der Schmähung eng verstanden. Auch eine Kritik, die in überspitzter und polemischer Form geäußert wird oder gar ausfällig ist, reicht für sich genommen nicht aus, um eine Beschränkung zu rechtfertigen (BVerfG Beschl. v. 17.12.2002, a.a.O.). Schmähkritik ist eine Äußerung nur dann, wenn bei der Äußerung nicht mehr die Auseinandersetzung in der Sache, sondern die Diffamierung der Person im Vordergrund steht (BVerfG NJW 1995, 3303, 3304; BGH Urt. v. 10.11.1994,1 ZR216/92, www.jurisweb.de S. 6 = NJW-RR 1995, 301 ff; BGH, Urt. v. 09.12.1999, VI ZR 51/99, www.jurisweb.de = NJW 2000, 1036, 1038; BVerfG Beschl v. 17.12.2002, a.a.O., Beschl. v. 18.12.2002, 1 BvR 244/98, www.jurisweb.de S. 3 = NJW 2003, 961; Prinz/Peters, Medienrecht, Rz. 91; Burkhardt in: Wenzel, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung, 5. Auflage 2003, Kap. 5 Rz. 97). Bei Äußerungen in einer die Öffentlichkeit im wesentlichen berührenden Frage liegt Schmähkritik deswegen nur ausnahmsweise vor (BVerfG NJW 1995, 3303, 3304; Wenzel a.a.O. m.w.N.).
Unter Berücksichtigung dieser Grundsätze stellt sich die Kritik der Beklagten nicht als Schmähkritik dar, da die Auseinandersetzung mit der Sache, und zwar die Ablehnung der Indizierung der Zeitschrift „Gigi" und die Rolle des Klägers im Indizierungsverfahren, im Vordergrund stand. Der Text mit der Überschrift „Gigi nicht auf dem Index" gibt eine Erklärung der AG Schwulenpolitik des Beklagten zu 1. wieder über das Indizierungsverfahren gegen eine Ausgabe der Zeitschrift „Gigi", in der in einem Text ein erwachsener Ich-Erzähler rückblickend Freundschaften geschildert hat, die er als Kind zu zwei erwachsenen Männern hatte. Dieses Indizierungsverfahren war unstreitig von einer Sendener Pfarrgemeinde im Zusammenarbeit mit dem Kläger angeregt worden. Der Artikel beinhaltet eine Zusammenfassung der Prüfung und Entscheidung der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften, der Stellungnahme der Redaktion der Zeitschrift „Gigi" hierzu sowie die Mitteilung des Beklagten zu 1., dass er die Einstellung des Strafverfahrens wegen desselben Texts mit Genugtuung zur Kenntnis nehme. Im Anschluss an die dann geäußerte Kritik über eine Verurteilung zweier Männer wegen Verbreitung desselben Textes folgt die Wertung der Zusammenarbeit der Pfarrgemeinde mit dem Kläger, innerhalb derer die streitgegenständlichen Äußerungen enthalten sind.
Angesichts dieses Kontexts, in dem die streitgegenständlichen Äußerungen gefallen sind, handelt es sich bei den Äußerungen um solche im Rahmen des politischen Meinungskampfes. Denn es ist geht um eine die Öffentlichkeit wesentlich berührende Frage und einen Beitrag zum öffentlichen Meinungskampf, wenn thematisiert wird, ob eine bestimmte Veröffentlichung kinderpornographisch ist oder nicht und wie es zu dem Indizierungsverfahren gekommen ist. Damit ist ein Sachbezug gegeben.
Eine andere Beurteilung ist auch nicht deswegen geboten, weil der Kläger durch die Wortwahl „dubiose 'Kinderschützer'-Sekte" als unseriös und zwielichtig angeprangert wird und in dem Text keine näheren Informationen zu dem Kläger und seiner Arbeit enthalten sind. Denn dem Leser werden zumindest hinsichtlich der Vorgehensweise des Klägers im Indizierungsverfahren die Tatsachen mitgeteilt, wie seine Mitarbeit sich dargestellt hat, und dass er schwarze Listen im Internet veröffentlicht, in dem sich u.a. Namen von Bundestagsabgeordneten finden. Hierdurch werden dem Leser zumindest einige Tatsachen mitgeteilt, die geeignet sind, nachzuvollziehen, warum der Beklagte zu 1. zu diesem plakativen Werturteil gelangt ist. Die Wortwahl „dubiose 'Kinderschützer'-Sekte" in Verbindung mit der Äußerung „nach dem Vorbild rechter Gruppierungen" rechtfertigt entgegen der Auffassung des Landgerichts nicht die Auslegung, die Wortwahl erwecke bei durchschnittlichen Lesern die Assoziation, dass der Kläger eine neonazistisch ausgerichtete oder faschistisch ausgerichtete Gruppierung sei, die sich unter Umständen auch unerlaubter Methoden [*zur Erreichung? Fehler im Original – whk*] seiner Ziele bediene. Zwar wird der Kläger nach dem Gesamtkontext als eine rechte Gruppierung bezeichnet. Diese Einordnung beinhaltet aber lediglich eine politische Richtung und kann nicht ohne weiteres mit neonazistisch oder faschistisch gleichgesetzt werden.
Bei der Beurteilung der Äußerungen kann nicht unberücksichtigt bleiben, dass die Schärfe dieses Werturteils auch durch das Verhalten des Klägers und zwar insbesondere seines Vorstandvorsitzenden, dessen Verhalten sich der Kläger im Rahmen dieser Themen zurechnen lassen muss, herausgefordert worden ist. Derjenige, der zu einer die Öffentlichkeit berührenden Frage betont Stellung nimmt und seinerseits Kritik äußert, muss unter Umständen ebenfalls eine scharfe, übersteigerte Kritik an seiner Person durch seine Gegner hinnehmen (BVerfG, Beschl. v. 13.05.1980, 1 BvR 103/77, www.jurisweb.de S. 4 f = NJW 1980, 2069, 2070). Unbestritten hat der Kläger auf seiner Internetseite eine Rubrik „Müllhalde/Wenn defekte Personen sich äußern" unterhalten und darunter das Editorial „Feindbilder" des Beklagten zu 2. aus der Ausgabe 29 der „Gigi" veröffentlicht. Dadurch hat er den Beklagten zu 2. als eine solche defekte Person eingeordnet. Des weiteren hat er den Beklagten zu 2. durch Aufnahme in die Liste der unerwünschten Personen in seinem Forum abqualifiziert. Diese Herabwürdigung hat er in seiner e-mail an den Beklagten zu 2. wiederholt, indem er „Gigi" als „Schweinemagazin" bezeichnet hat und dem Beklagten zu 2. vorgeworfen hat, sich durch seine Tätigkeit für dieses Magazin mit „Kinderfickern" zu solidarisieren (Anlage 3). Weitere Äußerungen des Vorstandsvorsitzenden des Klägers in der Öffentlichkeit, d.h. im Internet in verschiedenen Foren, haben die Beklagten durch einen Ausdruck der Unterseite „Verein" des trollforums (Anlage 4) belegt, in denen der Vorstandsvorsitzende des Klägers z.B. Pädophile mit Schmeißfliegen vergleicht und deren Vernichtung favorisiert (Seite 4) oder andere Nutzer des Forums als „Kinderficker" tituliert. Es kommt nicht darauf an, ob der Kläger zu Recht gegen bestimmte Personen vorgeht und ob das Ziel des Kinderschutzes die Wahl der Mittel rechtfertigen könnte. Angesichts der Wahl der Mittel und der verbalen Entgleisungen des Vorstandsvorsitzenden des Klägers muss sich auch der Kläger eine harte Kritik seiner Vorgehensweise und dabei eine drastische, plakative Wortwahl gefallen lassen.

2.

Die Kostenentscheidung folgt aus § 91 ZPO, die Entscheidung über die vorläufige Voll streckbar- keit aus §§ 708 Nr. 11 analog, 711, 713 ZPO.
Ein begründeter Anlass, die Revision zuzulassen, ist nicht gegeben (§ 543 ZPO).

Aktuelle Neuigkeiten und Pressemitteilungen finden Sie unter www.whk.de

Anzeige



Dort, wo alles reglementiert und verschlossen ist, erfüllt das Lesen von Zeitungen mehr als nur ein Informationsbedürfnis.

Bitte spenden Sie deshalb »Gigi« für Gefangene zum Preis von jährlich nur 15 € oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an:

Freiabonnements für Gefangene e.V.
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 100 205 00, Konto 30 85 400
Kennwort: »Gigi«

www.freiabos.de

Der Kunde hat das Wort

Weiter so!

Betrifft: Barebacker-Hatz – juristische und ökonomische Aspekte, Gigi 34 (Seite 10 ff.), Gigi 37 (Seite 20 ff.), Gigi 42 (Seite 42)

Nicht nur, aber insbesondere Ihre Bareback-Artikel fand ich wirklich klasse. Lange habe ich etwas derart Differenziertes gesucht. Ich konnte sie Ende April auch einem Münchner Freund zeigen, der zu einer Diskussion verschiedener Community-Gruppen über den Bareback-Komplex gerade erst nach Berlin gekommen war; das war insofern richtiges Timing. Ihm haben Ihre kritischen Beiträge übrigens ebenfalls „gefallen". Was bei diesem Community internen Meinungsaustausch an konkreten Maßnahmen herauskam für einen respektvollen Umgang mit bewußt „sattelfrei Reitenden", habe ich jedoch nicht erfahren. Allerdings sind mir die bereits aufgezeigten ökonomischen Zusammenhänge, insbesondere aber die juristischen zu knapp gehalten. Als Mediziner wünschte ich mir hiervon mehr, insbesondere eine auch für Nicht-Juristen (sprachlich) noch leichter nachvollziehbare Präzisierung „Ihres" Strafrechtskommentars zu der Frage, warum gerade bei Barebacking – im Gegensatz zu „herkömmlichem" unsafem Sex – Straffreiheit nach den BGH-Entscheidungen vom 14. Februar 1983 (Az. 1 StR 808/83) und vom 12. Oktober 1999 (Az. 1 StR 417/99), nicht aber Strafbarkeit nach der BGH-Entscheidung vom 4. November 1988 (Az. 1 StR 262/88) von Bareback-Gegnern (an)erkannt werden muß. Auf einschlägigen AIDS-Tagungen (z.B. „HIV im Dialog") ist hierüber nichts oder nichts praktisch Verwertbares vermittelt worden. Ich sehe Ihren künftigen Beiträgen hierzu mit großem Interesse entgegen – machen Sie weiter so in dieser einzigartigen, hohen Qualität!

Dr. Johannes Seipp, Berlin

ner politischen Einstellung decken. In meinen Augen wird die Zeitschrift ihrem selbstgewählten Titel „für sexuelle Emanzipation" zunehmend weniger gerecht, vielmehr scheint sie sich mittlerweile als Lobby-Blatt für erwachsene Männer zu verstehen, die sexuelle Beziehungen zu Minderjährigen pflegen. Neben dem „Hobby", Verbalattacken auf den LSVD abzusetzen, dem die *Gigi* ja schon so lange frönt, wie ich sie lese, bleibt kaum noch Raum für emanzipatorische sexualpolitische Themen, die die Grenzen homosexueller Zweigeschlechtlichkeit hinter sich lassen. Und um jedes Mal wieder das Heft durchzublättern, ohne interessante Artikel zu finden, oder mich zu ärgern, sobald ich mal einen lese, ist mir das Abonnement zu schade.

Der oben geschilderte Eindruck ist leider wesentlich knapper und komprimierter, als ich es mir selber wünschen würde, für eine detailliertere Kritik fehlt allerdings die Zeit. Ein kleines Feedback wollte ich aber doch geben.

Lutz Brödel, Hannover

Sehr geehrter Herr Brödel, die Marke für eine postalische Kündigung können Sie sich getrost sparen. Ihr Abo liefe noch bis Ausgabe 44, wenn wir es nicht soeben unsererseits per sofort gekündigt hätten. Dumme Leserbriefe nämlich ertragen wir, denn ihre Zahl folgt der statistischen Wahrscheinlichkeit. Gut begründete abweichende Meinungen sind uns stets willkommen. Infame Briefe hingegen führen zur sofortigen einseitigen Beendigung des Vertragsverhältnisses: Soviel Selbstachtung muß sein. Sie werden kein Heft mehr zugesandt bekommen. Teilen Sie uns bitte Ihre Bankverbindung mit, damit wir Ihnen Ihre 5 Resteuro überweisen können. Sollte Ihnen dies nicht bis 13. März gelingen, werden wir den Schein per Brief auf unsere Kosten an Ihre letzte uns bekannte Adresse schicken.

Redaktion Gigi, Berlin

tourage! An sich hatte ich mich gefreut, mal eine Initiative ohne den LSVD zu erleben, aber auch das war weit gefehlt, wie ich nun las. Wolframs Artikel fand ich so knapp wie gescheit, und er kommt ohne persönliche Invektiven aus.

Prof. Dr. Andreas Meyer-Hanno, Frankfurt am Main

Ronaldino, Beckham

Betrifft: Schwerpunkt Gigi Nr. 43; FIFA-WM

Hallo Schreibteam mit Gedankengängen, wo der stinknormale Bundesbürger die Klapsmühle vorzieht und noch nicht bemerkt hat, in einer zu leben! – Ich bin „in die Jahre gekommen" und habe schon sehr früh „erste Kontakte" freiwillig und aus Neugier gehabt. Dazu kam das Gefühl, auch heute noch, ich komme mit einem Typ gleichen Geschlechts besser aus. Mit Frauen verbindet mich eine Höflichkeit und Freundschaft. Problem? – Da ich schon in jungen Jahren auf jungen Typen lag oder umgekehrt, warum soll ich im Prozeß des Erwachsenwerdens mich anpassen, nur weil zur Zeit diese Gesellschaft es so möchte?

Das Titelbild war diesmal ein alter Mann = Freud. Zur WM wäre doch ein hübscher Fußballer mehr als passend gewesen. Bei der WM hauen laut FIFA lauter Heteros den Ball ins Tor. Frage: Welches Land geht mit homosexuellen Fußballspielern in seiner Mannschaft am menschlichsten um? Welche Qualen verspüren Jungs in der Pubertät beim gemeinsamen Duschen im Verein, wenn ihr „Idol" in etwa gleichem Alter neben ihnen steht? Ich habe mal die Titelgeschichten usw. bei *Gigi* überflogen: dieses Thema sah ich nicht oder übersah ich. – Den Beitrag über Freud fand ich mehr als informativ!

Dieter Eberle, Frankfurt am Main

27 Hefte umsonst

Betrifft: Kündigung

Liebe *Gigi*-Redaktion, ich kündige hiermit zum nächstmöglichen Zeitpunkt mein *Gigi*-Abonnement. Bitte teilt mir mit, zu welchem Zeitpunkt/welcher Ausgabe damit das Abo ausläuft. Falls Ihr eine schriftliche Kündigung braucht, teilt mir das bitte auch mit, damit ich möglichst bald eine nachreichen kann.

Seit mehreren Ausgaben beobachte ich, daß sich die Inhalte des Heftes immer weniger mit meinen Interessen und, wichtiger noch, mei-

Späte Erkenntnis

Betrifft: „Berliner Ensemble" von Eike Stedefeldt und „Queer – ja bitte! Aber wie?" von Wolfram Setz, Gigi Nr. 42, Seite 10 bis 13

Der Enthüllungsjournalismus von *Gigi* hat mir so recht klargemacht, auf was an Kryptofaschistischem ich mich da bei *Queer Nations* eingelassen hatte – oh Göttin! Der geistlose Feddersen, die dämliche Kroymann, der existenzgefährdete Dannecker, der nach den 15 Millionen gierende Litwinschuh – welche En-

Ausgesprochen erfreulich

Betrifft: „Und alles ohne Binnen-I" von Lizzie Pricken, Gigi Nr. 23, Seite 28

Durch Zufall habe ich im Internet ihren aus dem Jahr 2003 stammenden Artikel von Lizzie Pricken über Maxie Wander gelesen. Ich bin Fritzis (Maxies) Bruder Herbert und finde den Artikel ausgesprochen erfreulich. Vielleicht könnten sie meinen Dank an Frau Pricken weiterleiten und natürlich auch Ihnen Dank für die Veröffentlichung. Liebe Grüße

Herbert Sburny (Brunner), per Email

GigiArchiv

	Anzahl
Heft 01: Homo-Ehe 1	_____
Heft 02: 30 Jahre Stonewall	_____
Heft 03: Schwuler Antisemitismus	_____
Heft 04: Sexualität und Identität	(vergriffen)
Heft 05: Bevölkerungspolitik	_____
Heft 06: Homo-Ehe 2	_____
Heft 07: Homo-Geschichtsproduktion	_____
Heft 08: Intersexualität	_____
Heft 09: Geschlecht und Gewalt	_____
Heft 10: 40 Jahre Volker Beck	_____
Heft 11: Rassismus und Sexismus	_____
Heft 12: Österreich unter Haider	_____
Heft 13: Vom Frausein in der Türkei	(vergriffen)
Heft 14: Polizei gegen Schwule	_____
Heft 15: Tunten, Transen & Moneten	(vergriffen)
Heft 16: Schleiertanz der neuen Weltordnung	_____
Heft 17: AIDS kills Africa	_____
Heft 18: Bundeswehr und Sexualität	_____
Heft 19: Schlußstrich für NS-Opfer	(vergriffen)
Heft 20: Sexualität und Gewalt	_____
Heft 21: Riefenstahls Nazi-Erotik	_____
Heft 22: Euro/Gay Games nur für Reiche	_____
Heft 23: Sexual-Eugenik und Sozialabbau	_____
Heft 24: Die verlorenen Aktien der QUEER	_____
Heft 25: Folterabend: Sexualstrafrecht	(vergriffen)
Heft 26: Gay Marketing	(vergriffen)
Heft 27: Der LSVD, die Macht und das Geld	_____
Heft 28: Sex und deutsche „Schutzgebiete“	_____
Heft 29: Journalisten als verdeckte Ermittler	_____
Heft 30: Vom Frausein in Afghanistan	_____
Heft 31: Homosexuelle und Medien	_____
Heft 32: Die Erben Ernst Röhms und der SA	_____
Heft 33: Prostituierte in Schweden	_____
Heft 34: Soziales Barebacking: Hartz IV	_____
Heft 35: PDS: Abschied von der Sexualpolitik	_____
Heft 36: Antidiskriminierungsgesetz	_____
Heft 37: Gender und Militär	_____
Heft 38: Das impotente Kind	_____
Heft 39: Sex, Geschlecht und Identitätszwang	_____
Heft 40: Lesben und Schwule in der DDR	_____
Heft 41: Transidentitäten in der Türkei	_____
Heft 42: Sexualwissenschaft in Deutschland	_____
Heft 43: Psychoanalyse und Geschlecht	_____

Einzelheft: 2,00 Euro, 3 Hefte: 5,00 Euro, ab 4 Heften: 1,50 Euro je Heft zzgl. 0,85 Euro Porto pro max. 4 Hefte; „Gigi“, PF 080208, 10002 Berlin; Email: redaktion@gigi-online.de; Betrag in bar oder Briefmarken beilegen oder überweisen auf das Konto Nr. 5710428010 bei der Berliner Volksbank, BLZ 10090000.

Vertriebspunkte: **Berlin:** Prinz Eisenherz Buchladen, Lietzenburger Straße 9A, 10789 Berlin; Buchladen Schwarze Risse, Gneisenaustraße 2, 10961 Berlin | **Bochum:** Uni-Büchertisch „Der Notstand“, Universitätsstraße 150, 44780 Bochum | **Bonn:** Buchladen Le Sabot, Breite Straße 76, 53111 Bonn | **Bremen:** Infoladen Bremen, St.-Pauli-Straße 10-12, 28203 Bremen | **Dortmund:** Buchladen Taranta Babu, Humboldtstraße 44, 44137 Dortmund | **Dresden:** Buchladen und Lesecafé König Kurt, Rudolf-Leonhard-Straße 39, 01097 Dresden | **Düsseldorf:** Frauenbuchladen, Blücherstraße 3, 40477 Düsseldorf | **Duisburg:** Referat für Schwule, Bisexuelle und Lesben im AStA der Uni-GH, Lotharstraße 63, 47048 Duisburg | **Frankfurt am Main:** Buchladen Land in Sicht, Rotteckstraße 13, 60316 Frankfurt a. M. | **Freiburg:** Digidata, Kreuzstraße 4, 79106 Freiburg; Infoladen Freiburg/KTS, Baslerstraße 103, 79100 Freiburg; Jos Fritz Buchladen & Café, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg; Rosa Hilfe e.V., Eschholzstraße 19, 79106 Freiburg | **Göttingen:** Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7, 37073 Göttingen; Frauen- & Kinder-Buchladen Laura, Burgstraße 21, 37073 Göttingen | **Hamburg:** Buchladen Männerschwarm, Lange Reihe 102, 20099 Hamburg | **Hannover:** Buchladen Annabee, Gerberstraße 8, 30169 Hannover| **Heidelberg:** Infoladen im Café Gegendruck, Fischergasse 2, Heidelberg | **Kiel:** Zapata Buchladen, Jungfernstieg 27, 24116 Kiel | **Mannheim:** Infoladen im JUZ, Käthe-Kollwitz-Straße 2-4, 68169 Mannheim | **München:** Buchladen Max & Milian, Ickstattstraße 2, 80469 München | **Stuttgart:** Buchladen Erlkönig, Nesenbachstraße 52, 70178 Stuttgart | **Wien:** Buchhandlung Löwenherz, Berggasse 8, A-1090 Wien

Bibliothek rosa Winkel

– Soeben erschienen –

ISBN 3-935596-40-5
210 Seiten Broschur, 14,00 Euro

MännerschwarmSkript Verlag
Lange Reihe 102 - 20099 Hamburg

SEI DU SELBST.

CSD 2006: Steh zu dir, egal was andere dir erzählen. Sei selbstbewusst – und wenn's zur Sache geht, benutz Kondome.

www.aidshilfe.de

Deutsche AIDS-Hilfe e.V.